Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

19.Dezember 1973 Jg.1 Nr.9 Preis 50 Pfennig

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

INHALT

Nächste Ausgabe erscheint am 9.1.1974



US-Truppen üben in der Wüste Nevada die militärische Besetzung von Wüstenländern. Das Komplott der Supermächte verringert keineswegs die Drohung imperialistischer Militäreingriffe, sondern vergrößert die Gefahr weltweiter Konflikte an jedem Punkt auf der Welt, wo die Interessen der Supermächte zusammenstoßen. Gegen die Bedrohung durch den enormen Flottenaufmarsch der Supermächte vor Südarabien hat der Regierungschef der Volksrepublik Jemen protestiert (siehe Seite 2). Die Regierung von Algerien sah sich gezwungen, die Imperialisten vor Militäreingriffen zu warnen, nachdem die NATO solche Pläne erörtert hat und Kissinger sie offen angedroht hatte. Die USA verteidigen ihr angeschlagenes Ölmonopol, die Sowjetunion versucht ihrerseits die Ölquellen unter Kontrolle zu bringen und die europäischen Staaten fischen im Trüben und wollen den arabischen Staaten das Quentchen Unabhängigkeit, das sie erreicht haben, wieder abluchsen.

Keine Einheit mit dem Krisenmacher Kapital, seinem Staat, seiner Regierung

In Bonn demonstrierten am Donnerstag vor einer Woche 10 000 Textilarbeiter (siehe Seite 6). Während die Preise weiter steigen und neue Rekordmarken erreichen, wächst die Arbeitslosigkeit. Im November ist die Anzahl der Arbeitslosen sprunghaft angestiegen und das Bundesamt für Arbeit gibt an, daß Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weiter rasch zunehmen werden. Schon heute ist der Verbrauch von Lebensmitteln gegenüber dem Vorjahr als Folge der Preissteigerungen absolut zurückgegangen. Es häufen sich die Konkurse von kleineren und mittleren Firmen. Kein Zweifel: Die Bundesrepublik treibt auf eine Krise zu.

Was macht in dieser Lage die Regierung? – Der Bundeskanzler reist durch die Gegend und während der Brotkorb ständig höher gehängt wird, verlangt er von den Lohnabhängigen, sie sollten sich "beim Weihnachtseinkauf" "normal verhalten" und nicht "verrückt spielen" – so geschehen vor 20 000 Arbeitern und Angestellten der BASF in Ludwigshafen. In der gleichen Rede wandte sich der Kanzler gegen die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten und warnte vor "ungebührlichen Tarifabschlüssen". Weniger verdienen, weniger kaufen, mehr schaffen, das ist das Rezept. Und während Kurzarbeit und Entlassungen zunehmen, sagt der Kanzler, er könne nicht ausschließen, "daß hier und da sich Beschäftigungsrisiken ergeben könnten". Inzwischen sind es 331 800 Arbeiter und Angestellte, die "hier und da" das Beschäftigungsrisiko getroffen hat. Im Januar werden es mindestens eine halbe Million sein, die auf der Straße stehen. Die Regierung steht dieser Entwicklung von Tag zu Tag hilfloser gegenüber. Immer mehr schwimmen ihr die Felle davon. Schon ihr Versuch, die Niederlage der imperialistischen Politik im Nahen Osten in einen Sieg der Ölkonzerne über die westdeutschen Werktätigen zu verwandeln, lief nicht nach Plan. Zwar konnte das in direkter Zusammenarbeit mit den Ölkonzernen ausgearbeitete Krisenprogramm für die Energieversorgung durchgesetzt werden: Die Menschen blieben vorläufig ruhig und nahmen die erheblichen Einschränkungen hin, die das Krisenprogramm mit sich bringt. Die spektakulärste Maßnahme, das Sonntagsfahrverbot, wird im Januar und Februar weiterbestehen und wird eventuell bis in den Sommer hinein aufrechterhalten werden. Das Volk soll an Opfer gewöhnt werden, damit die Kapitalisten die Krise überstehen. Aber mit dem Opferwillen des Volkes hat sich die Regierung verrechnet. Die ganzen Geschichten über "Erpressung durch die Ölscheichs" und "Gemeinsamkeit in der Stunde der Not" sind auf skeptische Ohren gestoßen. In einer Befragung, die die Wickert-Institute durchführten, erklärten nur 14 % der Befragten, die Araber seien schuld an der Ölkrise. Und während bei einer ersten Befragung nur 10 % den Ölkonzernen die Schuld an der Krise gaben, waren es eine Woche später schon 30 %. 52 % gaben der Regierung die Schuld. Wenn die Regierung jetzt versucht, von der richtigen Spur abzulenken, um die Menschen nicht auf die Idee kommen zu lassen, daß ein System, das unablässig Krisen produziert und die Werktätigen in Not und Elend stürzt, dringend abgeschafft werden muß, so gelingt ihr das nur schlecht.

Der Bundestag hat zum Zwecke der Ablenkung ein Almosen beschlossen. Danach sollen 3 Millionen Heizölverbraucher einen Zuschuß von 100 DM, zusätzlich 50 DM für jedes weitere Familienmitglied erhalten. Berechtigt sind alle Heizölverbraucher mit einem Monatseinkommen unter 500 DM brutto, was 440 DM netto sind. Weil man diese Ärmsten der Armen nicht einfach erfrieren lassen kann, und um aus ihrer Not noch ein Geschäft für die Ölkonzerne zu machen, muß nun der Steuerzahler herhalten. Zugleich wird mit dieser Maßnahme begründet, daß für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst kein Geld vorhanden sei. Den Kapitalisten werden zur gleichen Zeit die Steuern ermäßigt: Am 19.12. soll das Kabinett entscheiden, daß die Investitionssteuer ausgesetzt wird.

Die wachsenden Schwierigkeiten der Bundesregierung, mit der sich entwickelnden Krise fertig zu werden und die Arbeiter und die übrigen Werktätigen in der Krise ruhig und opferwillig zu halten, diese wachsenden Schwierigkeiten schlagen sich nieder in einer immer größeren Beunruhigung, welche die bürgerlichen Presseorgane durchzieht. Bundeskanzler Brandt, noch vor einem halben Jahr der Abgott der bürgerlichen Journalisten, erscheint ihnen immer mehr als lächerliche Figur. Der Friedensheld der bürgerlichen Gesellschaft steht als Schwadroneur da und niemand ist in Sicht, der ihn ablösen könnte. Sorgenvoll schreibt die Süddeutsche Zeitung: "Die sozialliberale Koalition sieht gegenwärtig nicht gut aus. Dabei ist sie – um es in der Sprache des Boxsports zu sagen – keineswegs angeschlagen, denn die CDU/CSU-Opposition brachte bislang keine wesentlichen Treffer an. Aber die Koalition wirkt schlapp, verwirrt, unentschlossen und scheint ständig in der Gefahr zu stehen, aus Unachtsamkeit durch die Seile zu purzeln." Die Koalition ist angeschlagen, und die Opposition ist nicht zur Stelle, das ist das heimliche Entsetzen der ganzen bürgerlichen Journaille.

Die bürgerliche Gesellschaft wird immer unregierbarer, das ist die Schlußfolgerung, welche die revolutionäre Arbeiterklasse daraus ziehen muß. Die Regierung Brandt steht immer nackter da, sie verliert immer mehr an Vertrauen: Das ist eine ausgezeichnete Entwicklung. Die unabänderlich kommende Krise wird diese Entwicklung noch befördern! Die CDU kann keineswegs das Vertrauen gewinnen, das die Brandt-Regierung verliert: Noch besser! Darin kündigt sich die Abkehr von der ganzen bürgerlichen Gesellschaft und ihren Parteien an. Der Arbeiter ist revolutionär oder er ist gar nichts, diese Lehre wird einen immer besseren Boden finden. W.M.

Weiter Krieg in Nahost

NAHOSTKONFERENZ VERZÖGERT/DIE VÖLKER ERKENNEN DIE FALSCHEN FREUNDE

Der für den 19. Dezember geplante Beginn der Nahostkonferenz ist auf den 21. verschoben worden. Aber auch wenn sie beginnt, kann diese Konferenz keinen Frieden bringen, denn es kann keine dauerhaften Vereinbarungen zwischen den arabischen Staaten und dem israelischen Erobererstaat geben, solange dieser nicht zum Rückzug gezwungen ist. Daran haben aber auch die Supermächte, die praktisch die Konferenz führen, kein Interesse, denn der Zustand zwischen Krieg und Frieden ist das Wasser, in dem sie um die fetteste Beute um die Wette schwimmen. Wie Raubfische umkreisen sie mit ihren Flotten das begehrte Ölgebiet, bereit, auf die Beute, aber auch gegeneinander, zuzuschnappen.

Der Ausbruch der Kämpfe im Oktober hatte die Supermächte überrascht. Die anfängliche Verschiebung des Gleichgewichts zugunsten der arabischen Staaten beantworteten sie mit der Mobilisierung ihrer Truppen und dem Aufmarsch ihrer Kriegsflotten im Mittelmeer. Mit der Durchsetzung des Waffenstillstandes gelang es ihnen, vorübergehend die Initiative wieder in die Hand zu bekommen. Das Scheitern der israelisch-ägyptischen Verhandlungen am Kilometerstein 101 stellte dies wieder in Frage. Die Früchte der ersten Nahost-Rundreise Kissingers sind schon wieder vergangen, eine zweite wird noch kurz vor der Eröffnung der Konferenz notwendig.

DIE POSITIONEN DER BETEILIGTEN

Die Vertreter der arabischen Staaten haben sich auf der Konferenz von Algier darauf geeinigt, einer Regelung nur zuzustimmen, wenn Israel sich aus allen 1967 besetzten Gebieten zurückzieht. Der israelische Außenminister Aba Eban sagte dazu am 3.12., daß es unter diesen Bedingungen unmöglich zu einer Regelung kommen könne.

Die Vertreter des palästinensischen Widerstandes sind bereit, die Herstellung eines selbständigen Palästina zu akzeptieren unter der Bedingung, daß sich Israel in die ihm 1947 durch die UN-Teilungsresolution zugewiesenen Gebiete zurückzieht – diese umfassen ungefähr ein Drittel weniger als die Grenzen von vor Juni 1967.

Die Vertreter der PLO (Palästinensische Widerstandsorganisation) sind gegenwärtig in einer relativ starken Position. Sie haben die Pläne des reaktionären Hussein-Regimes von Jordanien vereitelt, das sich als einzig legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes zu Verhandlungen anbieten wollte. Von den arabischen Staaten ist die PLO als einziger Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt. Darüberhinaus haben die Palästinenser in Westjordanien den offenen Kampf gegen die israelischen Besatzer wieder aufgenommen und ihre Mehrheit bekennt sich zu den Zielen der PLO (vgl. Artikel S.14).

Der Kampf um die Bedingungen zur Teilnahme an der Konferenz ist nicht abgeschlossen. Ägypten, Jordanien und Isreal hatten ihre "bedingungslose" Teilnahme zugesagt, Syrien und die Vertreter der PLO nicht. Das Gebäude von Versprechungen und Lügen, an das der Friedenslurch Kissinger bei seinen Reisen in jedem Land ein bißchen weiter anbaut, droht ständig einzustürzen. Zugleich erkennen die arabischen Völker, daß die Konferenz sie keinen Schritt weiter bringt, sondern nur weiter in die Abhängigkeit von den Supermächten zieht.

Massendemonstrationen gegen Kissinger und die Konferenz fanden in Beirut statt. In Israel verstärkt sich die Bewegung für einen Frieden ohne Annektionen, während zugleich die Ultrafaschisten an Boden gewinnen.

● Stützpunkte des US-Imperialismus
✱ Stützpunkte des sowj. Sozialimperialismus

Falls die Konferenz eröffnet wird, so wird sie doch nicht den Zustand zwischen Krieg und Frieden beenden.

Die Armeen stehen auf beiden Seiten in höchster Alarmbereitschaft. Während Kissinger in einer Pressekonferenz die "konstruktive Rolle" der SU bei der Bemühung um einen "Frieden" im Nahen Osten lobt, bewilligt das amerikanische Repräsentantenhaus einen 2,2 Milliarden Dollar-Kredit für die weitere Aufrüstung Israels. Die arabischen Völker jedoch, die mit den Erfolgen zu Anfang des Oktoberkrieges gesehen haben, daß sie mit ihrer eigenen Kraft gegen ihre Feinde erfolgreich kämpfen können, werden sich längerfristig nicht den Willen der Supermächte aufzwingen lassen. U.T./Red.

Abrüstung!

Die USA entwickeln ein neues Nervengas, um ein mögliches internationales Verbot der Herstellung von tödlichen chemischen Waffen zu umgehen. In der UNO berichtete die schwedische Delegierte A.Myrdal folgendes: Zwei nichttödliche Stoffe werden in zwei getrennten Behältern in einer Granate gelagert. Gegen nichttödliche Stoffe wird wohl kaum ein Verbot erlassen. Wenn die Granate abgefeuert wird, vermischen sich beide Stoffe und wirken tödlich.

Sowjetunion: Vorteilhafte Geschäfte mit dem Erdöl

BILLIG KAUFEN – TEUER VERKAUFEN / DIE INTERESSEN DES SOZIALIMPERIALISTISCHEN STAATES

Die Frankfurter Rundschau berichtete am 11.12.1973:
"Sowjets liefern Holland Öl. Besatzungsmitglieder sowjetischer Schiffe in schwedischen Häfen berichten nach einer Meldung des schwedischen Rundfunks von umfangreichen sowjetischen Erdölexporten nach den Niederlanden. Den Informationen zufolge sollen täglich sowjetische Tanker aus den Ostseehäfen Klaipeda (Memel) und Ventspils (Windau) mit Mineralölprodukten nach Rotterdam auslaufen. Das Wirtschaftsministerium habe bestätigt, daß die Niederlande kürzlich Öl von der Sowjetunion gekauft hätten, es jedoch abgelehnt, sich über die Menge zu äußern."
Gleichzeitig wird in der Presse gemeldet, daß die Ölversorgung auch in den osteuropäischen Staaten knapp werde. So soll, wie die Süddeutsche Zeitung am 13.12. meldete, die bulgarische Regierung verfügt haben, daß ab Januar ein "gespaltener Markt" für Treibstoffe eingeführt wird. Danach erhält jeder Autofahrer im Monat nur 40 Liter Benzin zu dem staatlich festgesetzten Preis auf Bezugsschein. Zusätzlich kann er zwar Benzin bekommen, aber nur zu einem wesentlich höheren Preis. Zu ähnlichen Rationierungsmaßnahmen sind besonders die DDR und Polen gezwungen.

WIE STEHT ES MIT DER ÖLVERSORGUNG DER OSTEUROPÄISCHEN STAATEN UND DER SOWJETUNION?

Die Sowjetunion ist bisher neben Rumänien der einzige Lieferant.
Die sicheren Reserven der Sowjetunion werden von Wissenschaftlern auf mindestens 5 Milliarden Tonnen Erdöl geschätzt. Die Weltreserven betragen gegenwärtig 90 Milliarden Tonnen. Die Sowjetunion fördert dieses Jahr 420 Millionen Tonnen, sie wird etwa 8 bis 9 Millionen aus dem Iran, Irak, Ägypten u.Algerien, einführen. Der Verbrauch der Sowjetunion liegt 1973 bei 300 Millionen Tonnen, den Rest, also etwa 130 Millionen Tonnen, exportiert sie. Davon gehen über 70 Millionen Tonnen in die Staaten Osteuropas, besonders in die Mitgliedstaaten des "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" mit Ausnahme von Rumänien, das selber 20 Millionen Tonnen Erdöl jährlich fördert und zu den Exportländern zählt. 6,5 Millionen Tonnen gibt die Sowjetunion an Finnland ab.

35 Millionen Tonnen liefert die Sowjetunion jährlich an kapitalistische Länder, davon an Frankreich und Westdeutschland zusammen 7 Millionen. Den Ölexport in diese Länder will die Sowjetuion in den kommenden Jahren verstärken. Sie plant in der Nähe der französischen Stadt Anvers eine Raffinerie zu bauen, um von dort aus ein eigenes Vertriebsnetz für Westeuropa aufzubauen. Um diese Devisen bringenden Pläne durchführen zu können, haben die Sowjetrevisionisten den osteuropäischen Staaten einen Vertrag vorgelegt, wonach diese einwilligen sollen, die Sowjetunion aus bestehenden Verträgen zu entlassen und sich das Öl auf anderweitige Weise zu besorgen.

Ein erster Schritt waren in dieser Hinsicht die Verhandlungen, die Libyiens Staatschef Ghadafi im November in Belgrad mit der jugoslawischen Regierung führte. Es wurden Öllieferungen Libyiens nach Jugoslawien vereinbart, von denen ein Teil nach Ungarn und in die CSSR geleitet wird. Eine Pipeline soll unverzüglich gebaut werden.
Finnland, dem für 1974 eine Steigerung des Kontingents auf 7,5 Millionen Tonnen zugesagt worden war, soll nur 6,5 Millionen Tonnen bekommen.
Mit Japan führen die Sowjetrevisionisten dagegen Verhandlungen über den Bau einer Pipeline. Sie wollen mit Öl zahlen, die Japaner verlangen jährliche Lieferungen von 40 Millionen Tonnen, die Sowjetrevisionisten wollen aber nur 30 Millionen Tonnen geben. (nach der Pariser Zeitung Le Monde vom 23.11.73).
Bei all diesen Geschäftchen liegen Weltmarktpreise zugrunde.
Selber zahlen die Sowjetrevisionisten jedoch keine Weltmarktpreise für Öl und Erdgas an den Irak, den Iran, Ägypten und Afghanistan. Für die Öl- und Erdgaslieferungen, die sie im Austausch für Industrieanlagen, wie Stahlwerke, Raffinerien, für Transportmittel und Waffen von diesen Ländern erhalten, haben sie einen Preis zugrunde gelegt, der 25 % unter dem Weltmarkt liegt. Ein Beispiel ist der Vertrag über die Errichtung des Stahlwerkes bei Isfahan im Iran, für das die Sowjetrevisionisten Erdgas erhalten. Der Preis, der pro Kubikmeter Gas berechnet wird, liegt ein Viertel unter dem Preis, den die Sowjetrevisionisten zum Beispiel für ihre Erdgaslieferungen an die BRD berechnen.
Die kuwaitische Zeitung "Al-Rai al Amm" berichtete, die Führer des Kreml hätten einen arabischen Führer bei seinem Besuch in Moskau gewarnt: "Dem Namen nach ist das arabische Öl arabisches Eigentum, tatsächlich aber internationaler Besitz." Dazu äußerte sich die Zeitung in einem Leitartikel: "Die Russen haben die Losung – Erdöl, besonders das arabische Erdöl, sei internationaler Besitz – aufgestellt. Das ist eine neue Idee und modernste imperialistische Logik." (nach: Peking Rundschau 39/73)

Das Ölgeschäft mit den Niederlanden entspricht dieser Logik. Die Sowjetrevisionisten tun alles, um ihr imperialistisches Treiben zu verschleiern und der Weltöffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. So dementierte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS das Ölgeschäft mit den Niederlanden (Le Monde, 12.12.73). Wie die französische Zeitung in derselben Ausgabe aber weiter berichtet, bestätigte der amerikanische Chemie-Konzern Dow Chemical, daß sein Zweigwerk in Rotterdam gut mit Öl versorgt werde, das aus der UdSSR kommt. Die Bundesregierung erwartet ebenfalls zusätzliche Lieferungen aus der UdSSR, sie hat Anfang Dezember ein sogenanntes Globalkontingent in Aussicht gestellt, das den Importeuren ermöglichen soll, jede greifbare Menge Öl von den osteuropäischen Staaten aufzukaufen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.). Die hessische Landesregierung erklärte, sie habe wegen der Ölversorgung keine Sorge, da die UdSSR bereit sei, ihre Öllieferungen zu steigern und das Land Hessen sich in einer günstigen geographischen Lage zu der UdSSR befinde. Da sieht man, was es mit dem TASS-Dementi auf sich hat. Ebenso erklären die Sowjetrevisionisten immer wieder der Weltöffentlichkeit, ihre Politik im Nahen Osten und ihre Flottenstützpunkte im östlichen Mittelmeer, im Arabischen Golf und im Indischen Ozean dienten nur der Freundschaft und der Völkerverständigung, zur Unterstützung der "Opposition gegen den Imperialismus" und der "Unterstütztung der nationalen Befreiungsbewegungen" (vgl. Handelsblatt, 3.12.73, Peking Rundschau, Nr. 39/73 und Nr. 45/73).

Tatsächlich aber dient der Flottenaufmarsch dem Ziel, den Einfluß in diesen Ländern militärisch abzusichern, Druck auf die Völker in diesem Teil der Welt auszuüben. Die Völker sollen nach der Pfeife der Sozialimperialisten tanzen, das ist das Ziel des Flottenaufmarsches. Das ist aber nackte Machtpolitik, Politik der Stärke. Die Völker der Welt werden sich dem nicht fügen. Sie durchschauen dieses imperialistische Spiel und erkennen die falschen Freunde immer klarer.

D.T.

DKP-Ratschläge für BRD-Kapitalisten

ERFÜLLTE VERTRÄGE GESICHERTE ENERGIE

Ex oriente lux – aus dem Osten kommt das Licht. Diese alte Weisheit hat für die Bundesrepublik und ihre Bürger einen ganz aktuellen Bezug.
Schon jetzt haben die Energie-Experten errechnet, daß in zwanzig Jahren der Verbrauch in unserem Lande so angestiegen ist, daß die bisherigen Quellen nicht mehr reichen.
Da gibt es aber die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten. Die Energiequellen der Sowjetunion sind schier unerschöpflich. Vor allem was Erdgas und Erdöl betrifft.
Was liegt näher, als durch langfristige Handelsverträge diese Quellen für die Versorgung unseres Landes zu erschließen? Das aber setzt normale, ja gute Beziehungen zur Sowjetunion voraus. Die UdSSR ist zu diesen Beziehungen bereit. Das hat sie mehr als einmal gesagt. Das hat der Generalsekretär der KPdSU Leonid Breshnew in Bonn der Wirtschaft unseres Landes angeboten.
Vielleicht wird jenen neunmalklugen Kommentatoren der großbürgerlichen Presse jetzt angesichts der Energiekrise klar, wie weitsichtig das Angebot Breshnews aus dem Frühling war.
Die DKP sagt: Wir haben mit der Sowjetunion, mit der DDR und anderen sozialistischen Staaten Verträge. Wenn diese Verträge nach Geist und Buchstaben mit Leben erfüllt werden, dann ergeben sich für unser Land große Chancen. Auch und gerade auf dem energiepolitischen Gebiet.
Der oben abgedruckte Artikel stammt aus dem Flugblatt "DKP '73" Nr. 7; Herausgeber: DKP-Parteivorstand. Wer bisher glaubte, die DKP sei eine irgendwie "linke", fortschrittliche Partei, die halt bloß eine nicht ganz konsequente sozialistische Politik mache, der wird eines besseren belehrt: Die DKP unterstützt hier ganz offen die imperialistischen Interessen der westdeutschen und der russischen Bourgeoisie!
Das ganze DKP-Gerede, daß die araberfeindliche Politik der Bundesregierung und die Mineralölkonzerne an der Ölkrise und den Preistreibereien für Benzin und Heizöl schuld seien, entlarvt sich hier als bloßes Lippenbekenntnis. Die DKP-Führung fordert nun im Klartext: Die "Wirtschaft unseres Landes" soll sich doch nicht länger mit den Arabern rumärgern, und ihr Erdöl und Erdgas lieber aus der Sowjetunion beziehen. – Der Hinweis am Anfang, daß der Energiebedarf stark steigen wird, ist nur ein billiges Feigenblatt. Denn so gut kennen sich die DKP-Führer auch in der kapitalistischen Ökonomie aus, daß sie wissen: Starke Konkurrenz für das arabische Öl wird von den Konzernen zur Preisdrückerei gegen die Araber benutzt. Mit anderen Worten: Wenn ihr unsere Spottpreise nicht akzeptiert, dann beziehen wir das Öl aus der Sowjetunion mit ihren "schier unerschöpflichen" Energiequellen!

Dieses abstoßende Beispiel revisionistischer Politik macht klar, daß das Auftreten der DKP als Außenhandels-Agentur der Sowjetunion-Sozialimperialisten zwangsläufig zu einer Politik führen muß, die den Interessen der Völker direkt zuwiderläuft. Die "Kommentatoren der großbürgerlichen Presse" und "die Wirtschaft unseres Landes" werden für die guten Ratschläge des DKP-Parteivorstandes bestimmt recht dankbar sein!

Chilenischer Arbeiter entlassen

Hamburg. Bei Auer-Druck, einem SPD-eigenen Betrieb, wurde einem chilenischen Kollegen zum 31.12.73 gekündigt. Die Ausländerbehörde will seine Aufenthaltsgenehmigung nur verlängern, wenn er einen Arbeitsvertrag über ein Jahr vorweisen kann. Wenn der Chilene nach Chile zurückkehrt, ist zu erwarten, daß er ins Gefängnis kommt, denn er hat hier den Kampf des chilenischen Volkes gegen das Terrorregime in Chile unterstützt.
Über den Fall wurde im Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks berichtet. Ebenso wie die SPD–FDP-Regierung einen Verfassungsschutzmann nach Chile geschickt hat, damit keine aktiven linken Kräfte als Flüchtlinge in die BRD kommen, so wird jetzt von SPD-Managern einem fortschrittlichen Chilenen gekündigt, so daß er abgeschoben werden kann.

Flottenaufmarsch im Indischen Ozean

FIEBERHAFTES TREIBEEN DER SUPERMÄCHTE IN DEN GEWÄSSERN DES NAHEN UND MITTLEREN OSTENS / SCHAH SCHICKT 30 000 SOLDATEN AN DIE GRENZE DER DRV JEMEN

Die USA und die Sowjetunion versuchen mit allen Mitteln, den arabischen Staaten ihren Willen aufzuzwingen, um am Verhandlungstisch der Genfer Nahost-Friedenskonferenz über die Köpfe und Gewinne der arabischen Staaten und Völker hinweg, ihre Interessensphären abzustecken. Im Mittelmeer und vor den Küsten Südarabiens haben sie ihre Kriegsschiffe aufmarschieren lassen.
Bereits am 3.12. protestierte der Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Jemen (DVRJ) beim Generalsekretär der UNO gegen Operationen der 7. US-Flotte vor der Küste Südjemens. Die ägyptische Zeitung Al Achram verurteilt am 4.12. aufs schärfste den Aufmarsch von amerikanischen Kriegsschiffen an der Meerenge von Bab el Mandeb (Le Monde 6.12.73). Am 8. Dezember wurde bekannt, daß die Sowjetunion die Zahl ihrer Kriegsschiffe im Indischen Ozean von 25 auf 31 erhöht hat (Le Monde, 8.12.73).

US-FLOTTENSTÜTZPUNKTE

Die US-Imperialisten haben in den letzten Jahren ihre Flottenstützpunkte in Saudiarabien umfassend ausgebaut. Der arabische Golf, das Gebiet, in dem zwei Drittel der Weltölreserven lagern, wimmelt nur so davon. Vor allem die "Schlagader des Weltölstroms", die Straße von Hormuz am Ausgang des Golfes, die alle 15 Minuten von einem Tanker passiert wird, ist in den Händen der USA und seines Verbündeten Iran. Das gesamte Gebiet ist nicht nur reich an Erdöl, sondern auch an Erdgas und anderen wichtigen Bodenschätzen.

SU-FLOTTENSTÜTZPUNKTE

Wo es darum geht, die Reichtümer der Völker auszuplündern, hat sich seit einigen Jahren auch die Sowjetunion erfolgreich in den Kampf um die besseren Positionen eingeschaltet. Seit 1963 pflegt sie wieder freundschaftliche Beziehungen mit dem Iran, Lieferverträge für Erdöl und Erdgas sind abgeschlossen worden, eine Erdgaspipeline wurde gemeinsam vom Schah und dem sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny eingeweiht.
Die sowjetischen Flottenstützpunkte werden systematisch ausgebaut. Direkt im Raum der arabischen Halbinsel sind es zwei, einer im Norden des Golfes, an der irakischen Küste, der andere in Berbera (Somaliland) im Golf von Aden. Hinzu kommen Auftank- und Bunkerrechte in afrikanischen Küstenländern, wie z. B. auf der Insel Mauritius vor Madagaskar, (entlang der Küste verlaufen die Fahrstraßen für die Öltanker). Und schließlich wird Indien sich nicht länger den Forderungen nach Hafenanlauf-Rechten und Stützpunkten für die Kriegsflotte der Sowjetunion entziehen können. Erst am 7.12. sah sich der indische Außenminister veranlaßt, Meldungen über die Errichtung sowjetischer Flottenstützpunkte in Indien zu dementieren (Le Monde, 8.12.). Sie waren jedoch nicht aus der Luft gegriffen.

DIE SUPERMÄCHTE BEDROHEN DIE LÄNDER UND VÖLKER DES NAHEN OSTENS

Während sich die beiden Supermächte hier jetzt wie zwei Raubtiere gegenseitig bewachen und darauf achten, daß der eine nicht mehr von der Beute abkriegt, als der andere, sind sie natürlich jederzeit bereit, die schmutzigsten Geschäfte auf Kosten der Völker dieses Teils der Welt miteinander einzugehen.
Für die Länder und Staaten des gesamten Nahen Ostens ist diese Rivalität der Supermächte im Kampf um die Herrschaft über die Völker eine klare Bedrohung. Ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit ist dadurch dauernd gefährdet. Besonders bedroht ist der Befreiungskampf der Völker Südarabiens, die sich mit der den britischen Imperialisten im bewaffneten Kampf abgerungenen Demokratischen Volksrepublik Jemen und den befreiten Gebieten von Oman feste Stützpunkte geschaffen haben.

Die US-Imperialisten haben ihre Verbündeten Saudi-Arabiens und Iran systematisch gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker in diesem Gebiet aufgerüstet. An den Grenzen der DVR Jemen sind in den letzten Tagen 30 000 Mann iranische Truppen aufmarschiert, unterstützt von Luftwaffe und Kriegsmarine, das erklärte am 6.12. der südjemenitische Botschafter in Beirut. (Le Monde, 8.12.) Schon während des Oktoberkrieges haben Angriffe auf südjemenitisches Territorium stattgefunden.
Gegen die direkte Bedrohung durch die iranischen Lakaientruppen des US-Imperialismus haben die Völker Südarabiens von den sowjetischen Sozialimperialisten nur Hilfe um den Preis ihrer Unabhängigkeit zu erwarten. Vor allem besteht die Gefahr, daß beide Supermächte die Aktionen des Schah-Regimes nur zum Ausgangspunkt ihrer Intervention nehmen, die USA, um verlorene Einflußgebiete zurückzugewinnen, die Sowjetunion, um unabhängige Staaten in ihre Abhängigkeit zu bringen. – U.T. –

kommunistische volkszeitung

HERAUSGEBER:
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

für die REDAKTION verantwortlich:
Wilfried Maier

Erscheint im Verlag:
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29
Telefon: 0621 / 37 92 21

DRUCK:
CARO-Druck
69 Heidelberg, Lutherstr. 44a

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 35 000

Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 19.12.1973

Zuschriften an die Redaktion der KVZ
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29
Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter der Nr. 0621 / 37 91 21

JAHRESABONNEMENT:
24 Nummern incl. Porto 18,00 DM
FÖRDERABONNEMENT:
24 Nummern 20,00 DM und mehr
Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto
Ernst Ehlert
Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18
oder: PschA Karlsruhe
Konto Nr. 112 985 – 758

Die Zeitung wurde am Sonntag, 16.12.73, fertiggestellt.

Demonstrationsverbot

DIE GLEICHE POLITISCHE BEGRÜNDUNG WIE IN KÖLN

Saarbrücken. Am 8.12. wurde das Verteilen von Flugblättern von der Polizei verboten. Die Flugblätter richteten sich gegen das Verbot einer zentralen Persien-Demonstration in Köln, wo gegen die drohenden Todesurteile von 12 persischen Freiheitskämpfern und gegen die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Terrorregime des Schahs protestiert werden sollte.
Am 10.12. wurde eine Demonstration in Saarbrücken gegen die Zwangsmaßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates verboten.

Die Begründung war unter anderem: *"Das Zustandekommen von Zusammenstößen ist insbesondere und deshalb wahrscheinlich, weil das Bewußtsein der Bevölkerung weniger durch die vom Veranstalter behaupteten politischen Zustände im Iran sondern vielmehr von dem Gefühl geprägt wird, daß der Iran zu einem der wenigen Staaten zählt, der der Bundesrepublik angesichts der sich immer schärfer abzeichnenden Ölverknappung mit unbeschränkten Erdöllieferungen helfen will. Angesichts der Tatsache, daß in dem Flugblatt ferner zum Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung aufgerufen wird, kann nicht ausgeschlossen werden, daß von Seiten des Veranstalters der Versuch unternommen wird, unter Hinweis auf die Ölverknappung gewisse Kreise der Bevölkerung gegen die Regierung aufzuwiegeln und auf diese Weise die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu stören."*

"Eine Belastung der außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland ist zu befürchten." "Eine derartige Belastung aber muß angesichts der drohenden Energiekrise mit all ihren negativen Auswirkungen für die Arbeitsplätze im existenziellen Interesse der Gesamtbevölkerung unter allen Umständen vermieden werden."
Das ist wörtlich die Verbotsbegründung von Köln! Die Bundesregierung führt die Feder und den Unterdrückungsapparat des Staates. Die Notgemeinschaftspolitik der Bundesregierung soll durchgesetzt werden. Die Empörung gegen die Unterdrückungsmaßnahmen wächst in Saarbrücken.

Gegen die „Neue Linke"

SEMINAR DER BUNDESWEHR UND DER ARBEITGEBER

Der Deutsche Bundeswehrverband, eine reaktionäre Vereinigung von vornehmlich Bundeswehroffizieren, Feldwebeln und Unteroffizieren, führte vom 22. bis zum 25. September ein gemeinsames Seminar mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) durch. Die Veranstaltung hatte das Thema: "Die Herausforderung der neuen Linken – Prüfstein unserer Gesellschaft".
Wie das Organ des Bundeswehrverbandes, "Die Bundeswehr", im Oktoberheft mitteilt, erklärten die Sprecher beider Verbände, "daß die Interessenlage beider Verbände dahingehend übereinstimme, die Funktion des Staats und unserer Gesellschaftsordnung gegen alle Angriffe von innen und außen zu verteidigen."
Die Sprecher der beiden Verbände stimmten weiter darin überein, "die Bundeswehr sei nicht nur einer der größten Auftraggeber der Wirtschaft, sondern schaffe auch die Sicherheit, die Industrie und Handel für eine weitere gedeihliche Entwicklung benötigen."

Direktion verbietet Nahost-Veranstaltung

FREIBURGER SCHÜLER SETZTEN SICH DENNOCH DURCH

Die Vorgänge um den letzten Nahostkrieg, die sogenannte Energiekrise, die Notstandsmaßnahmen des Staates wurden von vielen Schülern in Freiburg aufmerksam verfolgt. Aus diesem Grund wandte sich eine ganze Reihe von Klassen an das örtliche Palästinakomitee und luden es ein, im Unterricht Vorträge über die Geschichte des Nahostkonfliktes vom Standpunkt des palästinensischen Volkes aus zu halten. Überall dort, wo die Schüler sich schon organisiert und eine Reihe von Kämpfen durchgeführt haben (z.B. am Kolping-Kolleg) konnten diese Veranstaltungen erfolgreich durchgeführt werden, ohne daß die Direktion es wagte, diese Debatten im Unterricht zu unterdrücken.
An den Schulen, wo die Schülerbewegung gerade die ersten Schritte macht, griffen die Direktionen und das Oberschulamt massiv durch. Die Klasse 10 c der Hansjakob-Realschule hatte sich zum Beispiel mehrheitlich dafür entschieden, das Palästinakomitee in die Klasse einzuladen. Vom Oberschulamt wurde das verboten. Der Kernpunkt der Verbotsbegründung war, daß im Unterricht grundsätzlich nur kultusministeriell genehmigtes Material verwendet werden dürfe und daß bei solchen Unterrichtsveranstaltungen "eine Gegenpartei" vorhanden sein müsse.
Auf den ersten Blick scheint letzteres richtig zu sein, weil dadurch die Diskussion unter den Schülern vorangebracht werden könnte. Die Schüler der Klasse 10 c entlarvten aber diese Begründung in einem Flugblatt, das von ihnen herausgegeben wurde. Dasselbe Oberschulamt hatte nämlich an der selben Hansjakob-Schule die Veranstaltung eines Inders, der die Schüler unbedingt davon überzeugen wollte, daß sich in Bangla Desh ein nationaler Befreiungskampf abspielt, nicht nur nicht verboten, sondern begünstigt und organisiert. Daran zeigt sich die ganze Heuchelei des Oberschulamtes. "Eine Gegenpartei" muß offensichtlich nicht dazu vorhanden sein, um die Debatte unter den Schülern voranzubringen, sondern nur dazu, um als Rechtfertigung zu dienen, die freie Diskussion zu beschneiden, zu verbieten, zu unterdrücken. Denn warum gibt es zweierlei Recht für das Oberschulamt? Weil die Bangla-Desh-Veranstaltung dazu dienen sollte, nachzuweisen, daß der westdeutsche Imperialismus die unterdrückten Völker unterstützt, nachdem das Gegenteil durch unzählige andere Beispiele bereits erwiesen ist. Eine solche Veranstaltung dient dazu, die Sympathie vieler Schüler mit den Befreiungsbewegungen in eine Sympathie mit dem bürgerlichen Staat, der diese Befreiungsbewegungen angeblich unterstützt, zu verwandeln. Darum hatte diese Veranstaltung den Segen des Oberschulamtes.
Die Nahost-Veranstaltung des Palästinakomitees hätte von einem wirklichen und gerechten Befreiungskampf – den des palästinensischen Volkes – gehandelt. Bei dieser Verhandlung wäre die "Energiekrise" zur Sprache gekommen und die Sympathie vieler Schüler mit einer nationalen Befreiungsbewegung hätte sich gegen den bürgerlichen Staat zugespitzt.
Genauso handelten die Direktionen anderer Gymnasien. Die Schüler ließen sich davon nicht einschüchtern. Die Hansjakob-Schüler haben im Gegenteil eine Veranstaltung für die gesamte Schule organisiert und durchgeführt.
Die Reaktion des Oberschulamtes zeigt, welch ein ausgezeichnetes Mittel im antiimperialistischen Kampf der Besuch von Komitees in den Schulen und die Debatte im Unterricht ist. Wenn wir zweierlei gleichzeitig machen – Veranstaltungen in der Klasse und Kampf für freie Debatten an der Schule – dann kann man solche Veranstaltungen auch durchsetzen. Das hat sich in Freiburg gezeigt.

–J.–

Gegensätze in EWG und NATO

DIE NEUE WELTLAGE VERSCHÄRFT DIE WIDERSPRÜCHE ZWISCHEN DEN IMPERIALISTEN

Verschiedene Gremien der NATO haben in den letzten Wochen die militärische, politische und wirtschaftliche Lage des Bündnisses nach dem Nahost-Krieg beraten. Das NATO-Bündnis ist durch die wachsenden Gegensätze vor allem zwischen den europäischen NATO-Staaten und den USA brüchig geworden.

Die Mobilmachung der amerikanischen Truppen in Europa während des Nahostkrieges ohne vorherige Benachrichtigung der europäischen Regierungen zeigt, wie weit die Gegensätze gediehen sind. Bis zum Frühjahr nächsten Jahres soll nun die NATO gekittet und ein neues Arrangement zwischen den USA und den europäischen Staaten getroffen werden. Dann will Präsident Nixon im April 1974 zum 25. NATO-Jubiläum Europa besuchen.

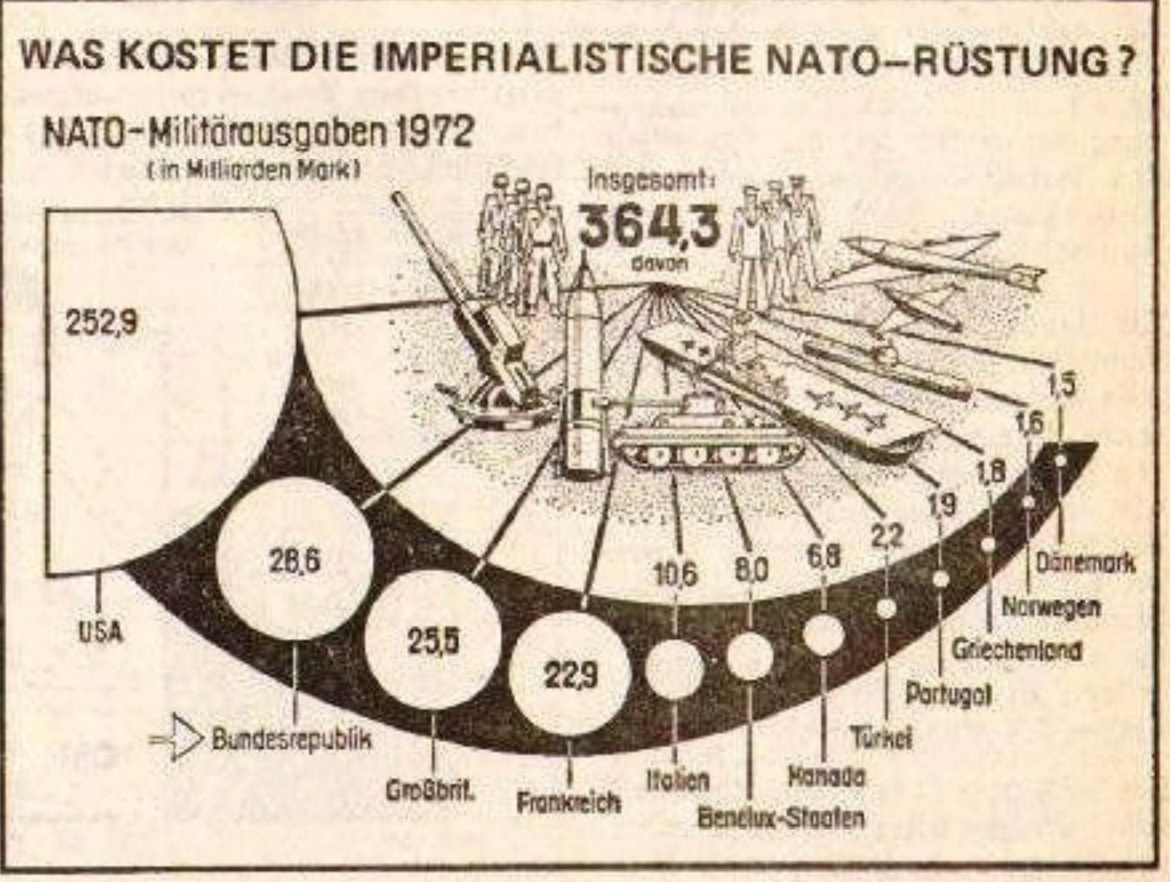
1949: DIE GRÜNDUNG DER NATO ALS INSTRUMENT DES US-IMPERIALISMUS GEGEN DIE SOWJETUNION

Die NATO – Nordatlantik-Pakt-Organisation – wurde im April 1949 gegründet auf Initiative der USA und des sogenannten Brüsseler Paktes, zu dem sich die drei Benelux-Staaten, Frankreich und Großbritannien, zusammengeschlossen hatten. Unmittelbarer Anlaß war die Berlin-Blockade und die Ablösung der bürgerlichen Regierung in der Tschechoslowakei durch eine volksdemokratische. Die Stoßrichtung dieses Militärbündnisses war eindeutig gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten Osteuropas gerichtet.
Andererseits sicherte das Bündnis gleichzeitig die Herrschaft des US-Imperialismus über die europäischen imperialistischen Staaten und machte sie zu seinen Vasallen. Der US-Imperialismus schlug damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Mit dem Militärpakt war ein erster Schritt zur Einkreisung der Sowjetunion, zur Eindämmung des Kommunismus getan, und zugleich die Kontrolle über Europa gesichert.
Am 23. Oktober 1954 wurde die Bundesrepublik in das Bündnis aufgenommen. Damit war die Wiederaufrüstung des westdeutschen Imperialismus als Vasall des US-Imperialismus besiegelt.

1973: DIE VERHÄLTNISSE HABEN SICH GRUNDLEGEND GEÄNDERT

Heute sind die Verhältnisse dreifach verändert:
Der US-Imperialismus hat seine uneingeschränkte Vormachtstellung eingebüßt.
Die Sowjetunion hat den kapitalistischen Weg eingeschlagen und ist ein sozialimperialistischer Staat, der als zweite imperialistische Supermacht um Beherrschung und Ausbeutung der Völker rivalisiert.
Der Kampf der Völker um Freiheit und Unabhängigkeit und gegen jedwede imperialistische Herrschaft breitet sich immer mehr aus, und hat insbesondere dem US-Imperialismus schwere Schläge versetzt.
Während die europäischen Staaten im Kampf um weltweite Absatzmärkte und den Aufbau eigener imperialistischer Machtpositionen zur Herrschaft und Ausbeutung über die Völker der Dritten Welt sich aus der Vormundschaft des US-Imperialismus lösen, versuchen die beiden imperialistischen Supermächte alles ihrem Konkurrenzkampf unterzuordnen. So richtete der französische Außenminister scharfe Angriffe gegen die USA, weil sie einerseits ein Atomabkommen mit der Sowjetunion geschlossen haben, in dem beide Supermächte sich gegenseitig versichern, allein "für den Frieden in der Welt" verantwortlich zu sein; und weil andererseits die USA auf europäischem Boden ohne Konsultation der europäischen Staaten eine Generalmobilmachung gegen die Sowjetunion unternimmt.

Das Komplott der beiden Supermächte gegen alle Völker der Welt und zugleich die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, die jederzeit die Völker in einen von den Supermächten ausgelösten Weltkrieg hineinreißen kann, das ist die Lage, die der französische Außenminister zumindest benannte.
Anders die Bundesregierung, vertreten durch Außenminister Scheel. Er versicherte den USA, daß die BRD im Falle einer direkten Konfrontation der USA mit der Sowjetunion eindeutig die USA unterstütze. Man müsse jedoch unterscheiden, wann die "gemeinsamen Sicherheitsinteressen" und wann nur Interessen der USA betroffen seien. Gegenüber der Nahostpolitik der USA ist die Bundesregierung derzeit bemüht, den Schein der Unabhängigkeit zu wahren.
Demgegenüber wollen die USA die



NATO als Instrument ihrer Interessen in allen Gebieten, die näher an Europa als an den USA sind, aufrechterhalten, und verlangen Gemeinsamkeit gegenüber den arabischen Staaten. "Washington wünscht jetzt dringend eine europäische Einheitsfront gegenüber den arabischen Erpressungsversuchen, oder zumindest eine gemeinsame Politik, die ... nicht anderen gestattet, ihre eigenen Beziehungen zu den Lieferländern zu verbessern." ("Handelsblatt", 15.12.) Präsident Nixon drohte: Ohne die USA wären "diesen Winter die Europäer vor Kälte gestorben", und Kissinger beklagte sich: "Die Europäer haben sich betragen, als ob es die Allianz nicht gäbe". Auf der NATO-Konferenz erklärte er: Die Bündnismitglieder müßten wissen, ob sie Alliierte oder Konkurrenten sein wollten. ("Neue Zürcher Zeitung", 12.12.)

DIE GEGENSÄTZE ÜBERWIEGEN

Gerade weil die Imperialisten alle das gleiche Interesse haben, die Welt zu beherrschen und die Völker auszubeuten, sind die Konkurrenz und der Gegensatz zwischen den Imperialisten immer das bestimmende Moment.

Wenn sich welche zusammentun, dann immer zum Schaden der anderen. Das Komplott der Supermächte zwingt die europäischen Staaten, sich zusammenzuschließen. In einer schön allgemeinen Formulierung haben sie nun in Kopenhagen beschlossen, bis Ende des Jahrzehnts die "Politische Union" herzustellen.
Aber die Konkurrenz zwischen den europäischen imperialistischen Staaten steht diesem Zusammenschluß immer noch im Weg, denn denkbar ist er nur, wenn eine europäische Macht darin die Vormachtstellung behaupten kann. Wenn es den Supermächten, vor allem den USA, nicht überhaupt gelingt, das zu verhindern, dann wird dieser Kampf zwischen den französischen und den westdeutschen Imperialisten ausgetragen in wechselnden Bündnissen mit den anderen europäischen Staaten.
Entscheidend in diesem Kampf ist die militärische Vormachtstellung. An dieser Frage scheiden sich am offensten die Interessen. Im Kopenhagener Europadokument heißt es dazu, daß die Staaten, die Mitglied der NATO sind, alle außer Frankreich, keine Alternative sehen zur Präsenz der US-Truppen und ihrer Atomwaffen in Europa.
Das ist vor allem die Position der westdeutschen Imperialisten, in deren Schatten des US-Imperialismus wiedererstarkt sind. Die Ostpolitik der Bundesregierung hat diese Position nicht geändert; im Gegenteil, die wirtschaftliche Expansion nach Osten hat zur Voraussetzung die Erhaltung der atomaren Abschreckung, wie die Bundesregierung auch oft genug betont hat. Imperialistische Politik spricht immer Frieden und baut auf militärischer Macht.
In welchem imperialistischen Bündnis auch immer, das Militär ist gegen das Volk und gegen andere Völker gerüstet. Die Arbeiterklasse hat weder an der Erhaltung der NATO noch am Aufbau einer europäischen Streitmacht ein Interesse. Die deutlichsten Beispiele in Europa sehen wir in Griechenland, der Türkei und in Portugal, wo NATO-Truppen nach NATO-Plänen der imperialistische Ausbeutung blutig gegen das Volk aufrechterhalten. Und in den NATO-Verträgen ist eindeutig festgelegt, daß die US-Truppen in der Bundesrepublik jederzeit eingreifen können, wenn sie sich durch die politische Entwicklung bedroht sehen.
Die Kommunisten fordern den Abzug aller Truppen des eigenen Landes aus anderen Ländern. Sie fordern den Austritt aus allen Militärbündnissen und den Abzug aller fremden Truppen.

–D.T./bb–

Polizei löst Kundgebung auf

VERHAFTUNGEN UND VERFAHREN IN HAMBURG

Hamburg, 14.12. Die Polizei löste eine Kundgebung gegen die Notverordnungen der Regierung, die in der belebten Innenstadt Hamburgs von der Sozialistischen Studentengruppe Hamburg abgehalten wurde, mit Gewalt auf. Die Polizei hatte zunächst den Platz für die Kundgebung freigeräumt. 10 Minuten nach Beginn der Kundgebung teilte die Polizei den bis dahin etwa 500 Zuhörern mit: "Diese Kundgebung ist nicht angemeldet und folglich nicht gestattet." Als die Polizei dann die Lautsprecherkabel zerriß, richtete sich der Unmut der Bevölkerung einmütig gegen die Polizei. Ein Passant schrie zum Beispiel einen Polizisten an, "Ich bin kein Kommunist, ich bin ein bürgerlicher, aber ich paß hier auf, daß Sie nicht zuschlagen."

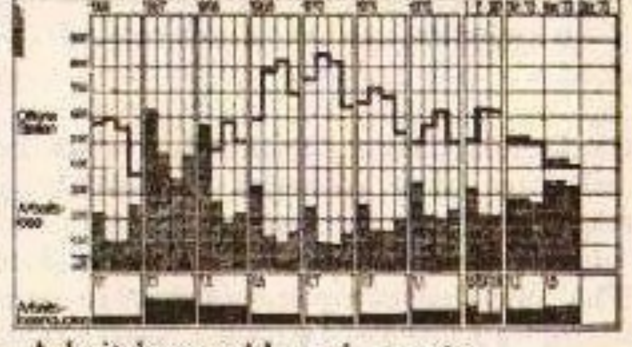
Wenig später wurde der Sprecher der Kundgebung von der Polizei festgenommen und abgeführt. Dann ein weiterer Sprecher, der sich über ein Megaphon an die Bevölkerung wenden wollte. Darüberhinaus sechs Kundgebungsteilnehmer, als sie das Vorgehen der Polizei kritisierten. Den Festgenommenen wurden Verfahren wegen Rädelsführerei auf einer illegalen Versammlung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Widerstand gegen die Staatsgewalt angekündigt.

Ursache und Wirkung der Krise

DER AUSWEG DER ARBEITERKLASSE AUS DER KRISE IST DER KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS

Der folgende Artikel versucht, die gegenwärtigen Erscheinungen der Krise darzustellen, ihre Ursache und Wirkung zu untersuchen und die wichtigsten allgemeinen Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse zu bestimmen.



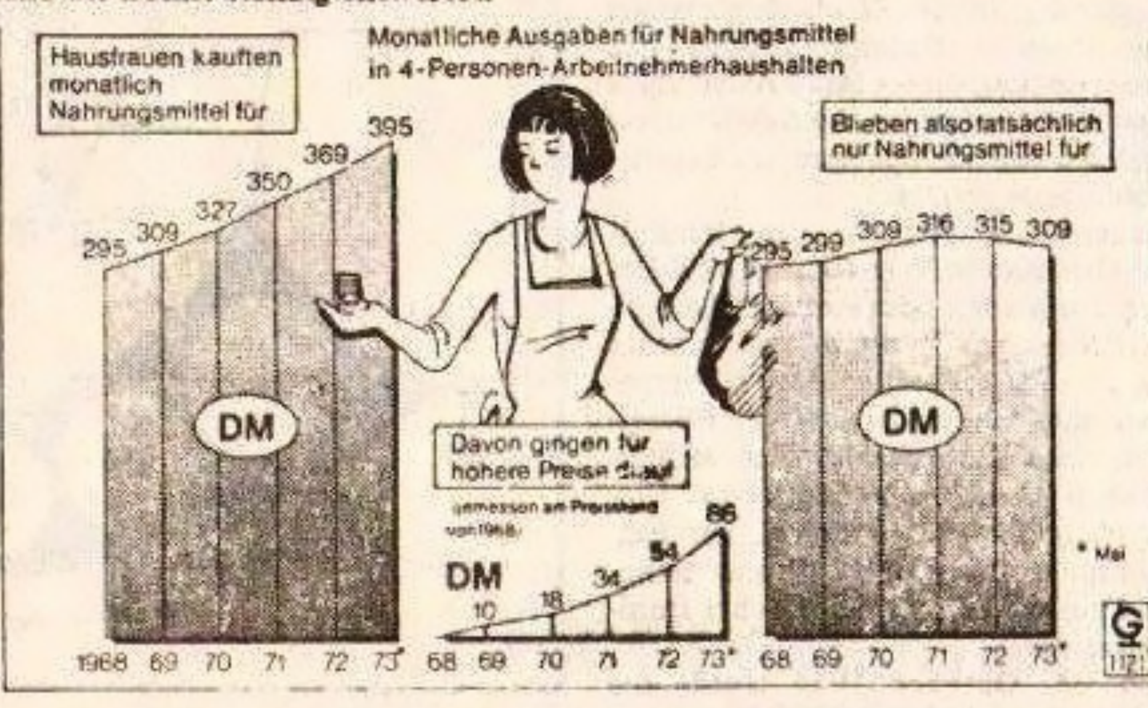


Arbeitslosenzahl und -quote
Die Arbeitslosigkeit wächst

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nehmen sprunghaft zu, die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Monats um fast 25 %, die Kurzarbeit um 55 %. Diese Entwicklung schreitet fort.



Während die D-Mark durch die Weltwährungskrise gegenüber den imperialistischen Konkurrenten aufgewertet wurde, und dadurch die Kapitalausfuhr für die Kapitalisten begünstigt wurde, hat der Geldwertschwund im Inland die Löhne ständig entwertet.



Die Ausgaben einer Arbeiterfamilie (im Durchschnitt) waren zwar in diesem Jahr wesentlich höher als je zuvor, aber was dafür auf den Tisch kam, war effektiv weniger oder von geringerer Qualität. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man von den Ausgaben das abzieht, was für gestiegene Preise draufging. (Quelle: "Handelsblatt", 7./8.12.1973)

MEHR KURZARBEIT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben im vergangenen Monat erheblich zugenommen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit stieg die Arbeitslosenzahl von Oktober auf November um 24 % auf 331 800 Arbeitslose, die Arbeitslosenquote von 1,2 % auf 1,5 %. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg gar um 55 % auf 105 200. Das ist ein höherer Bestand an Kurzarbeit als je zuvor. Die Bundesanstalt für Arbeit erklärte, daß der hohe Stand der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nicht durch die Ölverknappung verursacht sei, die bisher auf den Arbeitslosenstand noch keine Auswirkungen habe ("Frankfurter Rundschau", 7.12.73).

Die Bundesanstalt für Arbeit rechnet damit, daß die Zahl der Arbeitslosen zum Jahresende an die halbe Million reicht. In einigen Regionen, in Teilen von Bayern, im Grenzgebiet zur DDR und in Niedersachsen liegt die Arbeitslosigkeit schon erheblich höher. Im gesamten Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen/Bremen hat die Arbeitslosenquote 2,1 % erreicht, in den Bereichen der Arbeitsämter Emden 5,3 % und Leer 4,5 %.

Der Schwerpunkt von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit liegt in der Textilindustrie und in der Bauindustrie. Aber auch in anderen Bereichen stehen Kurzarbeit und Entlassungen bevor. Vor allem im Bereich der Automobilindustrie bei Opel und Ford. Während im Export die Automobilkapitalisten das Geschäft noch ausweiten, ist der Absatz im Inland in den letzten Monaten um 13 % zurückgegangen. Eine Krise in der Autoindustrie hat aber weitreichende Folgen für Produktion und Beschäftigung in der gesamten Industrie, denn jeder siebte Beschäftigte hat direkt oder indirekt mit der Automobilindustrie zu tun.

STEIGENDE TEUERUNG

Auch die Teuerung nimmt weiter zu, und nicht nur wegen der ungeheuer gestiegenen Benzin- und Heizölpreise. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt, "das teuerste Weihnachtsfest seit Jahren hieß es schon im vergangenen Jahr. Der Teuerungschub in diesem Jahr bringt einen neuen Rekord." (FAZ, 6.12.73) Nicht nur der gesamte private Verbrauch ist wegen der Teuerung im letzten halben Jahr absolut zurückgegangen, nicht nur weniger Autos wurden gekauft: In den Arbeiterhaushalten kam auch weniger Essen auf den Tisch, obwohl dafür mehr Geld ausgegeben werden mußte. (Vgl. Schaubild) Der private Verbrauch ist außerdem ab Mitte dieses Jahres absolut zurückgegangen, weil die Kaufkraft der Massen insgesamt mit der Teuerung nicht Schritt gehalten hat.

DIE ÖLKRISE IST NICHT NUR EIN MANÖVER ...

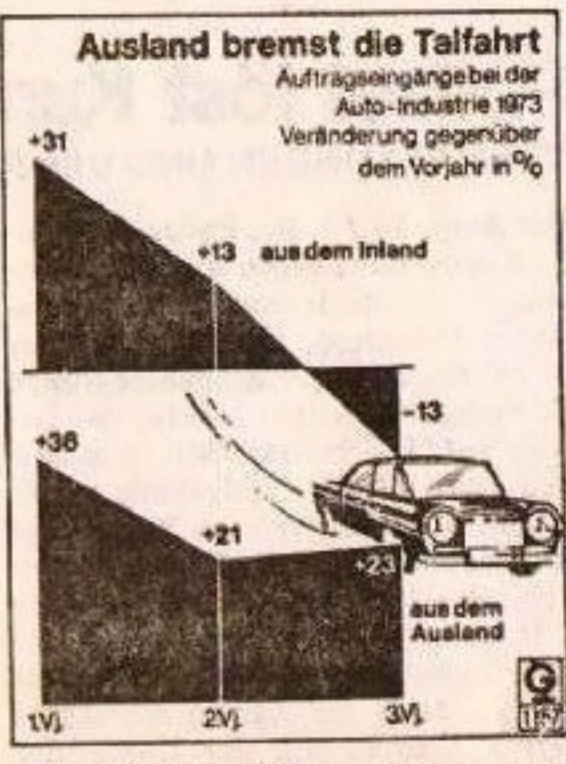
Die Krisenentwicklung hat vor der sogenannten Ölkrise eingesetzt und hat auch nicht ihre Ursache in der Ölkrise. Dennoch ist es falsch, in der Ölkrise nur ein Komplott der Kapitalisten zu sehen, um von der umfassenden Krise des Kapitalismus abzulenken. In der Tat versuchen die Kapitalisten und ihre Regierung, die gesamte Krise darzustellen als Werk der "Erpressung durch die Araber". Mit dieser Verdrehung der Tatsachen wollen sie die Lohnabhängigen unter Druck setzen und eine Notgemeinschaft mit den imperialistischen und völkerfeindlichen Interessen des Kapitals aufzwingen. Sie versuche , damit ihre volksfeindlichen Beschränkungen zu begründen und einen Lohnstopp durchzusetzen.

Aber dies üble Manöver bedeutet nicht, daß die Ölkrise nur eine Erfindung der Kapitalisten ist. Auch die Tatsache, daß die Tanks der Ölgesellschaften bis zum Rand gefüllt sind wie noch nie und daß bisher kein Tropfen Öl weniger in die Bundesrepublik gekommen ist, wie man in der Fernsehsendung "Monitor" am 10.12. hören und im "Handelsblatt" am 11.12. lesen konnte, bedeutet nicht, daß die Ölkrise nur ein Manöver der Ölkonzerne ist.

Richtig ist, daß die Ölkonzerne ein großes Manöver mit der Ölkrise machen, ihre Tanks füllen und die Preise in schwindelnde Höhe treiben. Aber sie machen dies, weil das Öl effektiv knapp werden wird, wenn die Förderstaaten ernstlich daran gehen, wie sie es beschlossen haben, ihre natürlichen Reichtümer vor der rücksichtslosen Ausbeutung durch die ausländischen Monopoloe zu schützen. Sie sind dazu gezwungen, wollen sie nicht in 20 Jahren ohne einen Tropfen Öl dastehen. Denn die natürlichen Vorkommen sind dann erschöpft, wenn die Ausplünderung in der bisherigen Weise fortschreitet.

... SONDERN EIN SCHLAG, DER DIE IMPERIALISTISCHE KRISE VERSCHÄRFT

Der Kampf um den Schutz der natürlichen Reichtümer und um Unabhängigkeit von den imperialistischen Monopolen ist ein empfindlicher Schlag gegen den Imperialismus, der von der rücksichtslosen Ausplünderung der ausgebeuteten Völker und ihrer Rohstoffe lebt. Die derzeitige Verknappungsstrategie der Ölmonopole, noch bevor die Lieferbeschränkungen wirksam geworden sind, und die ungeheure Preistreiberei, die in keinem Verhältnis steht zu den Abgabenerhöhungen der arabischen Staaten, deuten nur an, wie sich die imperialistischen Monopole in der Krise ihres internationalen Ausbeutersystems notwendig verhalten. Sie werden alles tun, um die Folgen ihrer Krise auf die Lohnabhängigen abzuladen und zugleich alle Hebel ihres imperialistischen Betrugs- und Gewaltapparates in Bewegung setzen, um das Rad der Geschichte aufzuhalten, das unaufhaltsam den Imperialismus in die Krise treibt.



Nur im Export dehnt sich das Geschäft der Automobilkapitalisten noch aus, während der Inlandsabsatz absolut zurückgeht.

DIE KRISE IST EINE ÜBERPRODUKTIONSKRISE

Die derzeit in der Bundesrepublik beginnende Krise nimmt ihren Ausgang von der Überproduktion, die die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Konkurrenz zwangsläufig periodisch mehr oder minder heftig hervorbringt. Die schrankenlose Ausdehnung der Produktion und der rücksichtslose Konkurrenzkampf um Profit und Absatzmärkte gerät immer wieder in Widerspruch zu der beschränkten Kaufkraft der Massen, es werden mehr Waren produziert, als die Massen kaufen können.

Die Massen würden gern kaufen, aber können die Preise nicht bezahlen. Die Produktion wird eingeschränkt, Arbeiter entlassen, kleinere Kapitalisten werden von der stärkeren Konkurrenz vertrieben und machen Pleite. Dies zeigt sich derzeit in der Bundesrepublik in einem sinkenden Inlandsabsatz und Zunahme der Arbeitslosigkeit, **während jedoch der Absatz ins Ausland noch zunimmt und der Exportüberschuß (mehr Export als Import) sogar noch Rekordhöhen erreicht.**

DIE GLEICHZEITIGE KRISE IN ALLEN KAPITALISTISCHEN LÄNDERN.

Die derzeitige Krise ergreift zu gleicher Zeit alle kapitalistischen Länder. Das heißt für die westdeutsche Wirtschaft, die zu einem großen Teil für den Export produziert, daß die Überproduktionskrise auch im Geschäft mit dem Ausland spürbar werden wird. Denn die Gleichzeitigkeit der Krisenentwicklung bedeutet nichts anderes, als daß die Überproduktionskrise in allen kapitalistischen Ländern zu gleicher Zeit zu wirken beginnt.

In der Krise von 1966/67 war es gerade andersrum. Die Kapitalisten in der BRD nutzten die Krise, um die Löhne zu drücken und zugleich eine große Exportoffensive zu starten, weil in anderen Ländern noch eine Nachfrage bestand. Auch in dieser Krise werden die Kapitalisten versuchen, die Löhne so zu drücken, daß sie mit ihren Exportwaren die Auslandskonkurrenz unterbieten. Geht aber die Nachfrage auf Grund der allgemeinen Überproduktionskrise auch im Ausland zurück, dann ist auch die Exportindustrie betroffen, für die jeder vierte Arbeiter in der Bundesrepublik schafft.

Kurzarbeit bei Opel und Ford sind schon angemeldet. Es ist offensichtlich, daß auf der ganzen Welt eine ungeheure Überproduktion an Automobilen angefangen hat. Das hat auch Auswirkungen auf die westdeutsche Autoindustrie, die sich noch gegenüber der Konkurrenz behaupten kann, weil sie kleinere Wagen baut.

Ein allgemeiner Rückgang des Verbrauchs an Gütern, die die Lohnabhängigen einfach nicht mehr kaufen können, wird auch die Maschinen- und Investitionsgüterindustrie treffen, weil die Kapitalisten in dieser Situation keine neuen Maschinen anschaffen.

... TRIFFT ZUERST DIE KLEINEREN KAPITALISTEN

In der Bundesrepublik ist zunächst vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie betroffen, aber keineswegs alle Textilkomplexe. Während die Hälfte der Textilkapitalisten ihren Umsatz in diesem Jahr um über 40 % ausweiten konnten, ging der Umsatz der anderen Hälfte um mehr als 20 % zurück. Viele Unternehmen machen Pleite, während die großen größer werden. Ein großer Teil der Arbeiter fliegt dabei auf die Straße und meist in Gegenden, wo es keine neuen Arbeitsplätze gibt. Die Konkurrenz, unter der die kleinen Kapitalisten stöhnen, kommt aber nicht nur vom ausländischen Kapital, sondern auch von westdeutschen Textilkapitalisten, die im Ausland billigere Arbeitskräfte mehr ausbeuten können und die Waren wieder in die Bundesrepublik importieren. Solche Geschäfte machen sie in verstärktem Umfang auch mit den ehemals sozialistischen europäischen Ländern. ("Frankfurter Rundschau", 22.11.73) Der Osthandel mit den revisionistisch entarteten Ländern sprengt keineswegs die ruinöse Logik der imperialistischen Konkurrenz, sondern ist deren fester Bestandteil. Keineswegs führt er zu einer Sicherung der Arbeitsplätze, wie die DKP behauptet, im Gegenteil.

GEGEN DIE SCHARFE KONKURRENZ DER SUPERMÄCHTE ...

Die Krise des Imperialismus ist weltweit. Wachsende Teuerung und Arbeitslosigkeit sind Krisenerscheinungen in allen kapitalistischen Ländern. Um ihre Ursachen und Wirkungen zu verstehen, müssen wir die Entwicklung des gesamten kapitalistisch-imperialistischen Systems untersuchen.

Der US-Imperialismus hat seine eindeutige Vormachtstellung, die er nach dem 2. Weltkrieg erobern konnte, eingebüßt. Zugleich hat die Sowjetunion den kapitalistischen Weg eingeschlagen. Dadurch hat sich die Sowjetunion zu einer mächtigen imperialistischen Konkurrenzmacht entwickelt, die wie alle imperialistischen Mächte die Vorherrschaft in der Welt anstrebt. Die Sowjetunion ist keine Friedensmacht mehr, sondern ein sozialimperialistischer Staat, der zugleich der größte Konkurrent des US-Imperialismus ist im Versuch, die Völker auszubeuten und abhängig zu machen.

Das Verhältnis der beiden imperialistischen Supermächte ist dadurch bestimmt, daß sie einerseits gemeinsam alle weiteren imperialistischen Mächte aus der Konkurrenz um die Vormachtstellung ausschließen wollen. Dies ist die sogenannte Entspannungspolitik der Supermächte. Auf der anderen Seite rüsten die beiden Supermächte weiterhin verstärkt militärisch auf und kämpfen überall auf der Welt gegeneinander um Einfluß, Märkte und Kontrolle über die Völker, um sie ausbeuten und ihre Rohstoffe ausplündern zu können.

... VERSUCHT DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS, SEINE POSITION AUSZUBAUEN

Der westdeutsche Imperialismus hat die Schwäche des US-Imperialismus ebenfalls genutzt, um sein Imperium zu vergrößern. Er kämpft um die wirtschaftliche, militärische und politische Vormachtstellung in Europa und baut seine Stellungen und Märkte auf der ganzen Welt aus. Er macht den anderen imperialistischen Mächten, eingeschlossen dem US-Imperialismus, sowohl auf den Märkten ihrer Heimatländer als auch in der Ausbeutung der Völker der Dritten Welt zunehmend Konkurrenz. Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik sind in den Händen der großen westdeutschen Monopole und darauf ausgerichtet, ihre imperialistischen Interessen überall in der Welt durchzusetzen.

Ständig wachsende Exportüberschüsse wurden aus der westdeutschen Arbeiterklasse gepreßt. Die Profite daraus wurden zu immer größerem Teil in den Aufbau von Niederlassungen im Ausland angelegt. Während in der Bundesrepublik die Krisenerscheinungen zunehmen, wächst zugleich immer noch der Exportüberschuß in höchste Höhen und die Ausfuhr an Kapital nimmt zu. Während hier der Reallohn sinkt und Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen, dehnen sich die westdeutschen Monopole in aller Welt aus und machen große Geschäfte. Der Kapitalexport ist die grundlegende Bedingung des Imperialismus, um ein weltweites Ausbeutungs-Imperium aufzubauen.

... DURCH WACHSENDEN KAPITALEXPORT

Die Kapitalausfuhr des westdeutschen Kapitals geht zum größeren Teil in die westlichen imperialistischen Länder, macht den ausländischen Monopolen auch auf ihren Heimatmärkten Konkurrenz. Über ein Drittel der Kapitalausfuhr geht in die Länder der Dritten Welt und in die Randzonen Europas, vor allem in die Länder mit den reaktionärsten Regimes, die mit blutiger Unterdrückung schrankenlose Ausbeutung garantieren. Die westdeutschen Monopole bauen ihre Auslandswerke mit Vorliebe in Südafrika, Spanien, Portugal, Griechenland und Türkei, im Iran, in Brasilien und nun wieder verstärkt in Chile.

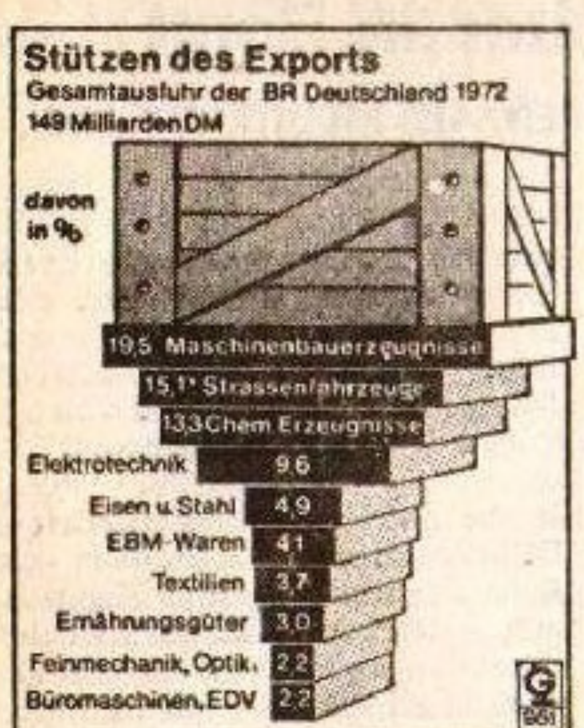
So baute Siemens ein Imperium in fast allen Ländern der Welt, die Automobilindustrie eroberte Märkte und baute Produktionsstätten in allen Teilen der Welt, auch in den USA, ebenso die großen Chemiemonopole, die BASF hat sogar die US-Chemiegiganten im Umsatz überholt.

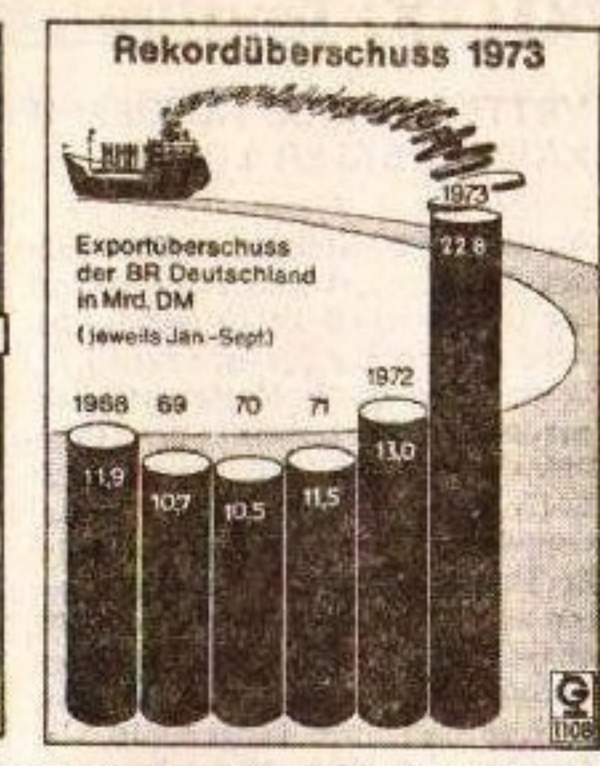
Während die westdeutschen Monopole durch die Ausbeutung hier in unserem Land und in den unterdrückten Ländern fett wurden, mußte sich zugleich ungeheuer die Konkurrenz verschärfen.

DER UNABHÄNGIGKEITSKAMPF DER VÖLKER BESCHLEUNIGT DIE KRISE DES IMPERIALISMUS

Die gegenwärtig beginnende Krise des Imperialismus gewinnt ihre besondere Schärfe durch den Unabhängigkeitskampf der Völker, der ein Bein des imperialistischen Ausbeutersystems ansägt. War die Einbuße der Vormachtstellung des US-Imperialismus mit verursacht durch seine Niederlage in Indochina, so beschleunigt sich die Krise für alle imperialistischen

Forts. nächste Seite oben





Insgesamt arbeitet jeder vierte Arbeiter in der Bundesrepublik für den Profit im Exportgeschäft der Kapitalisten, in manchen Industriezweigen sogar mehr als die Hälfte. Enorme Exportüberschüsse, die die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft verstärken, sind die Folge.

Mächte durch den Unabhängigkeitskampf der Völker, der die Ausdehnungs- und Bewegungsmöglichkeiten aller imperialistischen Mächte einschränkt und dadurch ihre Konkurrenz untereinander immer mehr verschärft. Dies zeigt nicht nur der teilweise Ölboykott der arabischen Staaten, sondern auch das Knappwerden sämtlicher Rohstoffe und das enorme Steigen ihrer Preise in der letzten Zeit. Nicht nur, daß die Ausplünderung der Rohstoffe in den meisten vom Imperialismus unterdrückten Ländern nicht mehr Schritt hält mit der Überproduktion der imperialistischen Länder. Jede Maßnahme der Staaten der Dritten Welt zur Einschränkung der Rohstoffausplünderung, aber auch der wachsende Rohstoffbedarf in diesen Ländern für die Produktion in den Auslandsniederlassungen der imperialistischen Monopole läßt die Rohstoffe knapp und teurer werden. Wenn die Überproduktion in den imperialistischen Ländern offen in Erscheinung tritt, wie das derzeit immer mehr geschieht, drücken die Rohstoffpreise, zusätzlich zu den Lagerkosten und Kosten für stillstehende Produktionsanlagen die Profite, was die kleinen und mittleren Kapitalisten nicht lange aushalten können. Deshalb verbindet sich ihr Interesse mit dem imperialistischen Interesse der Monopole nach uneingeschränkter Aufrechterhaltung der Verfügung über die natürlichen Reichtümer der Völker der Dritten Welt.

DIE IMPERIALISTISCHE KONKURRENZ FÜHRT ZUM KRIEG

Für die Kapitalistenklasse ist der Ausweg aus der imperialistischen Krise immer die Niederhaltung der Arbeiterklasse im eigenen Land, um den Lohn absolut herunterzudrücken, und die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der unterentwickelt gehaltenen Länder. In dem Maße aber, wie die Ausdehnung in die Länder der Dritten Welt einerseits durch die abgeschlossene Aufteilung unter die Imperialisten, andererseits durch den Unabhängigkeitskampf der Völker immer mehr eingeschränkt wird, geraten die imperialistischen Mächte notwendig auch in kriegerische Konflikte untereinander. Diese Gefahr geht heute vor allem aus der Konkurrenz der beiden Supermächte hervor, aber alle anderen imperialistischen Mächte sind unausweichlich darin verwickelt. Der Nahostkrieg hat eindeutig gezeigt, daß dem Versuch des westdeutschen Imperialismus und der anderen europäischen imperialistischen Mächte, ihre imperialistischen Interessen unabhängig zu verfolgen, nicht nur durch ihre Konkurrenz untereinander enge Grenzen gesetzt sind. Auf der jüngsten NATO-Tagung wurde eindeutig festgestellt, daß im Falle einer direkten Konfrontation der Supermächte der westdeutsche Imperialismus zwangsläufig auf der Seite des US-Imperialismus steht.

Für die Arbeiterklasse besteht dabei keineswegs die Alternative, sich auf die Seite der anderen Supermacht Sowjetunion zu schlagen, wie es die DKP mehr oder weniger offen vertritt. Das Schlachtfeld einer direkten Konfrontation der Supermächte ist Europa, der Besitz des europäischen Industriezentrums entscheidet für die Supermächte über die Vorherrschaft. Für die Arbeiterklasse und das Volk in der Bundesrepublik gibt es weder die Alternative, die eigene Bourgeoisie und ihr Bündnis mit der einen oder anderen Supermacht zu unterstützen, noch die Bourgeoisie darin zu unterstützen, ihre eigene imperialistische Position zusammen mit den anderen europäischen imperialistischen Staaten zu fördern.

DER EINZIGE AUSWEG DER ARBEITERKLASSE AUS DER KRISE DES IMPERIALISMUS IST DER KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS

Für die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik besteht der einzige Ausweg genauso wie für die Arbeiterklasse in allen anderen imperialistischen Staaten darin, unbeirrt in der Krise des Imperialismus die eigenen Interessen und die Interessen des Volkes gegen die eigene Bourgeoisie durchzusetzen und gegen die Gefahr imperialistischer Kriege den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und ihren Staat aufzunehmen. Dies ist die Aufgabe der Arbeiterklasse in allen imperialistischen Ländern.

Nur im internationalen Kampf des Proletariats, verbunden mit dem Befreiungskampf der Völker, und durch den Kampf für den Sturz der imperialistischen Bourgeoisherrschaft in jedem imperialistischen Land kann Sozialismus und Frieden erkämpft werden.

Über diese Aufgabe kann sich die Arbeiterklasse gar nicht früh genug bewußt werden. Denn schon jetzt in der beginnenden Krise versucht die westdeutsche Bourgeoisie und ihr Staat, die Grundlagen für die Entwaffnung und Fesselung der Arbeiterklasse und des Volkes Schritt für Schritt mit ihrer Politik der imperialistischen Notgemeinschaft zu legen. Von Anfang an muß jede Gemeinsamkeit mit der westdeutschen Bourgeoisie und ihrem Staat zurückgewiesen und bekämpft werden, damit die Arbeiterklasse ihren einzigen Ausweg aus der imperialistischen Krise einschlägt: den Kampf für den Sozialismus.

–bb–



Deutsche Direktinvestitionen im Ausland
Von 1952 bis 30.6.1973 insgesamt 29.79 Mrd DM
Investitionen nach Ländern in Mio DM

Land	Mio DM	Land		Mio DM
Afrika	1 990	Belgien/Luxemburg	EG-Länder	3 072
Asien	1 084	Frankreich	EG-Länder	3 056
Australien	257	Niederlande	EG-Länder	2 473
		Italien	EG-Länder	1 251
USA	2 264	Großbritannien	EG-Länder	787
Kanada	2 225	Schweiz		3 924
Brasilien	1 659	Spanien		2 141
		Österreich		1 267
Übriges Amerika	1 981	Übriges Europa		1 069

Die beiden oberen Schaubilder zeigen den Bestand an Direktinvestitionen von ausländischem Kapital in der Bundesrepublik und von westdeutschem Kapital im Ausland. Die westdeutsche Kapitalausfuhr hat in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen. Allein im ersten Halbjahr 1973 betrug die westdeutsche Kapitalausfuhr 3,6 Milliarden DM, mehr als doppelt soviel wie im ersten Halbjahr 1972. Mit der Kapitalausfuhr strebt der westdeutsche Imperialismus wachsende Beteiligung an der Ausbeutung der unterdrückten Völker an (über ein Drittel des Kapitalexports fließt in diese Länder) und zugleich Produktionsstätten in den imperialistischen Konkurrenzländern, um diesen auf ihren Heimatmärkten Konkurrenz zu machen und sich an der Ausbeutung der Arbeiterklasse dort zu bereichern.

Kurzarbeit bei Ford

Köln. Für ungefähr 7 000 Kollegen standen in der Woche vom 3. bis 7.12. die Räder still. Das Ganze nannte sich Kurzarbeit. Die Ford-Kapitalisten hatten es aber so eingerichtet, daß in der Zeit die Arbeit völlig ausfiel.

Von der geplanten Kurzarbeit erfuhren die Kollegen aus der Presse. Erst danach hielten es Geschäftsleitung und Betriebsrat für nötig, in einem Aushang die Kurzarbeit auch im Betrieb anzukündigen. Betroffen waren hauptsächlich die Kollegen aus der X-Halle (Rohbau) und der Y-Halle (Endmontage), sowie Teile des Presswerkes. Da die Kapitalisten auf ihren großen Modellen Consul und Granada sitzenblieben, mußte in diesen Abteilungen die Produktion eingeschränkt werden. In anderen Werksteilen wie der A-Halle (Achsenbau) und der W-Halle (Motorenwerk) dagegen, fuhren die Kollegen mehr als normal Überstunden.

Der Betriebsrat klagte zunächst gegen die Einführung der Kurzarbeit. Damit unterlag er vor Gericht. Um nach dem selbständigen Streik ein bißchen Vertrauen zurückzugewinnen, versuchte er dann, einen vollen Lohnausgleich gerichtlich durchzusetzen. Das Kurzarbeitsgeld machte nämlich alles in allem nur 65 % aus. Vielen im Betrieb ist klar, daß das nur Scheinaktivitäten sind. Denn gerichtlich kommt man damit ja doch nicht durch. Da hilft nur der geschlossene Kampf der Kollegen. Und dazu fehlt im Augenblick die Bereitschaft.

Ortsgruppe Köln

„Energieversorgung"

AUSHANG AM SCHWARZEN BRETT BEI HARVESTER

"Energie ist heute und in Zukunft nicht mehr unbegrenzt verfügbar. Die Vorgänge der letzten Zeit haben diese Entwicklung noch verschärft.
Inwieweit sind wir von der Energieversorgung betroffen? Beim Verbrauch von Wärme, Lichtstrom, Kraftstrom, Kraftstoff, Wasser, Öl, Preßluft, Erdgas, Schutzgas. Tragen Sie dazu bei, unsere Energieversorgung sicherzustellen. Sparen zur rechten Zeit sichert für die Zukunft unsere Energieversorgung. Jeder bei uns Beschäftigte kann hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten.
Sollten Sie Vorschläge zur Energieeinsparung haben, melden Sie sich bitte bei ihrem Vorgesetzten oder noch besser, machen sie einfach einen Verbesserungsvorschlag!"

WAS WOLLEN DIE HARVESTER-BOSSE DEN KOLLEGEN UNTERJUBELN?

Fangen wir doch mal bei der sogenannten Ölkrise an. Auf der einen Seite horten die Ölkonzerne die Erdölvorräte und treiben die Preise bis ins unendliche und auf der anderen Seite führt die Regierung gegenwärtig eine Reihe von wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen durch, die ausschließlich den Interessen der Kapitalisten dienen. Wir Arbeiter und Angestellte sollen uns mal wieder an Opfer gewöhnen, damit man uns später bei Bedarf noch mehr abverlangen kann. Die IHC-Bosse haben auf der einen Seite alte Ölvorräte (zum Spottpreis eingekauft von 6 Pfennig pro Liter), die bis nächtes Jahr reichen und auf der anderen Seite drosseln sie mit großem Vergnügen die Heizung und andere Energie in den Werkshallen und Büros und sparen mit Gewinn. Sie senken dadurch die Kosten.

Was bedeutet es also bei der Kälte für uns, wenn's da heißt: Energie sparen?

Wenn man es in den Büros gerade noch aushalten konnte, so mußten die Arbeiter bei nur 12 bis 14 Grad Wärme (17 ist das Minimum) – und das bei grimmiger Kälte draußen – arbeiten. Wer aber unter verschärfter Arbeitshetze, Akkordarbeit und Antreiberei steht, weiß, daß man noch schneller kaputtgeht, wenn man in unterkühlten Räumen arbeitet, in denen zudem noch eine Dreckluft ist und Mordsgestank herrscht.

Man sieht also ganz deutlich, daß die Firma noch genügend Öl hat, das zum Spottpreis gekauft wurde und es nichts anderes ist als eine üble Panikmache von Direktor Weber, zu Sparmaßnahmen aufzurufen, wo die IHC-Bosse nur davon profitieren. Was heißt das schon, Preßluft sparen? Wenn ein Werksmaurer mit dem Preßlufthammer schuften muß, braucht er notwendigerweise Luft, weil es sonst nicht funktioniert, oder soll er das am Ende noch mit dem Meißel rausklopfen?

So wie es mit der Wärme ist, so soll es mit dem Wasser sein, wahrscheinlich sollen wir uns demnächst zu Hause den Arbeitsdreck abwaschen.

Kollegen und Kolleginnen, setzen wir uns gemeinsam zur Wehr und fordern den Betriebsrat auf, was zu unternehmen gegen diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Fordern wir den IHC-Direktor Weber auf, seinen Energieversorgungsplan in den Papierkorb zu schmeißen. Wäre das nicht ein Veroesserungsvorschlag? Der kostet auch nichts.

Weg mit den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen der Kapitalisten und ihrer Regierung.

IHC-Zelle des KBW
Ortsgruppe Heidelberg

Wiesloch, 17.12. Bei SMW (BBC) in Walldorf streikten für mehrere Stunden die Kollegen im Werkzeugbau. Der Streik richtete sich gegen die völlige Streichung der Überstunden, was für alle Kollegen weitere große Lohneinbussen bedeutet. Darüberhinaus wurde im Betrieb bekannt, daß 20 Kollegen entlassen werden, an die Feiertage 3 Tage Zwangsurlaub angehängt werden und es ab Januar Kurzarbeit geben wird. Der Betriebsrat soll dazu bereits seine Zustimmung gegeben haben.

Überproduktion

Derzeit besteht eine Überproduktion an Autoreifen, die teilweise schon zu Preisrückgängen geführt hat, weil die Reifen nicht anders loszuwerden sind. Die steigenden Öl- und Kautschukpreise können nun früher zu Produktionseinstellungen führen, als es die Überproduktion so oder so erzwingen wird; weil nicht nur Kosten für die unverkaufte Ware entstehen, sondern auch die Produktions- und Rohstoffkosten zunehmen, während die Preise wegen des Überangebots nicht mehr höher getrieben werden können. An diesem Beispiel sieht man, wie die Überproduktionskrise und die Rohstoffkrise zusammenwirken.

ZUVIEL WOHNUNGEN ?

Auch die Krise in der Bauindustrie ist eine Überproduktionskrise. Während die Arbeitslosigkeit am Bau zunimmt und schon einige Baufirmen Konkurs gegangen sind, wird das Produktionsergebnis noch gewaltig größer sein als im vergangenen Jahr. 667 000 neue Wohnungen werden bis Jahresende neu gebaut sein, das sind 5 % mehr als 1972. Aber was heißt nun Überproduktion? Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum ist keineswegs ausreichend. Während aber zigtausende nach menschenwürdigen Wohnungen suchen, stehen zigtausend Wohnungen leer, weil diejenigen, die sie brauchen, sie nicht bezahlen können.

Überproduktion bedeutet also nicht, daß mehr produziert wird, als die Menschen brauchen, sondern daß mehr produziert worden ist, als die Kapitalisten mit Profit verkaufen können. Die Überproduktion zeigt den ganzen Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise.

Der größte Skandal von Überproduktion ist die staatlich bezahlte Lebensmittelvernichtung, die in allen imperialistischen Ländern betrieben wird, um die Preise hoch zu halten. Dazu der nebenstehende Leserbrief.

LESERBRIEF

"Das nennt man Ordnung in den EWG-Staaten,
wenn in Afrika die Menschen verhungern,
vernichtet man hier die Saaten.

Am Dienstag, 30.10.73, brachte die Hamburger Morgenpost folgenden Artikel: 'Belohnte Vernichtung – 70 Millionen Mark Subventionen aus Steuergeldern. Fast 1,4 Millionen Tonnen Weizen wurden im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik für den menschlichen Verzehr ungenießbar gemacht und an Vieh verfüttert. Die Hersteller bekamen für diese 'Denaturierung' 70 Millionen Mark Subventionen – aus Steuergeldern. Mit dieser Weizenmenge hätten 20 Millionen Menschen ein Jahr lang mit Brot versorgt werden können.'

Am Freitag, 2.11.73, wurde im Fernsehen berichtet, daß in Äthiopien die Menschen vor Hunger sterben. Es wurden auch die entsprechenden Bilder gesendet.

Wir haben einen Friedensnobelpreisträger als Kanzler, einen SPD-Finanzminister, FDP-Wirtschaftsminister, FDP-Ernähungsminister. Hat denn diese Bande das Recht, Lebensmittel, die anderweitig dringend benötigt werden, für Menschen ungenießbar zu machen? Diese korrupte Regierung hat sich des Treuebruchs schuldig gemacht, denn bei der Amtsübernahme haben sie gelobt, alles für das Volk zu tun.

Alle an diesem Skandal Beteiligten und Verantwortlichen müssen vor ein Volksgericht gestellt werden. Die Anklage lautet:
– Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verweigerte Hilfeleistung.
Diese Banditen haben von der Hungersnot gewußt. Bei dieser Skandalgeschichte zeigt sich in aller Deutlichkeit wieder, wie verfault die kapitalistische, auf Profit ausgerichtete Gesellschaftsordnung ist. Um die Preise hochzuhalten, werden die infolge der Überproduktion anfallenden Mengen rigoros vernichtet. Das kapitalistische Lumpenpack und seine Zuhälter müssen auf den Mond geschossen werden.
Als einzigen Ausweg gibt es nur die kommunistische Bedarfswirtschaft.

Die Arbeiterklasse muss auch in der Krise den Lohnkampf führen

WELCHE MAßNAHMEN MÜSSEN ERGRIFFEN WERDEN?

In den nächsten Monaten werden Lohn- und Gehaltstarife für fast 9 Millionen Lohnabhängige verhandelt. Preissteigerung über 7,5 %, Verschärfung der Arbeitshetze und Ausbeutung, Drohung mit Entlassungen: Das kommt auf die Kollegen zu.

"Lohnerhöhung unter 10 % drücken!" das fordert SPD Kanzler Brandt. Das ist das Ziel der Kapitalisten und ihrer politischen Handlanger. Auf wirkliche Lohnerhöhung verzichten, das sollen also die Arbeiter. Die Arbeiter der Sicherung der Kapitalistengewinne zu unterwerfen, sie vom Kampf abhalten: das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung.

WAS IST JETZT DAGEGEN ZU TUN?

Das Hauptgewicht unserer Arbeit muß auf der Beseitigung des bürgerlichen Gedankens liegen, daß der Arbeiter ohne die Kapitalisten nicht leben kann. Wenn man diesen Gedanken nicht angreift, nicht widerlegt, wenn man nicht nachweist, daß die Arbeiter sehr gut da sein können, ohne eine ganze Klasse von Drohnen durchzufüttern, dann wird es unter der Bedingung der hereinbrechenden Krise nicht möglich sein, den Kampf um den Lohn zu führen.

Den Kampf um den Lohn aber müssen die Arbeiter auch in der Krise führen, wenn sie nicht zulassen wollten, daß ihre ganze Klasse Zug um Zug ins blanke Elend gestürzt wird. Die Kapitalisten werden die Krise dazu benutzen wollen, den Arbeitern das Kreuz zu brechen und den Arbeitern ihre Macht zu zeigen, und die Arbeiter an Niedrigstlöhne zu gewöhnen. Mit der Arbeitslosigkeit, die ihre Elendswirtschaft hervorruft, drohen die Kapitalisten und ihre Regierung den Arbeitern, um jene Mentalität zu erreichen, die der Kommunistische Bund Westdeutschland in seinem Programm folgendermaßen beschreibt: "Nicht die Ausbeutung, sondern die Tatsache, keinen Ausbeuter zu finden, erscheint dann als das größte Unheil, das einem Arbeiter widerfahren kann."

Wie muß dagegen vorgegangen werden? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden?

Wenn man sich Maßnahmen überlegt, dann darf man keinen Augenblick vergessen, daß sich die Gewerkschaften politisch in der Hand der bürgerlichen Klasse befinden. Es ist daher falsch, sich gegenüber den Maßnahmen der Gewerkschaftsführung abwartend zu verhalten. Es ist sicher, daß wirksame Maßnahmen im Kampf gegen den Lohnabbau nur auf der Ebene des Betriebes möglich sind und nur von dort her in Angriff genommen werden können. Nur von den Betrieben her können die Arbeiter in die Initiative kommen, nur wenn sie sich dort zusammenschließen unter Forderungen, die ihren Interessen entsprechen, kann es ihnen gelingen, gegen die Zusammenarbeit von Regierung, Kapitalisten und SPD-Gewerkschaftsführung die Interessen ihrer Klasse durchzusetzen.

Die Ausgangslage ist für die Arbeiter nicht einfach ungünstig, weil die Kapitalisten in der Krise sind. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, ein wichtiges Kapitalistenblatt, schreibt: "daß in manchen Bereichen die letzten tariflichen Lohnerhöhungen unter dem Niveau lagen, das in der Wirtschaft möglich war. Freiwillige zusätzliche Zahlungen der Unternehmer hatten in den Betrieben Mißtrauen gegenüber den Gewerkschaften erzeugt". Selbstverständlich haben die Kapitalisten keinen Pfennig "freiwillig" gezahlt, aber ansonsten ist diese Einschätzung ganz richtig. Man kann durch den Schleier der bürgerlichen Ideologie geradezu die Furcht riechen, die die bürgerliche Klasse auch nur vor der **Erwähnung** der selbständigen Streiks hat. Diese Furcht in den Reihen der bürgerlichen Klasse, die man genauso bei Regierung, Kapitalisten und der SPD-Fraktion in den Gewerkschaften findet, ist eine gute Sache. Bedenkt man, in welcher Lage sich die Arbeiter jetzt befinden würden, wenn es nicht die selbständigen Streiks gegeben hätte, dann überkommt einen das blanke Grausen. Frech und höhnisch würde die ganze bürgerliche Bagage die Forderungen der Arbeiter zurückweisen und eine noch schärfere Gangart einschlagen.

DER KAMPF UM DEN LOHN MUSS VON DEN ARBEITERN SELBSTÄNDIG GEFÜHRT WERDEN

Es ist aber nicht so, und auch in der BRD hat die Arbeiterbewegung gezeigt, daß sie zu kämpfen im Stande ist, daß sie im Stand ist, die Fessel des Tariffriedens ihrer Klasse gegen die elenden Bedingungen, die der Kapitalismus schafft, abzustreifen. Die Marschroute im Kampf gegen den Lohnabbau ist zweckmäßig folgendermaßen: Erstens muß man erläutern, daß die Kapitalistenwirtschaft in die Krise gerät und daß diese Krise so oder so die Lage der Arbeiter verschlechtern, Elend über sie bringen wird. Man muß aber klarstellen, daß dieses Elend um so größer sein wird, je mehr Spielraum die Arbeiter den Kapitalisten und ihren Politikern geben. Zweitens, daß man keinerlei Vertrauen in die bürgerlichen Politiker in der Gewerkschaft haben darf, sondern ihnen gegenüber mißtrauisch sein muß. Daß man keinerlei Hoffnung haben kann, daß die Gewerkschaften den Arbeitern den Kampf um den Lohn ersparen, sondern daß der Kampf um den Lohn unvermeidlich nur von den Arbeitern selbständig geführt werden kann.

Drittens, daß man nicht vergessen darf, sondern verstehen muß, daß die bürgerliche Klasse im Besitz der Macht ist und nicht zaudern wird, den Staatsapparat einzusetzen, um den Arbeitern alle Rechte, die dienlich sein können, um den Kampf zu entfalten, zu verkürzen oder zu nehmen. Daß es naiv wäre und zur Niederlage führen müßte, wenn man in den Kampf gehen würde und nicht gleichzeitig diesen Kampf verbinden würde mit der Forderung nach dem verbrieften Recht, ihn zu führen.

DER AUSWEG AUS DER SCHLECHTEN LAGE

Selbstverständlich wird die bürgerliche Klasse versuchen, den Arbeitern alle Rechte zu nehmen, die sie zum Kampf brauchen: die Freiheit auf gewerkschaftliche Betätigung, die Freiheit auf Organisation zum politischen Zweck, diese Freiheiten wird die bürgerliche Klasse im Laufe des Jahres zweifellos angreifen müssen und weiter zu verkürzen suchen. Den Kampf um diese Rechte führen, weil man sie braucht, und indem man sie benutzt, ist unumgänglich. Das widerspricht keineswegs dem Lohnkampf und stellt ihn vor besondere Schwierigkeiten. Dem Lohnkampf widerspricht nur das Geschwätz von Lebensqualität und Reformen. Der Kampf gegen das wirtschaftliche Elend der Arbeiterklasse dagegen wird nur mit dem Ziel geführt werden können, die Arbeiterklasse politisch auf den Plan zu rufen. Davor haben die Kapitalisten und die ganze bürgerliche Klasse die größte Angst und Furcht. Für die Arbeiterklasse und das werktätige Volk ist es der einzige Ausweg aus der schlechten Lage und die einzige Hoffnung.

10 000 Textilarbeiter in Bonn

VETTER WURDE AUSGEPFIFFEN, ALS ER BRANDT ALS KRISENRETTER LOBTE

An die 10 000 Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet waren dem Aufruf der Gewerkschaft Textil und Bekleidung zu einer Kundgebung am 13.12. in Bonn gegen die Massenentlassungen und die Kurzarbeit in der Textilindustrie gefolgt. Sie waren nach Bonn gekommen, um "etwas zu unternehmen", wie eine Kollegin sagte. Ihr Protest richtete sich vor allem gegen die Bundesregierung, weil sie durch ihre "Stabilitätspolitik" den Abbau von Arbeitsplätzen betreibt, weil sie wachsende Billigimporte von Textilien aus dem Ausland ermöglicht. Ihr Protest richtete sich auch gegen die Textilkapitalisten, die ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagern, weil sie durch Ausbeutung billigster Arbeitskräfte noch größere Profite machen können.

In die gleiche Richtung sprach der DGB-Vorsitzende Vetter. Um die Bundesregierung und den Kapitalismus – die "soziale Marktwirtschaft" reinzuwaschen, machte er die Ölscheichs für die Krise verantwortlich und an zweiter Stelle gab er auch den Ölkonzernen Schuld. "Wir lassen uns die soziale Marktwirtschaft nicht durch ein paar Ölscheichs und allzugierige Konzerne kaputtmachen!" Die Krise des Kapitalismus mit dem Kapitalismus heilen, das ist die Antwort der Gewerkschaftsführer, mit



Die Textilarbeiter demonstrierten für sichere Arbeitsplätze. Die Bundesregierung und die Gewerkschaftsführung setzt sich für mehr Profite und ein Konzern-Förderungsprogramm ein.

Was aber machten die Hauptredner, DGB-Vorsitzender Vetter und GTB-Vorsitzender Buschmann, aus der Kampfentschlossenheit der Kollegen? Sie versuchten die berechtigte Empörung von der Regierung und den Textilkapitalisten abzulenken. Sie stellten als Sündenbock die FDP dar, um die SPD in der Regierung zu retten: Wirtschaftsminister Friederichs soll an allem Schuld sein. Er wurde als der einzige Gewerkschaftsfeind aufgebaut, der die Segnungen der sozialen Marktwirtschaft wieder abbauen will, um die sich die SPD doch so verdient gemacht hat.

Von den Entlassungen wurden bisher in erster Linie Kollegen in Klein- und Mittelbetrieben betroffen. Dagegen fordern die Gewerkschaftsführer: "geeignete Maßnahmen ergreifen". Wie die aussehen, machte Karl Buschmann herzerfrischend offen klar:

- die Klein- und Mittelbetriebe sollten sich zu leistungsstarken und konkurrenzfähigen Großbetrieben zusammenschließen;
- die Bundesregierung soll die Kreditbremse lockern und damit diesen Betrieben unter die Arme greifen.

Offener kann man sich in einer Situation, wo Entlassungen und Kurzarbeit an der Tagesordnung sind, kaum noch auf die Seite derjenigen stellen, die entlassen und kurzarbeiten lassen, weil ihre Profite nicht mehr gesichert sind. Offener kann man sich kaum zum Fürsprecher von Kapitalkonzentration machen. Offener kann man kaum noch wie ein Kapitalist denken, reden und handeln. Nicht die Arbeiter, sondern die Kapitalisten unterstützen damit ihr Krisenkonzept.

den Textilkapitalisten für die soziale Marktwirtschaft.

Die Kollegen haben die Angriffe auf Friederichs unterstützt. Sie haben die Vorstellungen über die Unternehmenssanierung und die Ölkrise über sich ergehen lassen. Der Geduldsfaden riß ihnen aber, als das Lob auf Willy Brandt, den Retter der Werktätigen und besonders der Textilarbeiter angestimmt wurde: ein gellendes Pfeifkonzert unterbrach DGB-Chef Vetter, als er so tat, als werde der Willy den Karren schon aus dem Dreck ziehen.

Auf Willy Brandt und die SPD-Minister wollten sich die Kollegen lieber nicht verlassen.

Die Kundgebung der GTB zeigt:

- immer klarer stellt sich die Gewerkschaftsführung bei zunehmender Krise auf die Seite der Kapitalisten,
- immer stärker versucht sie, die Kollegen in die Notgemeinschaft mit den Kapitalisten hineinzuzwingen,
- immer weniger aber erwarten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von ihren Führern, von der SPD, ihrem Bundeskanzler und ihren Ministern, immer mehr besinnen sie sich auf die eigene Kraft.

H.S.
Ortsgruppe Köln

Entlassungen bei Klöckner

BERICHT DER BETRIEBSZELLE KLÖCKNER DES KBW

Osnabrück. Auf der Belegschaftsversammlung im Juni 1973 war Arbeitsdirektor Haffner von den Kollegen gefragt worden, ob es stimme, daß bei Klöckner Massenentlassungen geplant seien. Haffner hatte das damals verneint und weise davon gesprochen, daß es nur darum gehe, die "fixen Kosten" um 20 % zu vermindern.

Was man von den Worten eines Arbeitsdirektors zu halten hat und was "fixe Kosten" sind, haben die Kollegen mittlerweile erfahren:

160 Kollegen sollen raus, 80 davon in den vorzeitigen Ruhestand, der Rest wird in kleinen Raten entlassen. Als Auftakt wurden 20 Putzfrauen nach Hause geschickt, obwohl die Toiletten anekelnd dreckig waren. Aus dem Instandsetzungs- und Reparaturbereich sollen 30 bis 40 Kollegen in die Produktion versetzt werden, obwohl die Elektriker teilweise das Wochenende durcharbeiten müssen. "Rationalisierung" und "Einsparung fixer Kosten" heißt also auch bei Klöckner Entlassungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Von den Entlassungen sind nur Angestellte betroffen, teils aus dem kaufmännischen, teils aus dem gewerblichen Bereich. Deswegen versuchten Geschäftsleitung und Betriebsratsvorsitzender Prasun den Unmut der Kollegen gegen die Angestellten zu richten ("den unproduktiven Wasserkopf abbauen"). Betriebsratsvorsitzender Prasun verstieg sich zu der Behauptung: 160 müssen entlassen werden, damit die Arbeitsplätze von 4 000 gesichert werden."

Aber die Mehrheit der Kollegen nahm das Geschwafel nicht ab. Mehrere Kollegen ergriffen auf der Belegschaftsversammlung vom 26.11. das Wort und kritisierten Betriebsrat und Geschäftsleitung. Sie sagten, diese Entlassungen sind nur Anfang eines großangelegten Rationalisierungsplanes, über den wir im Dunkeln gelassen werden und "Entlassungen sind immer gegen uns gerichtet und deshalb müssen wir alle gegen derartige Entlassungen eintreten".

Und dem Betriebsratsvorsitzenden Heinrich Prasun wurde ironisch seine eigene Phrase vom Menschen, der angeblich im Mittelpunkt stehen muß, entgegengehalten. Ein Kollege sagte: "Der Mensch steht im Mittelpunkt, das werden wir dann auch bei Deiner Entlassung sagen, Kollege Prasun." Als dieser dann durchdrehte und alle seine Kritiker für dumm erklärte, wurde er minutenlang ausgepfiffen und ausgebuht.

Wir haben in unserer Betriebszeitung "Metallarbeiter" die Forderung aufgestellt "Weiterzahlung des vollen Lohns und Beschaffung gleichwertiger Arbeitsplätze".

35-Stunden-Woche

Hannover. Auf einer Landesbezirksjugendkonferenz, die am 24. November in Hannover stattfand und an der 14 Delegierte aus den Bezirken Niedersachsens, der Landesbezirksjugendausschuß, der Hauptjugendsekretär sowie der zweite Landesvorsitzende Niedersachsens teilnahmen, wurden folgende wichtige Anträge verabschiedet:

- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich,** darüberhinaus sind in der Tarifpolitik folgende Prioritäten zu verfolgen:
- **Abschaffung von Akkordarbeit und Fließbandarbeit**
- **Abschaffung der Schichtarbeit**
- **Schutzmaßnahmen für Kollegen, die an gesundheitsschädigenden Arbeitsplätzen arbeiten**
- **Verlängerung des Jahresurlaubs**
- **Verbot von Überstundenarbeit in Zusammenhang mit einem wirklichen Existenzlohn, der es allen Kollegen erlaubt, ohne Überstunden ihre Bedürfnisse zu befriedigen**
- **Zusammenlegung der Lohn- und Manteltarifrunden.**

Darüberhinaus wurden Anträge verabschiedet gegen den Extremistenbeschluß des Hauptvorstandes, gegen die reaktionären Ausländergesetze in der BRD, gegen die Unterstützung von faschistischen Regimen durch die Bundesregierung.

Überstunden verweigert

ES WAR KALT, DIE KOLLEGEN GINGEN NACH HAUS

Waiblingen (Stuttgart). Im Bosch-Tochterbetrieb H + K wurde die Arbeitshetze verschärft. Es wurden überstunden nach Überstunden geschunden. Bis am 3.12. den Elektrikern der Kragen platzte.

In der Abteilung war es kalt, wahrscheinlich war die Heizung auf Sparflamme gestellt worden. Daraufhin packten die Elektriker ihre Sachen zusammen und gingen geschlossen um 16 Uhr nach Hause. Am darauffolgenden Mittwoch spitzte sich die Sache zu. Auf Anweisung der Geschäftsleitung sollten über das Vesper alle Lichter ausgeschaltet werden. In der E-Abteilung blieb das Licht aber an. Als nun der Sicherheitsingenieur, unter anderem zuständig für den Werksschutz, durch die Halle lief und dies bemerkte, ging ein großes Geschrei los. Die Elektriker sagten, sie wollten Zeitung lesen und deshalb das Licht anlassen. Daraufhin mußte Herr Raff es selber ausschalten. Kurz danach wurde ein Elektriker zur Betriebsleitung gerufen und verwarnt. Aus Solidarität verließen am Mittwochabend um 16 Uhr die Elektriker demonstrativ die Abteilung. Es wurde beschlossen, diese Woche keine einzige Überstunde zu machen, und das geschah auch.

In der darauffolgenden Woche wurden unter dem Druck der Geschäftsleitung die Überstunden wieder aufgenommen.

Zwangsurlaub

BETRIEBSVERSAMMLUNG BEI VW–BRAUNSCHWEIG

Braunschweig. Betriebsratsvorsitzender Koch ging in seinem Bericht auf die außerordentlich günstige Absatzlage von VW im Inland und Ausland ein. Dies sei zurückzuführen auf den Trend von Kleinwagen und auf die Nachfrage nach dem Passat und dem 34 PS Sparkäfer. Besonders im Konkurrenzkampf mit den amerikanischen Automobilkonzernen wie Ford und General Motors würde VW vornliegen. Aufgrund des außerordentlich guten Absatzes in den USA sei in diesem Jahr ein Ertrag von 100 Millionen DM in der Bilanz ausgewiesen worden.

Die innerbetrieblichen Sparmaßnahmen wie unter anderem mit der Heizung begründete Koch mit der Energiekrise. SPD-Betriebsratsvorsitzender Koch stimmte voll ein in den Chor der bürgerlichen Presse, die die Araber für die sogenannte Energiekrise und für die Preistreiberei der Ölkonzerne verantwortlich machen. Die Ölscheichs sitzen auf ihren Quellen und hier geht das Licht aus. Andererseits mußte Koch zugeben, daß das Werk Braunschweig von der sogenannten Energiekrise nicht direkt betroffen sei, denn das Werk Braunschweig wird mit Erdgas beliefert.

ZWANGSURLAUB

Werksleiter Kelmereit kündigte an, daß am 2., 3. und 4. Januar 1974 wegen der angespannten Versorgungslage in Verbindung mit Programmänderungen alle Kollegen Urlaub machen müßten. Dafür sollte jeder zwei Tage von seinem Tarifurlaub nehmen und einen Tag würde das VW-Werk als Urlaub schenken.

KEINE NOTSTANDSMASSNAHMEN AUF DEM RÜCKEN DER ARBEITER

nen Tag würde das VW-Werk als Urlaub schenken.

KEINE NOTSTANDSMASSNAHMEN AUF DEM RÜCKEN DER ARBEITER

In der anschließenden Aussprache meldeten sich fünf Kollegen zu Wort. Drei Kollegen entlarvten die Hetze gegen die Araber und zeigten auf, daß das Öl von den Ölmonopolen künstlich verknappt wird, daß die Ölmonopole für die Preistreiberei verantwortlich sind, daß es das legitime Recht der arabischen Ölstaaten ist, über ihre eigenen Bodenschätze zu verfügen, daß es gar keine akute Energiekrise gibt, sondern eine internationale Konkurrenzkrise, eine Krise des Kapitalismus. Dies wurde anhand von Tatsachen, anhand von Berichten, Meldungen und Interviews mit bürgerlichen Politiker in Presse und Fernsehen klargelegt. Diese Kollegen sprachen sich gegen die Notstandsmaßnahmen der Bundesregierung aus, wie das Sonntagsfahrverbot und die Rationierung von Heizöl und Kraftstoff, die einzig und allein die Arbeiterklasse und das Volk treffen. Die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen der VW-Kapitalisten wie das Herunterstellen der Heizung und der Zwangsurlaub auf das Jahr 1974 wurden entschieden abgelehnt. Es wurde aufgezeigt, daß die sogenannte Energiekrise den VW-Kapitalisten nur ein willkommener Vorwand ist, die Unkosten zu senken, und dies wieder einmal auf die Knochen und die Gesundheit der Arbeiter geht.

Zwei Kollegen kritisierten, daß der Betriebsrat und die IGM-Ortsverwaltung bisher eine Diskussion über aufzustellende Lohnforderungen im Vertrauensleutekörper verhindern, stattdessen die Vertrauensleute mit dem Paragraphengewirr des Manteltarifvertrages besänftigen. Sie forderten alle Kollegen auf, in ihren Abteilungen über die aufzustellende Forderung zu diskutieren und ihren Vertrauensleuten klare Aufträge zu geben. Dies sollte in betrieblichen Mitgliederversammlungen auf Abteilungsebene geschehen.

LOHNVERZICHT WÄRE DAS FALSCHESTE

Im Hinblick auf die sich abzeichnende Wirtschaftskrise des westdeutschen Kapitalismus sei Lohnverzicht das Falscheste. Gerade die VW-Kapitalisten haben im zurückliegenden Jahr außerordentlich hohe Gewinne durch den Passat und den 34 PS Sparkäfer in In- und Ausland gemacht, was sich für die Kollegen mit steigender Arbeitshetze ausgewirkt hat. Den Reichtum der VW-Kapitalisten aber haben die VW-Arbeiter erarbeitet und sonst niemand. Diese beiden Kollegen traten für lineare Forderungen und eine tarifliche Absicherung der Teuerungszulage von 280 DM ein. 33 Pfg. Vorweganhebung allerStundenlöhne, 56 DM Vorweganhebung aller Gehälter, 1,50 DM pro Stunde mehr für alle Arbeiter und 250 DM mehr für alle Angestellten und Lehrlinge. Die Kollegen stellten den Antrag, daß über die Frage 'ob prozentuale oder lineare Forderungen' auf dieser Betriebsversammlung diskutiert und ein Meinungsbild durch Abstimmung hergestellt werden soll.

WEG MIT DEN BÜRGERLICHEN MACHTHABERN IN DER GEWERKSCHAFT!

Der Betriebsratsvorsitzende Koch un- stellt werden soll.

WEG MIT DEN BÜRGERLICHEN MACHTHABERN IN DER GEWERKSCHAFT!

Der Betriebsratsvorsitzende Koch unterbrach den antragstellenden Kollegen, das sei hier nicht üblich, und wir sind hier nicht auf einem teach-in. Nur Gremien könnten nach IGM-Satzung Forderungen aufstellen, und das sollte jedes Mitglied wissen. Koch versuchte noch mehrmals, den Kollegen zu unterbrechen und würgte jede Diskussion und Abstimmung über diese Frage ab.

Wie immer sprach als letzter Diskussionsredner der IGM-Vertreter, diesmal der erste Bevollmächtigte der IGM-Ortsverwaltung, Heinz Müller. Müller versuchte die Kollegen, die lineare Lohnforderungen vertreten, abzuqualifizieren. Diese Kollegen würden nur das widerkäuen, was in der "Zündkerze", der Zeitung des Kommunistischen Bundes Braunschweig, steht. Für die Gestaltung der Tarifbewegung seien Grundsätze beschlossen worden: "Nicht ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten", das heißt: in der Krise darf man nicht zu hohe Lohnforderungen stellen, weil sonst der Aufschwung "gefährdet" ist und in der Konjunktur darf man auch keine zu hohen Lohnforderungen stellen, weil die Konjunktur "überhitzt" sei. Deshalb seien 15 % das richtige Maß. Außerdem hätten doch viele VW-Arbeiter selbst Aktien und sie wollten doch auch Dividende haben – und beides, hohe Dividende und hoher Lohn, das vertrage sich nicht.

DGB-Vetter über KBW

GEW–MITGLIEDERVERSAMMLUNG VERURTEILT REVERSE

Freiburg. Am 29.11.73 fand eine Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Freiburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) statt, um die Delegierten für die Vertreterversammlung des Landesverbandes Baden-Württemberg im Februar 1974 zu wählen. Diese Vertreterversammlung wird die Richtlinie der GEW-Politik für die nächsten drei Jahre bestimmen und als besondere Aufgabe über die neue Satzung entscheiden. Bei der Kandidatenbefragung zeigte sich klar, daß die meisten Kollegen sehr daran interessiert waren, solche Vertreter zu wählen, die sich für eine Stärkung der Basis, für eine stärkere Zusammenarbeit mit den übrigen Gewerkschaften und für den Kampf gegen die Berufsverbote aussprachen. Der Gewerkschaftsführer Jarkowski, dem diese "einseitige gewerkschaftliche Linie" gar nicht paßte, versuchte die fortschrittlichen Kollegen zu spalten: Er zog einen Brief des DGB-Chefs Vetter aus der Tasche, in dem Vetter auf die KVZ Nr.3 und die Stellungnahme des KBW zu den Gewerkschaftsausschlüssen verwies. Der KBW hat dort erklärt, daß seine Mitglieder notfalls auch Reverse unterschreiben werden, um in der Gewerkschaft zu bleiben und dort kommunistische Arbeit zu leisten. Jarkowski versuchte damit, die Kommunisten als Lügner und Betrüger hinzustellen, die mit den schmutzigsten Tricks arbeiten und denen auf keinen Fall zu trauen ist. Mit solchen Diffamierungsversuchen kam er aber bei den anwesenden Kollegen nicht an. Er mußte eine Abfuhr hinnehmen, denn die Mehrheit verurteilte die Reverse und Gewerkschaftsausschlüsse.

Bleiarbeit bei Hanomag

KAPITALISTEN SPAREN AN SICHERHEIT – KOLLEGEN ZAHLEN MIT DER GESUNDHEIT

Bremen. Bei Hanomag müssen Kollegen ihre Gesundheit ruinieren, damit für die Kapitalisten der Profit stimmt. Im ganzen Werk haben wir unter der Arbeitshetze, durch den Akkord, unter Staub, verpesteter Luft und Lärm zu leiden. Ein besonders krasses Beispiel dafür, daß sich die Hanomag-Daimler-Benz-Kapitalisten einen Dreck um die Gesundheit der Kollegen kümmern, ist die Bleiarbeit in Halle 2.

Am Plattenband müssen die Kollegen ständig mit Blei arbeiten. Erst werden die Wagen dort mit 75 % Blei ausgebessert, die Putzer schleifen dann die Stellen ab und die Kontrolleure überprüfen die Wagen. Dabei entsteht Bleirauch und Bleistaub. Die Kapitalisten tun nichts dagegen. Ein Blick in die Vorschriften über Bleiarbeit zeigt, daß den Kapitalisten unsere Gesundheit Wurst ist. Bei diesen Vorschriften handelt es sich um Vorschriften, die vom kapitalistischen Staat in der Nazi-Zeit (1941 !) erlassen worden sind. Es sind also Vorschriften, die die Arbeiter nicht vor der kapitalistischen Ausbeutung schützen, sondern um Vorschriften, die notwendig sind, um die Ausbeutung überhaupt aufrechterhalten zu können. Aber selbst dagegen wird kräftig verstoßen:

1. Die Hanomag-Kapitalisten informieren bewußt die Kollegen nicht über die Gefahren dieser Arbeit. So heißt es in § 8: "In den Wasch- und Umkleideräumen sind ein Abdruck dieser Verordnung und das Bleimerkblatt an leicht sichtbarer Stelle gut lesbar anzubringen." Das wird nicht gemacht, und wir werden sehen, warum.

2. Im Bleimerkblatt heißt es: "Die wichtigste Quelle der gewerblichen Bleivergiftung ist die Aufnahme von Bleirauch, von Bleistaub oder von bleihaltigem Staub mit der Einatmung." Bleistaub bildet sich beim Löten mit der heißen Gebläseflamme, Bleistaub insbesondere beim Schleifen und Polieren. Bleirauch und -staub atmen die Kollegen reichlich ein. Die einzigen Schutzmaßnahmen, die getroffen werden, sind aber gegen die Aufnahme von Blei durch den Mund gerichtet, d. h. es gibt einen halben Liter Milch, Seife, Arbeitszeug und ab und zu werden die Kollegen "untersucht", ob sie eine Bleivergiftung haben. Gegen die wichtigste Quelle, die Atmung, reicht das überhaupt nicht. Im Bleimerkblatt steht, was dagegen getan werden muß: "Tunlichst sind alle Arbeitsvorgänge und Arbeiten, die mit erhöhter Bleivergiftung verbunden sind, in abgetrennten Räumen vorzunehmen." Bei Hanomag finden sie mitten in der Halle statt. Von der Bleigefährdung sind also nicht die Arbeiter am Plattenband allein, sondern alle Arbeiter in der Halle betroffen. "Im übrigen ist jeder Übertritt von Bleirauch und Bleistaub in die Luft des Arbeitsraumes durch unmittelbare Absaugung am Ort des Entstehens tunlichst zu verhindern. Lassen sich die genannten Maßnahmen nicht mit ausreichendem Erfolg durchführen, so muß die Einatmung durch Tragen geeigneter Atemschützer verhütet werden." Ein abgetrennter Raum, Absauganlagen oder Atemschützer – davon ist nichts zu sehen. In der ganzen Halle ist die Luft voller Bleistaub!

3. Die am Band arbeitenden Kollegen sind im Gegensatz zu den Lötern und Putzern nicht als Bleiarbeiter anerkannt. Sie werden überhaupt nicht untersucht, erhalten auch kein Arbeitszeug etc., obwohl sie den Bleistaub einatmen, obwohl sie mitten unter den als Bleiarbeitern anerkannten Lötern und Putzern arbeiten.

Mit der Bleiarbeit ist nicht zuspaßen. Oft werden die Folgen der Bleiaufnahme erst nach Jahren deutlich. Bleierkrankungen, besonders der Verdauungsorgane, können sehr schmerzhaft und langwierig sein. Darum müssen wir fordern:

Bleiarbeit in einem abgetrennten Raum!
Schutzmasken oder Absauganlagen!
Anerkennung der Kontrolleure als Bleiarbeiter!

Der sozialdemokratische Betriebsrat weiß von diesen Zuständen, aber ihm ist die "Sozialpartnerschaft" mit den Kapitalisten wichtiger, als die Gesundheit der Kollegen. Koenen, freigestellter Betriebsratsvorsitzender, schluckt keinen Staub, seine Posten in der IGM-Ortsverwaltung, der Bürgerschaft und dem Betriebsrat sichern ihm genug Tantiemen, um von der Bleiarbeit verschont zu bleiben.

Aufbauzelle Hanomag
Bremen

Einzelverhör auf Verfassungstreue

WESTBERLINER REFERENDARE PROTESTIEREN GEGEN DIE POLITISCHE ENTRECHTUNG

Einzelverhör auf Verfassungstreue

WESTBERLINER REFERENDARE PROTESTIEREN GEGEN DIE POLITISCHE ENTRECHTUNG

Westberlin. Der westberliner Schulsenator will fünf Bewerber für das Amt des Studienreferendares (2. Phase der Ausbildung für Lehrer an Gymnasien) die Einstellung verweigern, weil Zweifel an ihrer Verfassungstreue bestünden. In Einzelverhören nach Polizeistaatsmethoden, die auch an weiteren drei Bewerbern durchgeführt wurden, die jedoch nach einigen Tagen vereidigt wurden, versuchte der Senat, belastende Aussagen aus den Bewerbern, die an der Hochschule die demokratische Bewegung der Studenten unterstützt hatten, herauszupressen.

Aus diesem Anlaß fand am 4.12.73 eine Personalversammlung statt, auf der 400 bis 500 der insgesamt etwa 650 Studienreferendare anwesend waren. Als einer der nichteingestellten Bewerber uns Referendare über Einzelheiten der Verhöre informieren wollte, sprangen die Senatsvertreter von ihren Sitzen und versuchten, den Betroffenen auszuschließen. Der mit dem Weihrauch des "Linken" versehene Senatsdirektor Ristock argumentierte, die Versammlung sei gesetzwidrig, wenn sie mit dem Betroffenen durchgeführt werde. Schließlich drohten sie mit Gehaltsabzügen und Disziplinarmaßnahmen für alle Anwesenden.

Nachdem ein Kollege beantragt hatte, zu beschließen, daß der Betroffene dableibt, sprang Oberschulrat Buchholtz, als der Vorname des Kollegen genannt wurde, wieder vom Sitz auf und rief: "Wie heißt dieser Herr, sagen Sie seinen Namen nochmal!" Es war klar, daß wir nach dieser Vorstellung unserer Dienstherrn beschlossen, daß der abgewiesene Bewerber dableibt. Bevor wir mit der Erörterung der Einstellungsverweigerung begannen, verließen die Senatsvertreter schnell die Versammlung.

Die Resolution der Personalversammlung befürwortet Protestveranstaltungen und eine Demonstration gegen die drohenden Ausbildungsverbote. Die Resolution wurde mit einer Gegenstimme und drei Enthaltungen verabschiedet und fordert:

– die sofortige Einstellung der Bewerber;
– keine Verweigerung der Einstellung durch den Senat aus politischen Gründen;
– freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst!

Berlin. Am Samstag, 15.12.73, demonstrierten in Westberlin über 3 000 gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst. Der Aufruf der "Initiative zum Komitee gegen die politische Disziplinierung im öffentlichen Dienst" unter den Hauptforderungen: Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf!, und: Abschaffung aller Sonderpflichten im öffentlichen Dienst! wurde unterstützt von der Kommunistischen Gruppe Westberlin und anderen politischen Organisationen.

"BLANKER HANS" IN LEMWERDER:

Häuser saufen ab

In Lemwerder, einem mittleren Ort auf der anderen Seite der Weser, gegenüber dem Nordbremer Stadtteil Vegesack sind bei den letzten Sturmfluten etwa 8 Häuser voll Wasser gelaufen, die vor dem alten Deich liegen. Und zwar nicht nur einmal, sondern mehrmals in der Zeit vom 14.11.73 bis Anfang Dezember. Dabei sind Kelleräume und Möbel der betroffenen Familien beschädigt worden, die Wohnungen momentan unbewohnbar. Seit der Sturmflut am 16.2.1962 wurde geplant in Lemwerder, eine Spundwand direkt am Weserufer zu rammen, um zu verhindern, daß diese Häuser und eine Schule, in erster Linie jedoch 2 Werften wieder absaufen. Die beiden Werften sollten sich an den Kosten beteiligen, die auf ihrem Betriebsgelände entstehen (vor allem die notwendigen Umbauten ihrer Querhelgen). Doch Lürssen und Rassmussen (das sind die beiden Werften) war das jahrelang zu teuer.

Erst jetzt, nachdem sie 3 mal hintereinander abgesoffen sind, wollen sie sich anscheinend beteiligen. Für die Familien jedoch, die mal wieder unter dem Hochwasser leiden mußten, ist das ein billiger Trost.

Einige haben eigene Häuser auf dem bedrohten Gelände. Andere, die zur Miete wohnen, versuchen jetzt auszuziehen. In Lemwerder waren auch ursprünglich Wohnungen für Hochwassergeschädigte vorgesehen. Doch diese Wohnungen sind einfach vermietet worden, so daß sie eben nicht für Hochwassergeschädigte freistehen.

Aber selbst, wenn diese Familien Wohnungen in Lemwerder, und zwar hinter dem Deich, bekommen, sind sie noch lange nicht in Sicherheit. Denn seit 1962 sind notwendige Erweiterungen am bestehenden Deichsystem noch immer nicht abgeschlossen. Der Deich in Lemwerder hat immer noch die gleiche Höhe wie 1962, obwohl das Wasser damals schon bis zum obersten Rand gestanden hat. Ein noch schlimmeres Hochwasser als 1962 – und ganz Lemwerder säuft ab. Denn das Deichschart ist einem ungeheuren Druck ausgesetzt.

Zum Trost für alle hat Lemwerder dafür immerhin einen Bürgermeister, der gleichzeitig Betriebsratsvorsitzender bei einer der beiden Werften ist, die sich nicht an einer Spundwand beteiligen wollten. Es ist der Betriebsratsvorsitzende von Rassmussen – Pegelow – und natürlich eingeschriebenes SPD-Mitglied.

Betriebszelle
Bremer Vulkan

Als ich den Bericht über die Zustände in Lemwerder las, fiel mir besonders die "Aktivität" des Bürgermeisters und Betriebsratsvorsitzenden Pegelow auf. Ich erinnere mich noch sehr gut an seine Aktivität im Betrieb Mitte der 60er Jahre. Er trat schon damals sehr wortradikal auf und schien immer ein offenes Ohr zu haben für die Kollegen. Doch der Herr Pegelow hatte schon damals zwei Ohren, wenn seine Karriere in der SPD gefährdet war. Da sieht man, wohin ein Arbeiter kommt, wenn er sich nicht stets auf die Interessen der Kollegen stützt.

E.R.
(Mitglied des Ständigen Ausschusses im KBW)

Berichtigung

Göttingen. Bei Sartorius wurden nicht – wie in KVZ Nr.8 berichtet – 240DM, sondern 150DM mehr für alle gefordert.

Ledergewerkschaft: Es wurden nicht 55, wie berichtet, sondern 75Pfennig Lohnerhöhung gefordert.

SOLDATEN BERICHTEN: POLIT-UNTERRICHT

»Der erste Schritt der Roten«

Dazu schreibt uns ein Soldat:

"Besonders während der Grundausbildung hatten wir oft 'staatsbürgerlichen Unterricht' und 'aktuelle Information' bei unserem Kompaniechef, einem Hauptmann. Einer seiner Lieblingsthemen ist der Kommunismus und die Kommunisten. Besonders die 'Machtergreifung der Kommunisten' schilderte er uns oft. Und für uns klang das etwa so: "Also meine Herren, entweder die Kommunisten marschieren in einem günstigen Augenblick mit ihren Panzerwaffen in Deutschland ein oder bezahlte Agenten und Kader ergreifen im Innern durch einen Putsch die Macht. Und der erste Schritt der Roten ist es, die demokratischen Parteien zu verbieten. Und nun, meine Herren, wollen die Roten vor der Bevölkerung demokratisch erscheinen. Deshalb gründen sie eine Reihe von neuen Parteien, indem Kommunisten überall im Hintergrund die Fäden ziehen. In diese kommunistischen Tarnorganisationen darf die Bevölkerung eintreten. Wenn sie aber selber Parteien gründen wollen ohne Kommunisten, werden sie kurzerhand an die Wand gestellt. Und diese von den Kommunisten ferngesteuerten Parteien bilden dann eine Volksfront. Spätestens dann muß die Bundeswehr eingreifen. Denn, meine Herren, haben wir erst einmal eine Volksfront – dann ist alles zu spät."

So sieht die Revolution im Kopf eines solchen Offiziers aus. Keine Ahnung davon, daß Kommunisten nichts vom Volk Getrenntes sind und daß die Revolution eine Sache der großen Mehrzahl unseres Volkes ist. Nur Hetze und die Drohung, daß die Bundeswehr auf das eigene Volk gejagt werden muß, ist in solch einem Schädel.

Während der Hauptmann seine Hetztiraden vom Stapel ließ, hörte kaum ein Soldat zu. Die meisten waren froh, über eine Stunde Ruhepause zwischen harter Geländeausbildung und stumpfer Formalausbildung. Wollte der Offizier aber eine Zwischenfrage beantwortet haben oder wagte er sogar am Ende seiner Hetzrede eine Diskussion, so bekam er von den Soldaten nicht selten zu hören: daß dies sowieso alles gelogen sei, man kein einziges Wort glaube, und deshalb seien die Ausführungen für die Soldaten auch uninteressant. Dann klopften 120 Rekruten laut auf die Stühle und stampften auf den Boden, um dem Kamerad Beifall zu geben. Der Hauptmann brach dann sofort den Unterricht ab. Nach einiger Zeit hatten wir ihn so mürbe gemacht, daß der Unterricht ständig ausfiel.

Für Kommunisten ist der politische Unterricht ein ausgezeichnetes Agitationsfeld. Wenn man sich klar und vernünftig ausdrückt, stets die Kameraden einbezieht und sich nicht auf einen wüsten Privatkrieg mit dem Hauptmann einläßt, wird es den Genossen gelingen, die Kameraden zu interessieren. Mit ihnen kann man dann nach dem Unterricht weiterdiskutieren und für den Aufbau einer Soldatengruppe gewinnen." X.Y.

Widerstand gegen Militäreinrichtungen

EMSLAND-BEWOHNER LEHNEN AUFMARSCH DER NATO-TRUPPEN AB

Das Emsland, eines der Armenhäuser der Bundesrepublik, entpuppt sich immer mehr als Waffendepot und Übungsfeld für die Bundeswehr und andere Natotruppen. Die Konzentration von Truppen und Militärübungsplätzen führt zu erheblichen Belästigungen der Bevölkerung. Der Massenkampf der Nordhorner Bevölkerung im Sommer dieses Jahres gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range warf erstmals ein bezeichnendes Licht auf diesen Sandkasten der Militärs. Hier konnten sie bisher ziemlich ungestört ihre Strategie- und Taktikpläne erproben.

Seit den Protesten und Flugfeldbesetzungen im letzten Sommer ist das jedoch anders geworden. Zwar haben die Arbeiter, Bauern und Mittelständler rund um Nordhorn-Range mit ihren wochenlangen Kampfaktionen nur minimalen Erfolg gehabt – lediglich um die Mittagszeit werden keine Übungseinsätze mehr geflogen –, doch ihre Aktionen waren Ansporn für die Nachbardörfer, die nach den Plänen des Bonner Bundeswehrministeriums künftig voll und ganz in den zu erweiternden Truppenübungsplatz Lingen (etwa 15 km nordöstlich von Nordhorn) einbezogen werden sollen.

Die Bonner Pläne sehen beispielsweise folgendes vor: der Panzerübungs- und Schießplatz Schepsdorf, an der Bundesstraße 213 gelegen, soll nach Osten hin um einige hundert Hektar erweitert werden. Und genau in diesem Gebiet liegt die Wohnsiedlung Schepsdorf-Lohne. Nur durch Zufall kam dieser Plan an die Öffentlichkeit. Die Bewohner von Schepsdorf-Lohne sind darüber natürlich gewaltig empört. Sie fürchten mit Recht um Gesundheit und Eigentum, denn so wie es sich das Bonner Bundeswehrministerium vorstellt, sollen in Zukunft Panzer durch die Dorfstraßen, über Felder und Gärten fahren dürfen. Außerdem ist bekannt, welche Flur- und Straßenschäden bei den üblichen Manövern zurückbleiben, vom Lärm und Behinderungen bei der Feldarbeit ganz zu schweigen.

Lediglich einen hundert Meter breiten "Schutzstreifen" hat das Bonner Ministerium zugestanden, der dann auch noch von den örtlichen Bundestagsabgeordneten als "annehmbarer Kompromiß" bezeichnet wird. In einer Presseerklärung haben die Schepsdorfer Bürger diese Haltung energisch zurückgewiesen. In dieser Erklärung wird außerdem darauf hingewiesen, daß in der Vergangenheit das Überschreiten der Grenzen des jetzigen Übungsplatzes meistens vorgekommen ist, daß die Lärmbelästigung erheblich ist, und daß Übungsmunition herumliegt, die keine geringe Gefahr darstellt. Deshalb: "Wir werden keinen Meter Land für den Übungsplatz verpachten oder verkaufen."

Das Schepsdorfer Beispiel ist nur eins aus einer ganzen Reihe. Bundeswehr und Nato haben im Laufe der letzten Jahre das Emsland zu ihrer Spielwiese ausgebaut. So sind dort zahlreiche Militärbasen entlang wichtiger strategischer Verbindungslinien (Ems, Bundes- und Landstraßen, Bahn) entlang der niederländischen Grenze angeordnet. In Nordhorn gibt es den Bombenabwurfplatz, in Lingen Panzer- und Luftwaffeneinheiten, in Meppen liegt die "Bundeswehrerprobungsstelle", was nichts anderes bedeutet, als daß dort Waffen und Munition der Artillerie getestet werden. Die Flugschneise der zum Teil scharfen Granaten reicht bis ins 40 km weiter nördlich gelegene Dorf Sögel. Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß die Munition nicht an der berechneten Stelle aufschlug, sondern irgendwo "unterwegs" niederging. Während der Schießzeiten dürfen bestimmte Straßen nicht befahren und die Felder nicht bearbeitet werden (siehe Ausschnitt aus der "Ems-Zeitung"). In Sögel selbst liegt eine US-Einheit. Niemand weiß, was sie dort so recht macht. Interessante Einzelheiten erfährt man ganz nebenbei. So steht neben der Kaserne ein bombastischer Funkturm mit riesigen Parabolantennen, und einige Kilometer weiter in einem großen Waldstück liegt ein mehrere Hektar großes Gelände, daß nie von einem Einheimischen betreten wurde. Man weiß nur soviel: Auf denjenigen, der die Sicherungszäune übersteigt, wird sofort geschossen, Bundeswehrsoldaten stellen die Wachen im äußeren Bereich. Doch auch sie waren nie im inneren Bezirk des Geländes. Dorhin, wo nachts mächtige Scheinwerfer alles taghell erleuchten, kommen augenscheinlich nur die US-Soldaten und hohe Offizieren.

Es mag Spekulation sein, aber die Leute in den umliegenden Dörfern zucken die Achseln und sagen: Atombomben. Niemand weiß genaues, niemand tut etwas.

Über alle Nachteile und Behinderungen, Furcht und Empörung der Bevölkerung versucht die Bundeswehr durch geschickte Werbearbeit hinwegzutäuschen: Sorgenkinder und alte Menschen werden spazierengefahren, Soldaten spenden organisiert Blut (wie die Presse berichtete), Tage der offenen Tür werden veranstaltet mit Erbsensuppe und Technikschau.

Doch dort, wo die Belästigung und Gefährdung der Menschen unerträglich geworden ist, beginnen sie den Widerstand zu organisieren, freilich zunächst auf der Ebene der Eingaben, Protestresolutionen, Bürgerinitiativen, des Einschaltens der Abgeordneten. Diese Ebene wird vor allen Dingen von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften wie Handwerker, Kaufleute, kleine Unternehmer, Großbauern und Beamte propagiert. Sie haben bis jetzt im wesentlichen die Führung im Kampf der Bevölkerung inne. Die Arbeiter, kleinen Bauern und Angestellten merken jedoch hier und da, daß sie bisher nur hingehalten worden sind. Die Menschen um Nordhorn-Range haben dagegen schon den demokratischen Massenkampf geführt. Doch ihr Anhängen an Bürgerinitiativ-Vorstände, Abgeordnete usw. hat auch diesem Kampf die Spitze abgebrochen und ihn in die Sackgasse geführt.

BEKANNTMACHUNG
2. Vom 12.6. – 15.6.1973 werden von 10.00 – 16.00 Uhr folgende Zonen nördlich der Straße Lathen-Sögel gesperrt:
Lathen: Z Wahn IIIa
Renkenberge: Z Wahn IIIb u. V
Sögel: Z Wahn IV u.VI, SZ IVa u. VIa
Anmerkung: In dieser Zeit werden von 10.00 – 16.00 Uhr zeitweise die Bahn und die Straßen Lathen-Sögel, Wahn–Renkenberge u. der Schlagbrückenweg überschossen. Auf diesen Straßen ist im Bereich des Schießplatzes mit Sperrungen zu rechnen. Kraftfahrzeuge, mit Ausnahme langsam fahrender Trecker, werden jedoch in den Schießpausen durchgelassen.
Das Betreten des gesperrten Gebietes ist wegen der damit verbundenen Lebensgefahr verboten. Die Gebiete sind durch Sicherheitsposten mit Schranken oder durch Schranken mit Schildern an den Zufahrtswegen gesichert.
Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß das Aufheben von Munition aller Art, auch kleinster Kaliber, auf dem gesamten Schießgelände verboten ist.
Etwa gefundene Munition ist unberührt zu lassen, und ihre Lage ist baldmöglichst der Erprobungsstelle 91 zu melden.
Meppen, den 6. Juni 1973
Erprobungsstelle 91 der Bundeswehr –Schießbetrieb–

Trotzdem bereitet die Bewegung gegen die Militäreinrichtungen dem Staatsapparat Sorgen. Der massive Polizeieinsatz im Sommer auf Nordhorn-Range hat dort die Funktion der Polizei als Schutzmacht des bürgerlichen Staates und nicht des Volkes gezeigt. Überall im Emsland, wo neue Natopläne bekannt werden, bricht die Empörung aus. Und noch heute, fast ein halbes Jahr nach den Massenaktionen in Nordhorn postiert die Polizei regelmäßig Wachen auf dem Abwurfgelände. Sozusagen als "Beruhigungspille" an die Bevölkerung sind ein Teil der 60 Strafverfahren gegen Nordhorn-Demonstranten wegen "Geringfügigkeit" niedergeschlagen worden. Es ist abzusehen, daß die übrigen Verfahren ähnlich behandelt werden. Doch das kann die Empörung über die weiterbestehenden Gründe des Protestes nicht eindämmen.

H. u. M., Osnabrück

9400 Mann Verstärkung

"SICHERHEITSPLAN" IN BADEN–WÜRTTEMBERG

Stuttgart. Am 4. Dezember verabschiedete die baden-württembergische Landesregierung einen umfassenden "Sicherheitsplan", der eine personelle Verstärkung des Polizeiapparates um weitere 9 400 Beamte vorsieht. Bis 1976 sollen auf je 400 Bürger ein Polizist kommen.

Der Polizei werden mehr Flugzeuge, drei weitere Hubschrauber und Spezialausrüstungen zur Verfügung gestellt. Dazu gehören Schutzschilde, Handsprühgeräte, Nebelsprühgeräte und Hiebwaffen. Darüberhinaus wird das Landesamt für Verfassungsschutz personell verstärkt und die Zahl der sogenannten "mobilen Einsatzkommandos", polizeiliche Terrorgruppen, die der Niederwerfung "sicherheitsgefährdender" Unruhen im Volk und der Bekämpfung fortschrittlicher politischer Organisationen dienen, erhöht und durch "Eingreifkommandos" ergänzt. Für die Verwirklichung dieses Plans werden bis 1976 mehr als 251 Millionen DM bereitgestellt, für die damit notwendig gewordenen neuen Polizeibauten weitere 768 Millionen DM.

Baden-Württembergs Innenminister Schieß (CDU) gab als Begründung für den Plan an, daß "die Landesregierung unsichere Zeiten vorhersehe" (Heidelberger Tageblatt vom 6. Dezember 1973).

"Umfassender Sicherheitsplan" heißt nichts anderes als umfassende Vorbereitung des Einsatzes gegen die sich anbahnenden Volkskämpfe. Dafür sind der Bourgeoisie und ihrem Staat keine Kosten zu hoch und keine Mittel zu schade. Zu was denn sonst als zur Niederwerfung von Massenkämpfen werden für die Polizei Tausende von Schutzschilden, tonnenweise Tränengas und Nebelbomben angeschafft, wozu sonst als beispielsweise zur Erstürmung besetzter Fabriken sollen gepanzerte, mit großkalibrigen Waffen ausgerüstete Polizeifahrzeuge und Spezialeinheiten dienen – zum Dingfestmachen von Zuhältern, Ladendieben oder Verkehrssündern etwa? !

Ähnliche Pläne wie der der baden-württembergischen Landesregierung liegen in den Schubladen der Innenminister aller Bundesländer.

Verbotsdrohung gegen studentische Organisationen

Westberlin. Mit den Stimmen von CDU und SPD hat das Westberliner Abgeordnetenhaus einen Antrag zugestimmt, wonach der Senat aufgefordert wird, beim Bundesinnenminister und den Innenministern der Länder darauf hinzuwirken, daß der Kommunistische Studentenverband (KSV) "bundesweit verboten und aufgelöst wird". Der KSV ist eine Massenorganisation der Gruppe Rote Fahne (KPD). Der Westberliner CDU-Landesvorsitzende Lorenz sprach sich in der Debatte dafür aus, den KSV schnellstens zu verbieten, "auch unter Mißachtung der demokratischen Spielregeln." Die SPD warf ihr vor, daß sie durch ihre vorlaute Debatte über das Verbot den Erfolg der Maßnahme gefährde. Ganz der erfahrene Polizeihund, erklärte Innensenator Neubauer (SPD), es sei viel gescheiter, jetzt nicht solchen Wind zu machen, sondern die Hebel vorzubereiten, **um alles auf einen Schlag zu verbieten.**

Gleichzeitig faßte am 11. Dezember die Westdeutsche Rektorenkonferenz mit 30 Stimmen bei 6 Enthaltungen den Beschluß, die Bundes- und Länderregierungen aufzufordern, "gegen diejenigen studentischen Organisationen, die – wie der Kommunistische Studentenverband (KSV) – in hochschulpolitischen Auseinandersetzungen systematisch zur Gewalt greifen, im Zusammenwirken mit den Hochschulen alle geeigneten Maßnahmen einschließlich des Verbots zu ergreifen." – Was dabei unter "systematischer Gewaltanwendung" alles verstanden werden kann, das hat zum Beispiel das Amtsgericht Heidelberg in einem Urteil vom 1.2.73 gegen 3 Studenten klargestellt. Wegen der erhobenen Forderung nach Diskussion war damals ein Student zu drei Monaten Gefängnis, wegen eines Zwischenrufs in einer Vorlesung ein anderer zu **zwei Monaten Gefängnis verurteilt** worden. In der Urteilsbegründung wird dazu ausgeführt: "Rechtlich stellt sich der Zwischenruf S.'s am 12.1.72 als versuchtes Vergehen der Nötigung dar. Er hat nämlich dadurch versucht, B. aus dem Konzept zu bringen und so zum Abbruch der Vorlesung zu veranlassen. Die Nötigung sollte durch Gewalt erfolgen. Als solche ist **nicht mehr nur ein Einwirken auf den Körper anzusehen**, sondern jede Handlungsweise, die von der Person, gegen die sie gerichtet ist, als nicht nur seelischer, sondern auch **körperlicher Zwang empfunden wird**, also etwa **eine erhebliche Beeinträchtigung des körperlichen Empfindens** durch Versetzen in seelische Erregung . . . oder Verursachung von Furcht, Sorge und Nervosität."

Als Verbotsgrund kann also nach Auffassung der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Amtsgerichts Heidelberg künftig ausreichen, daß Professoren durch die Tätigkeit kommunistischer Studentenorganisationen "nervös" werden und etwa einen Zwischenruf als körperlichen Zwang "empfinden".

Man kann sich dabei orientieren an Mao Tsetungs Weisung: "Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen". Wenn die bürgerlichen Politiker und Zeitungsschreiber ihren Angriff auf die Organisationsfreiheit und auf die Rechte der Studenten an den Hochschulen zuerst gegen den KSV richten, weil dieser Verband meistens ziemlich isoliert ist und wenig Sympathien unter der breiten Masse der Studenten und der übrigen Hochschulangehörigen genießt, so dürfen wir deshalb keineswegs vernachlässigen, gegen die Maßnahmen der bürgerlichen Klasse aufzutreten. Dabei verteidigen wir nicht die Politik des KSV, sondern wir kämpfen für die Rechte der Studenten auf freie politische Betätigung an der Hochschule und für die uneingeschränkte Organisationsfreiheit in der Gesellschaft.

–W.M.–

Nach 28 Jahren:

Verfahren gegen Kommunisten Klein wieder aufgenommen.

In den Wirren der Nachkriegszeit nach 1945 wurde im französisch besetzten Saarland der Gaststättenbesitzer und Kommunist Karl Klein von den US-Besatzungstruppen zum Bürgermeister seines Heimatorts ernannt. In den Monaten danach wurde ein Polizeiobermeister in dem Wohnort des Genossen Klein erschossen. Sofort wurde Klein von den französischen Behörden verdächtigt und festgenommen. Vom französischen Militärgericht wurde er trotz der Aussage seiner Tochter und seiner Frau, die seine Unschuld bewiesen, zweimal zum Tode verurteilt. Ohne Hinzuziehung eines Sachverständigen wurde er "beweiskräftig" verurteilt, da die tödliche Kugel von ihm abgefeuert worden sei. Die Todesstrafe wurde später durch "Begnadigung" in "lebenslänglich" umgewandelt. Trotz vieler Eingaben wurde Karl Klein auch nach 25 Jahren nicht freigelassen. Der Bundesdurchschnitt der Freilassung von Strafgefangenen auf Lebenszeit liegt bei 22 Jahren.

Daraufhin brach Karl Klein mit Hilfe einer Mülltonne aus dem Gefängnis aus, um auf sich aufmerksam zu machen. Erst dadurch konnte er erreichen, daß sein Fall jetzt wieder aufgenommen wurde und das Verfahren am 4. Dezember 1973 wieder eröffnet wurde. Dieser Fall beweist, daß die westdeutsche Klassenjustiz einen einmal verurteilten Kommunisten nicht einmal "gleich" behandelt gegenüber sogenannten normalen Strafgefangenen auf Lebenszeit.

Kampf den Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates!

Unter dieser Hauptparole hatte der Kommunistische Bund Westdeutschland in zahlreichen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin für Samstag, den 8. Dezember, zu Demonstrationen und Manifestationen aufgerufen.

Die Kapitalistenklasse und die SPD/FDP-Regierung führt gegenwärtig unter dem Vorwand der sogenannten "Energiekrise" umfangreiche wirtschaftliche und politische Notstands- und Zwangsmaßnahmen durch. Mit Hilfe dieser Maßnahmen und einer abscheulichen nationalistischen und rassistischen Hetze gegen die ausgebeuteten und unterdrückten Völker, vor allem gegen die arabischen Völker, versucht die imperialistische Bourgeoisie und die SPD/FDP-Regierung eine Notgemeinschaft zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Unterdrückten und Unterdrückern, zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen den Volksmassen und dem imperialistischen Staat herzustellen, um die Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Arbeiter und die Volksmassen im Kampf gegen die Folgen der Krise und die für die Krise verantwortliche Ausbeuterherrschaft zu entwaffnen. In einer solchen Situation, in der sich der Klassengegensatz zuspitzt und die Bourgeoisie ihre Bemühungen verstärkt, den Klassenkampf des Proletariats zu unterdrücken, ist es die Pflicht der Kommunisten, offen hervorzutreten, die Parolen auszugeben, hinter denen sich die Massen zusammenschließen können, und das rote Banner des proletarischen Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution zu erleben, unter dem sich die Arbeiterklasse sammeln und die Volksmassen den Kampf erfolgreich führen können. Dies ist die Pflicht der Kommunisten auch dann, wenn erst ein geringer Teil der Arbeiterklasse und des Volkes zur offenen Kampfansage an die Bourgeoisie und ihren Staat bereit ist und der größte Teil der Arbeiterklasse und des Volkes noch nach einer Orientierung sucht.

Nur wenn die Kommunisten in einer solchen Situation so früh wie möglich offen hervortreten, ihre Parolen und Auffassungen auf die Straße tragen, werden sie die Initiative gewinnen und schließlich die Arbeiterklasse und den größten Teil der Volksmassen für die richtigen Ziele gewinnen können. Der Kampf für die richtigen Ziele entwickelt sich nicht im Selbstlauf, sondern kann sich erfolgreich nur unter Führung einer bewußten Vorhut entfalten. Diese Vorhut muß sich auf die Erfahrungen der Massen selbst stützen, darf aber nicht darauf warten, bis diese Erfahrung die Massen von selber auf die Seite des proletarischen Klassenkampfes und des Sozialismus führen.

Ausgehend von diesen Grundsätzen kommunistischer Politik und der Einschätzung der gegenwärtigen Situation als einer Situation der beginnenden wirtschaftlichen und politischen Krise des BRD-Imperialismus hatte der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) zu Demonstrationen unter folgenden Parolen aufgerufen:

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES!

Uneingeschränkte Demonstrations-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit!

Uneingeschränktes Streikrecht!

Uneingeschränkte Freizügigkeit für Deutsche und Ausländer!

Völlige Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter und Studenten!

WEG MIT DEN WIRTSCHAFTLICHEN ZWANGSMASSNAHMEN DER KAPITALISTEN UND DER REGIERUNG!

Weg mit dem Sonntagsfahrverbot!

Weg mit den Sparmaßnahmen auf dem Rücken des Volkes!

Weg mit den Eingriffen in die Arbeitszeit! Weg mit dem Zwangsurlaub!

Weg mit der Mehrwertsteuer und den Sondersteuern auf Erdölprodukte!

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS!

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch, besiegt den Imperialismus!

Die Demonstrationen am 8. Dezember waren die erste Aktion, zu der der KBW unter zentraler Anleitung die Initiative ergriff, um auf einheitlicher Linie und zum gleichen Zeitpunkt in der ganzen BRD und in Westberlin seine Kräfte zusammenzufassen und auf eine Aufgabe auszurichten.

Der KBW mußte diese Initiative zusammen mit einigen befreundeten lokalen Organisationen im wesentlichen allein ergreifen. Weder hatte er viel Zeit zur Vorbereitung, noch war die Organisation zum Zeitpunkt des Beschlusses, die Demonstration durchzuführen, schon umfassend auf den Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates ausgerichtet. Dies war vor allem auf eine gewisse Schwerfälligkeit der zentralen Leitung, das heißt des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees zurückzuführen, der die Notwendigkeit, sofort den Gegenangriff gegen die politischen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen einzuleiten, erst erkannte, als die Irandemonstration in Köln unter Hinweis auf die sogenannte Energiekrise und die Interessen der imperialistischen Außenpolitik der BRD verboten worden war. Sobald er aber diese Notwendigkeit erkannt hatte, begann der Ständige Ausschuß mit aller Energie die ganze Organisation auf diese Aufgabe auszurichten.

Im Verlauf der Vorbereitung der Demonstration ergaben sich innerhalb der Organisation einige politische Differenzen. Außerdem hatten alle Ortsgruppen Schwierigkeiten, ihre Kräfte in der vorhandenen kurzen Zeit auf die Vorbereitung der Demonstration auszurichten. Insgesamt gibt die Vorbereitung und Durchführung der Demonstration am Samstag, dem 8.12. eine gute Gelegenheit, die ideologische, politische und organisatorische Vereinheitlichung des KBW zu untersuchen und den Grad der Verankerung der einzelnen Ortsgruppen in den Massen zu überprüfen. Auch dazu können die folgenden Berichte über den Verlauf der Demonstrationen und Manifestationen Material liefern:



Kiel:
Die Sympathisantengruppe Kiel des KBW, die Roten Zellen Kiel/Marxisten-Leninisten und die Rote Zelle Schule/Marxisten-
Osnabrück:
Trotz kurzer Vorbereitungszeit wurde eine Demonstration durchgeführt. Donnerstag und Freitag Nachmittag hatten die Genos-
sich dies jedoch nicht gefallen, sondern ging in den Fußgängerbereich. Dabei wurde die Demonstration von der Polizei ange-
Mannheim: Bei den Zwischenkundgebungen hörten viele Menschen aufmerksam zu. Bericht S.11 oben.

Mannheim: Bei den Zwischenkundgebungen hörten viele Menschen aufmerksam zu. Bericht S.11 oben.

Kiel:

Die Sympathisantengruppe Kiel des KBW, die Roten Zellen Kiel/Marxisten-Leninisten und die Rote Zelle Schule/Marxisten-Leninisten Kiel, sowie der AStA der Universität Kiel hatten dort zu der Demonstration aufgerufen. An der Demonstration nahmen rund 150 Menschen teil. Die Genossen schreiben:

"Wegen der geringen Teilnehmerzahl (im wesentlichen nur unsere eigenen Genossen und die noch nicht einmal vollständig) machten wir statt der ursprünglich geplanten ca. 1stündigen Demonstration nur eine kurze Demonstration durch die Fußgängerstraße in der Innenstadt und bildeten im Anschluß an die Kundgebung Trupps, die die Restexemplare des Aufrufes verteilten und die KVZ verkauften."

Wilhelmshaven

Die OAG des KBW führte Flugblattagitation in der Stadt durch.

Bremen:

An der Demonstration nahmen rund 800 Menschen teil. Die Demonstration führte vom Bahnhof in die Innenstadt zum Domplatz. Unterwegs wurden mehrere kurze Zwischenkundgebungen durchgeführt, die trotz teilweise heftigen Regens auf die Aufmerksamkeit der Bevölkerung stießen. Die Schlußkundgebung auf dem Domplatz fand unter sehr ungünstigen Bedingungen statt. Einerseits regnete es stark, andererseits fand die Kundgebung wegen des Weihnachtsmarktes an einer ungünstigen Stelle statt. Vor dem Parlamentsgebäude war eine größere Polizeitruppe aufgezogen. In den Reden auf der Kundgebung wurden die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie angeprangert und die weitere Perspektive des Kampfes entwickelt.

Oldenburg:

Die Ortsaufbaugruppe des KBW hatte einen Stand in der Stadt aufgebaut, verteilte Flugblätter und verkaufte KVZ.

Braunschweig:

Der Kommunistische Bund Braunschweig hatte zu einer Demonstration aufgerufen. An der Demonstration nahmen rund 150 Menschen teil. Nach anfänglichem Schwanken hatte auch der Kommunistische Studentenbund Braunschweig zu der Demonstration aufgerufen. Die Demonstration fand viel Aufmerksamkeit unter den Passanten und hat die Kommunisten ermutigt, den Kampf gegen die staatlichen Notstandsmaßnahmen entschlossen fortzusetzen.

Hannover:

Es gelang der Ortsgruppe nicht, eine Demonstration vorzubereiten und durchzuführen. Stattdessen bildete sie Agitationstrupps in der Stadt. Bei der Agitation sammelten die beteiligten Genossen viele Erfahrungen.

Osnabrück:

Trotz kurzer Vorbereitungszeit wurde eine Demonstration durchgeführt. Donnerstag und Freitag Nachmittag hatten die Genossen einen Informationsstand in der Stadt aufgebaut, um den sich zeitweise Menschenansammlungen bis zu 100 Leuten bildeten. Die Genossen schreiben zu ihren Erfahrungen am Informationsstand:

"Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir einen schweren Stand in der Agitation haben und uns die Massen nicht gerade zufliegen. Die antikommunistischen und antiarabischen Äußerungen waren profilierter, aber kaum mehr geworden. Aber die antikommunistischen Strömungen haben erheblich an Militanz gewonnen (Prügelandrohungen usw.). Trotzdem gab es bemerkenswert viele Menschen, die uns zustimmten und den Schuldigen an den steigenden Ölpreisen klar in Regierung und Ölkonzernen sahen.

Wir haben weiter die Erfahrung gemacht, daß unsere Agitation irgendwie zu abstrakt war, daß unsere Losungen noch nicht die Gefühle und Forderungen der Massen zum Ausdruck gebracht haben, daß wir nicht richtig den Inhalt der staatlichen Notstandspolitik klarmachen konnten. Wir werden das weiter untersuchen.

Eine positive Erfahrung ist die Verbesserung der Straßenagitation an den Ständen, wo wir jetzt wieder langsam das Niveau erreichen, das wir zu den Bundestagswahlen 72 einmal hatten. (Mehrere Genossen an den Ständen, ausreichendes Agitations- und Propagandamaterial, wirkliche Diskussionen.)"

An der Demonstration nahmen rund hundert Menschen teil. Das Ordnungsamt wollte den Zug in menschenleere Gegenden verbannen. Die Demonstration ließ sich dies jedoch nicht gefallen, sondern ging in den Fußgängerbereich. Dabei wurde die Demonstration von der Polizei angegriffen, die zu prügeln anfing. Die Genossen schreiben: "Anstatt entschlossen die Fußgängerstraße hochzumarschieren, machten einige Genossen den Fehler, sich auf Scharmützel und Debatten mit den Polizisten einzulassen. Das brachte den ganzen Zug in Verwirrung. Die Polizeischläger hatten unterdes eine unbeteiligte ältere Frau, die sich über den Polizeieinsatz empörte, zusammengeprügelt, das Megaphon beschlagnahmt (der Himmel weiß, welcher Idiot da nicht aufgepaßt hat), einige Flugblätter mitgenommen und zwei Genossen dazu. Am Ort des Geschehens hatten sich inzwischen über 500 Menschen eingefunden, die die Straße vollständig verstopften, wofür die Polizeischläger natürlich uns verantwortlich machten. Angesichts dieser Situation bestieg ein Genosse der Ortsleitung einen der umliegenden Blumenkästen und hielt eine Ansprache, der trotz ständiger Unterbrechung durch das Polizeimegaphon und obwohl die Rede am Schluß immer mehr in Krächzen überging, ein Großteil der Umstehenden aufmerksam zuhörte.

Wir haben den ganzen Nachmittag über im Fußgängerbereich Flugblätter verteilt, KVZ verkauft und diskutiert.

Insgesamt betrachten wir die Sache als Erfolg."



Osnabrück: Polizei versucht die Demonstration aufzulösen. Ein Photograph bringt die Kamera in Anschlag.

Wolfsburg:

Der Ortsgruppe ist es nicht gelungen, eine Demonstration durchzuführen. Sie bildete stattdessen Agitationstrupps, die Flugblätter verteilten und die KVZ verkauften.

Hamburg:

In einem Bericht des Sekretärs der Ortsleitung heißt es: "Nach dem Verbot der Kölner Demonstration gegen das Schahregime sind wir am Sonnabend, den 1.12.73, zum ersten Mal seit dem Bestehen der Ortsgruppe mit allen verfügbaren Kräften der Ortsgruppe und der Massenorganisationen und unter Beteiligung der iranischen Genossen und anderer Freunde und Sympathisanten in die Stadt gegangen. Wir haben Agitationstrupps gebildet, Stände aufgebaut, KVZ verkauft, ein Flugblatt gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie verteilt und mit der Bevölkerung diskutiert.

In diesen Diskussionen machten unsere Genossen in der Regel die folgende Erfahrung: Was sie den Massen klar machen wollten, daß nicht die Araber, sondern die Ölmonopole und die Regierung schuld an der 'Energiekrise' sind, wußten die Massen bereits. Zu einer Antwort auf die Frage der Massen, was man dagegen tun solle, fühlten sich die meisten Genossen nicht in der Lage. Am Sonntag faßte die Ortsleitung die Erfahrungen mit der Agitations- und Propagandaarbeit zur Kölner Demonstration zusammen, stellte fest, daß schwerwiegende Differenzen und Unklarheiten über die antiimperialistische Arbeit und die gegenwärtigen Aufgaben der Kommunisten in der Ortsgruppe und ihren Massenorganisationen diese Arbeit stark behindert hatten und beschloß, in den eigenen Reihen den Kampf aufzunehmen für die Durchsetzung der Entfaltung einer breiten Agitation und Propaganda gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und für eine kräftige Mobilisierung zur Demonstration am Samstag, dem 8.12."

Im Verlauf der Woche zeigte sich jedoch, daß es in der Ortsgruppe und in den Massenorganisationen relativ große Widerstände gegen die Durchführung der Demonstration gab. Der Sekretär der Ortsleitung beschreibt in seinem Bericht diesen Widerstand so: "Dahinter stand der folgende Standpunkt vieler Genossen, der auch schon bei der Iran-Demonstration aufgetreten war: 'Die Massen sind gegenwärtig soweit, daß sie über die 'Energiekrise' und die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie diskutieren wollen. Das müssen wir also auch machen und so breit wie möglich unseren Standpunkt dazu vertreten. Aber demonstrieren, das wollen die Massen gegenwärtig nicht, weil die Empörung noch nicht so weit ist. Und da wo Empörung vorhanden ist, richtet sie sich gegen einzelne Maßnahmen, die konkret am eigenen Leib gespürt werden (Heizungen, Sonntagsfahrverbot, evtl. auch Lohnleitlinien), aber nicht gegen die ganzen Notstandsmaßnahmen. Mobilisieren kann man die Massen höchstens an solchen einzelnen Punkten, aber nicht zu einer Demonstration gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie insgesamt. Eine Demonstration bringt nichts — viel besser sind gegenwärtig Agitationstrupps, KVZ-Verkauf, Kundgebungen etc."

Die Vorbereitung der Demonstration verlief äußerst schleppend und nur ein Teil der Ortsgruppe und der Mitglieder der Massenorganisationen beteiligte sich aktiv daran. "Nachdem am Mittwoch der KVZ-Verkauf nicht sehr gut geklappt hatte und am Donnerstag nur etwas mehr als die Hälfte der geplanten Info-Tische und Agitationstrupps in der Stadt zustandekamen, waren KVZ-Verkauf und Agitation und Propaganda gegen die Notstandsmaßnahmen am Freitag relativ erfolgreich."

Am Samstag früh sammelten sich zunächst etwas über 150 Menschen, darunter 100 Organisierte. In Hamburg gibt es jedoch rund 250 organisierte Kommunisten, die sich auf der Linie des KBW zusammengeschlossen haben. Es war in Hamburg also nicht gelungen, die Organisation und die örtlichen Massenorganisationen auf die Demonstration gegen die Notstandsmaßnahmen auszurichten und die Genossen von der Richtigkeit dieser Demonstration wirklich zu überzeugen. Das aber ist die erste Voraussetzung für das Gelingen jeder Aktion. Angesichts des heftigen Schneegestöbers und der geringen Zahl der Demonstranten wurde keine Demonstration durchgeführt. Es wurde eine Kundgebung in der Innenstadt durchgeführt und anschließend Agitationstrupps zusammengestellt. In der Ortsgruppe werden jetzt die aufgetretenen Widersprüche untersucht.

Clausthal-Zellerfeld:

Trotz der kurzen Vorbereitungszeit und vieler technischer Schwierigkeiten konnte das Aufbaukollektiv – Kommunistischer Bund Harz eine erfolgreiche Demonstration durchführen, an der sich 150 Menschen beteiligten. Zum Schluß der Demonstration wurde eine Kundgebung auf dem Kronenplatz durchgeführt, die viel Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung fand. Die Genossen schreiben: "Das Wichtigste ist es jedoch, jetzt weiter in der Initiative zu bleiben. Neben den vom Ständigen Ausschuß vorgeschlagenen Aktivitäten werden jetzt weitere Diskussionsveranstaltungen von uns organisiert."

Kampf den Notstandsmaßnahmen (Forts.)



Clausthal-Zellerfeld: "Das Wichtigste – weiter in der Initiative bleiben!"

Göttingen:

Über den Verlauf der Demonstration in Göttingen schickt uns der Sekretär der Ortsleitung folgenden Bericht:

"450 Arbeiter, Schüler und Studenten waren dem gemeinsamen Aufruf der Ortsgruppe Göttingen des KBW, der Göttinger Betriebszeitung, des Kommunistischen Studentenbundes, der Kommunistischen Hochschlugruppe, des AStA der Universität, des Nahost-Komitees und der Kommunistischen Schülerfront gefolgt und demonstrierten am Samstag, dem 8.12., gegen die Notstandsmaßnahmen der Kapitalistenklasse und ihres Staates.

Die Demonstration traf bei der Göttinger Bevölkerung auf großes Interesse und Sympathie. Während der Demonstration reihten sich noch ungefähr 100 Menschen in den Zug ein. Diejenigen, die sich noch nicht in den Demonstrationszug einreihten, hörten aufmerksam zu, wenn der Demonstrationszug innehielt, um eine kurze Ansprache zu halten. Die guten Verkaufszahlen der Kommunistischen Volkszeitung sind ein weiterer Beweis dafür, daß es der Kapitalistenklasse (noch) nicht gelungen ist, die "Volksgemeinschaftsideologie" fest zu verankern. Zu offen werden heute die Angriffe auf die Interessen der Werktätigen geführt, als daß sich alle jubelnd unter der schwarz-rot-goldenen Fahne versammeln würden. Genauso wie in allen anderen Städten der Bundesrepublik wird auch in Göttingen immer deutlicher, wem die Panikmache dient und wer darunter zu leiden hat:

– Bei Zeiss und Feinprüf in Göttingen sollen die Kollegen unter dem Vorwand der sogenannten Energiekrise gezwungen werden, zwischen Weihnachten und Neujahr Urlaub zu nehmen. Selbstverständlich suchen die Kapitalisten diesen Produktionsausfall, schon vorher wettzumachen. Das bedeutet für die Kollegen: verstärkte Überstundenschinderei und Wochenendarbeit.
– In den Göttinger Schulen ist die Temperatur in den Klassenräumen auf 16 Grad Celsius gesenkt worden. Mehr und mehr Kinder melden sich krank, weil sie erkältet sind.
– In den Studentenwohnheimen werden Toiletten, Waschräume und Tagesräume gar nicht oder nur teilweise beheizt; die Warmwassertemperatur wurde von 60 Grad auf 45 Grad gesenkt, die Heizzeiten von 8 Uhr bis 22 Uhr begrenzt.

Die Demonstration und die Reaktion der Bevölkerung hat gezeigt, daß der Widerstand gegen die Notstandsmaßnahmen der Kapitalistenklasse und ihres Staates wächst. Aufgabe der Kommunisten ist es, diesen Widerstand zu organisieren und unter die richtigen Parolen zu stellen. Deshalb führt die Ortsgruppe Göttingen des KBW am 13.12.1973 im Jugendfreizeitheim eine Veranstaltung durch, die sich die Aufgabe stellt, über die konkreten Auswirkungen der sogenannten Energiekrise in den Göttinger Betrieben, Behörden, Schulen, Hochschulen und in den Wohnvierteln zu informieren. Ziel der Veranstaltung ist es, den Kampf in Göttingen zu organisieren, um gegen jede Notstandsmaßnahme mit allen Kräften und Mitteln vorgehen zu können."

Hildesheim:

Trotz geringer Vorbereitungszeit und geringer Kräfte führte die Ortsgruppe eine Demonstration durch. An der Demonstration nahmen rund 60 Menschen teil. Die Genossen schreiben:

"Die Teilnehmerzahl ging also nicht über die organisierten Kommunisten am Ort hinaus. Dem Demonstrationszug, der mit Transparenten und Parolen die gegenwärti-

doch deutlich, daß, wenn die Kommunisten es jetzt nicht verstehen, die ideologische Offensive zu führen und dem Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus der bürgerlichen Parteien und der Bundesregierung mutig entgegenzutreten, dann werden die Imperialisten leichtes Spiel haben, die Masse des Volkes in den imperialistischen Krieg zu hetzen. Die Stimmung der Mas-

Dortmund:

In Dortmund führte die Ortsaufbaugruppe Standagitation durch und verteilte Flugblätter und verkaufte KVZ. Eine Demonstration konnte in Dortmund nicht durchgeführt werden, weil in dieser Frage wie auch bezüglich der Taktik des Ständigen Ausschusses gegenüber der Kölner Demonstration zwischen der Leitung der Ortsaufbaugruppe und dem Ständigen Ausschuß Differenzen bestehen. Die Leitung der Ortsaufbaugruppe hält die Entscheidung des Ständigen Ausschusses, an der verbotenen Kölner Irandemonstration vom 1.12. nur mit örtlichen und regionalen Kräften teilzunehmen, für zurückweichlerisch und die Entscheidung, am Samstag, dem 8.12. Demonstrationen gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und des Staates durchzuführen, für eine abenteuerliche Flucht nach vorn. Da diese Differenzen in der Woche vor dem 8.12. noch nicht geklärt werden konnten, beschränkte sich die Ortsaufbaugruppe mit Zustimmung des Ständigen Ausschusses auf Informationsstände und Flugblätter.

Hamm:

Trotz Verbot einer Kundgebung führten Agitationstrupps kurze Kundgebungen in der Fußgängerzone durch, die daraufhin von fünf Mannschaftswagen abgeriegelt wurde. Festnahmen konnten vermieden werden. Die Kundgebungen fanden Beachtung und Zustimmung.

Münster:

In Münster wurden zum erstenmal in der Stadt KVZ verkauft. Außerdem wurden Flugblätter gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie verteilt. Es fand auch eine Kundgebung statt. Um die Verkäufertrupps bildeten sich große Menschengruppen und es fanden lebhafte Diskussionen statt.

Krefeld:

In Krefeld führten Genossen mit Hilfe der KVZ Agitationsarbeit durch.

In anderen Städten Nordrhein-Westfalens wurden Flugblätter verteilt und KVZ verkauft.

Wetzlar:

An der Demonstration beteiligten sich rund 100 Menschen. Die Genossen schreiben:

"Obwohl es nicht gelungen ist, größere Teile der Bevölkerung in die Demonstration mit einzubeziehen, halten wir die Demonstration für einen gewissen Erfolg. Die Reaktion der Bevölkerung während der Demonstration und am Vormittag beim KVZ-Verkauf war überwiegend positiv. Vielen Menschen war die Einschätzung des KBW plausibel zu machen, auch wenn sie noch nicht die Notwendigkeit sehen, gegen die Maßnahmen des Staates auf die Straße zu gehen."

Mehrere Tage vor der Demonstration hatte die Ortsaufbaugruppe bereits eine Veranstaltung zur sogenannten Energiekrise durchgeführt, auf der trotz geringer Teil-

Frankfurt:

Im folgenden der Bericht der Frankfurter Ortsleitung:

"Etwa 800 Menschen nahmen an einer Demonstration von der Frankfurter Innenstadt in den Stadtteil Bornheim teil. Zu dieser Demonstration sowie einer kurzen Vorkundgebung hatte die Frankfurter Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland aufgerufen, mit der Hauptstoßrichtung gegen den Notstandskurs der Regierung und der Kapitalisten. Gleichzeitig hatten eine Reihe anderer deutscher und ausländischer Organisationen mit Parolen gegen das faschistische Schah-Regime und seine Unterstützung durch die westdeutschen Imperialisten sowie gegen die Ausländerhetze und -verfolgung in der Bundesrepublik zu Demonstrationen aufgerufen.

Den kurzen Kundgebungsbeiträgen, zuerst des KBW, später der übrigen Gruppen, hörten auch viele Passanten zu. Viele heftige Diskussionen wurden geführt, wobei es sich zeigte, daß ein großer Teil der arbeitenden Menschen den Ernst der jetzigen Entwicklung ahnt oder schon erkannt hat, jedoch noch nicht zwischen den Freunden und den Feinden des Volkes klar unterscheiden kann.

Bei der Aufstellung der Demonstration reihte sich knapp die Hälfte der Teilnehmer unter den Losungen und Forderungen ein, die vom KBW gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates aufgestellt worden waren, und die auf zahlreichen Transparenten, mit Sprechchören sowie durch kurze Erklärungen über den Lautsprecher propagiert und erklärt wurden.

Die andere Hälfte folgte den Parolen der übrigen Gruppen. Neben einigen Anhängern der "Rote Fahne"-Gruppe, des Revolutionären Kampf Frankfurt/M, der Gruppe Internationaler Marxisten und anderen waren dies im wesentlichen iranische, türkische, spanische und andere ausländische Arbeiter und Studenten, die teilweise auch aus anderen Städten gekommen waren, um gegen das Schah-Regime sowie gegen die Verbotsandrohungen der Organisationen wie der Föderation Iranischer Studenten (FIS) in der BRD zu demonstrieren.

Leider war es nicht möglich gewesen, eine völlig einheitliche und gemeinsam durchgeführte Aktion zu unternehmen, da die übrigen Gruppen nicht nur den Aufrufvorschlag der KBW-Ortsgruppe, sondern auch jede weitere Absprache abgelehnt hatten. Das war unnötig, weil alle Losungen und Ziele der ausländischen Genossen von uns ebenfalls im Rahmen des Kampfes gegen den Notstandskurs der westdeutschen Imperialisten propagiert wurden.

Wiesbaden:

Die Ortsaufbaugruppe führte zur Vorbereitung der Demonstration an Informationsständen Agitation durch. Über einige Erfahrungen bei der Agitation und über die Demonstration berichten uns die Genossen:

"Viele ältere Leute verglichen die Situation mit der Weimarer Zeit vor der Weltwirtschaftskrise, wo ebenfalls vom bürgerlichen Staat die Volksgemeinschaft gefordert wurde, genau in dem Moment, wo dem Volke Notverordnungen aufgezwungen wurden. Zwei Rentner vertraten die Ansicht, 'daß jetzt immer breitere Teile des Volkes von den bürgerlichen Parteien sich lösen würden und sich die Klassenkämpfe in der Krise auch gerade politisch ungeheuer zuspitzen werden. Sie sahen die Notwendigkeit ein, jetzt alles daran zu setzen, gerade diese Bewegung aufzugreifen, gegen den bürgerlichen Staat zu richten und die Massen für die Revolution zu gewinnen.' Beide kauften die KVZ, 'um eure Linie mal nachzuprüfen' und wollten zur Demonstration kommen. Einer meinte noch: Mit dem Lumpengesindel da oben wern mer schon fertig, wenn erst mal die Amis raus sind! Die müsse mer schon vorher rausschmeiße.' (aus einem Verteilerbericht)

Viele Menschen wußten, daß die Ölpreise so hoch stiegen auf Grund der künstlichen Ölverknappung; sie schimpften, daß die Heizungen gedrosselt werden und das warme Wasser zum Teil abgestellt wurde (so bei Hertie und Karstadt – die Verteiler standen vor den Eingängen). Es gab nur wenige Menschen, die behaupteten, es gäbe gar keine Notstandsmaßnahmen, sie wurden jedoch von den umstehenden Menschen eines besseren belehrt, was sie auch schnell einsahen (es sei denn, sie kamen aus der bürgerlichen Klasse, solche ließen sich jedoch nicht in Diskussionen ein, sobald mehrere Menschen gegen sie argumentierten).

Einige Genossen der Kommunistischen Schülergruppe hatten Schwierigkeiten beim Umsetzen der politischen Linie in der Praxis. Es wurde entweder nur über die Ölkrise oder nur über die Notstandsmaßnahmen diskutiert. Der Kampf der unterdrückten Völker, die anfangen, die Ausbeutung ihrer Rohstoffe in die Hände zu nehmen und die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse und des Volkes im eigenen Land gegen die Ausbeuterherrschaft der Bourgeoisie konnte nicht im Zusammenhang dargestellt werden.

Zu der aufgerufenen Demonstration erschienen etwa 160 Menschen.

Während des über zweistündigen Demonstrationsverlaufs wurde an zentralen Stellen der Innenstadt angehalten und der Bevölkerung der aktuelle Zusammenhang der Demonstration erklärt und zum Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen aufgerufen. Auffallend war das große Interesse, mit dem die Bevölkerung der Demonstration folgte; jede einzelne Parole wurde von den Menschen studiert, bei den Ansprachen blieben die Menschen meist bis zum Schluß und hörten zu. Das zeigt, daß mit dieser Demonstration die Interessen der breiten Bevölkerung zum Ausdruck gebracht worden sind. Viele Menschen meinten: 'Recht haben die ja'

Es waren zu Beginn der Demonstration einige ältere Menschen, auch Kollegen anwesend, die jedoch zögerten mitzugehen, "weil zu wenige dawaren".

Während der Demonstration wurden Flugblätter (Aufruf) verteilt und KVZ verkauft und mit der Bevölkerung diskutiert. Zum Abschluß der Demonstration wurde eine längere Kundgebung gehalten, zu der die KSG einen Redebeitrag hielt und auch die Ortsaufbaugruppe Wiesbaden. Ein persischer Genosse gab eine Stellungnahme ab zu dem Verbot der Demonstration in Köln."

Angriffe auf die Interessen der Werktätigen geführt, als daß sich alle jubelnd unter der schwarz-rot-goldenen Fahne versammeln würden. Genauso wie in allen anderen Städten der Bundesrepublik wird auch in Göttingen immer deutlicher, wem die Panikmache dient und wer darunter zu leiden hat:

– Bei Zeiss und Feinprüf in Göttingen sollen die Kollegen unter dem Vorwand

heim eine Veranstaltung durch, die sich die Aufgabe stellt, über die konkreten Auswirkungen der sogenannten Energiekrise in den Göttinger Betrieben, Behörden, Schulen, Hochschulen und in den Wohnvierteln zu informieren. Ziel der Veranstaltung ist es, den Kampf in Göttingen zu organisieren, um gegen jede Notstandsmaßnahme mit allen Kräften und Mitteln vorgehen zu können."

Hildesheim:

Trotz geringer Vorbereitungszeit und geringer Kräfte führte die Ortsgruppe eine Demonstration durch. An der Demonstration nahmen rund 60 Menschen teil. Die Genossen schreiben:

"Die Teilnehmerzahl ging also nicht über die organisierten Kommunisten am Ort hinaus. Dem Demonstrationszug, der mit Transparenten und Parolen die gegenwärti-
ge Situation zum Ausdruck brachte, wurde rege Aufmerksamkeit unter der Bevölkerung geschenkt. Auf der Abschlußkundgebung vor dem Hauptbahnhof wurde von zwei Genossen hervorgehoben, daß es nicht um die Zahl der Demonstranten ginge, sondern daß die Demonstration eine gute und wichtige Sache war, die die richtigen Parolen in die Bevölkerung tragen mußte. Von den Demonstranten wurde dies auch weitgehend unterstützt. In anschließenden Diskussionen zeigte sich je-

doch deutlich, daß, wenn die Kommunisten es jetzt nicht verstehen, die ideologische Offensive zu führen und dem Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus der bürgerlichen Parteien und der Bundesregierung mutig entgegenzutreten, dann werden die Imperialisten leichtes Spiel haben, die Masse des Volkes in den imperialistischen Krieg zu hetzen. Die Stimmung der Mas-
sen, die weitgehend die Araberhetze aus Funk und Fernsehen widerspiegeln, ist jedoch nicht Zeichen des Rückgangs des Aufschwungs, sondern Zeichen unserer Schwäche. (. . .) Die Durchführung der Demonstration war ein richtiger Entschluß und ein erster Schritt, den Weg zum Kampfverband zu beschreiten.

Es wurde versucht, Aktionseinheiten herzustellen. Die DKP wollte aus 'Zeitnot' nicht; die Jusos wollten – durften aber nicht!"

Kassel:

In Kassel rief der Kommunistische Studentenbund zu der Demonstration auf. Die Genossen schreiben: "Die Meinung über die Notwendigkeit einer Demonstration war anfänglich in der Leitung und auch in der Mitgliedschaft geteilt. Man befürchtete einen Mangel an Kräften, um die Demonstration gut durchführen zu können. Auf einem Plenum wurde nochmals der Rundbrief des Ständigen Ausschusses und der Aufruf des KBW diskutiert und eine Demonstration beschlossen."

"Anfänglich bestand die Demonstration aus 54 Menschen, am Ende in der Innenstadt etwa aus 120. Am Königsplatz legten wir eine Zwischenkundgebung ein, die von der Bevölkerung aufmerksam verfolgt wurde. Die Schlußkundgebung am Rathausplatz verlief etwas schlechter, da die vorbereitete Rede viel zu lang war und der Standort recht ungünstig. Unsere Genossen betrieben aber während der Demonstration und der Kundgebung eifrige Agitation und KVZ-Verkauf, mit zum Teil guten Ergebnissen in den Diskussionen."

An der Demonstration beteiligten sich auch Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterjugend/Aufbaugruppe, der Gruppe "Roter Morgen" (KPD/ML) und der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) sowie des Sozialistischen Schülerkollektivs.

Köln:

An der Demonstration der Ortsgruppe, die auf dem rechten Rheinufer in einem Vorort stattfand, nahmen rund 150 Menschen teil, darunter ziemlich viele nicht Organisierte. Die Genossen schreiben:

"Die Demonstration ist im allgemeinen positiv aufgenommen worden, das trifft auch auf die Agitation zu. Aber man kann nicht sagen, daß sich viele auf dem Weg in die Demonstration eingereiht haben. Offensichtlich besteht zwar ein breiter Unmut über die Lage und offensichtlich zieht das Gerede von der Notgemeinschaft nicht so recht, aber ein Bewußtsein, das die Notwendigkeit des Kampfes umfaßt, existiert noch nicht, jedenfalls in Köln noch nicht. (Das mag auch an uns selbst liegen, jedenfalls haben wir auch noch relativ wenig in dieser Richtung getan, nur Flugblätter, keine Veranstaltung.) (. . .) Ohne daß schon eine breite Diskussion gelaufen wäre, läßt sich die Meinung der Genossen in der Ortsgruppe so zusammenfassen: Es war wohl richtig, auch so früh schon zu demonstrieren, aber eine Woche mehr Zeit hätte die Demonstration wirklich verbessern und den Erfolg vergrößern können. Als nächsten Schritt halten wir es für unbedingt wichtig, daß das Zentrale Komitee eine klare Linie ausarbeitet, auf der die Ortsgruppen weiterarbeiten können und die begonnenen Aktionen weiterführen können.

Wetzlar:

An der Demonstration beteiligten sich rund 100 Menschen. Die Genossen schreiben:

"Obwohl es nicht gelungen ist, größere Teile der Bevölkerung in die Demonstration mit einzubeziehen, halten wir die Demonstration für einen gewissen Erfolg. Die Reaktion der Bevölkerung während der Demonstration und am Vormittag beim KVZ-Verkauf war überwiegend positiv. Vielen Menschen war die Einschätzung des KBW plausibel zu machen, auch wenn sie noch nicht die Notwendigkeit sehen, gegen die Maßnahmen des Staates auf die Straße zu gehen."

Mehrere Tage vor der Demonstration hatte die Ortsaufbaugruppe bereits eine Veranstaltung zur sogenannten Energiekrise durchgeführt, auf der trotz geringer Teil-
nahme eine lebhafte Diskussion geführt wurde und die Ortsaufbaugruppe neue Kontakte knüpfen konnte.

Offenbach:

Der sehr kleinen und jungen Ortsaufbaugruppe unterliefen während der Vorbereitung und Durchführung der Aktion eine Reihe von politischen und organisatorischen Fehlern. Die Genossen haben einen Informationsstand aufgebaut und versucht, eine Demonstration durchzuführen, was ihnen aber noch nicht richtig gelungen ist. Einer der Genossen schreibt uns:

"Was ist aus all dem zu folgern? Keineswegs, daß die Grundrichtung der Aktion falsch gewesen wäre. Zu folgern sind erst einmal einige Dinge für unsere eigene Ortsaufbaugruppe. Die Aktion am Samstag war kein einmaliger Akt, sondern der Auftakt zur Organisierung der Offensive. Alles was wir bisher wissen über die Entwicklung des Bewußtseins der Massen spricht dafür, daß die gegenwärtige 'Ölkrise' ein stark beschleunigender Faktor bei der Entwicklung der Klassengegensätze und des Klassenbewußtseins sein wird. Vor allen Dingen ist festzuhalten, daß die revanchistische Verhetzung nicht allzuviel Boden findet und die Bourgeoisie gerade ideologisch durch das Verhalten der großen Monopole und das enge Zusammenspiel der Regierung stark in die Defensive gerät. . . Für uns wird es wichtig sein, in der nächsten Zeit den Kampf gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie eng mit dem betrieblichen Kampf der Arbeiter zu verbinden und diesem Zusammenhang gerade auch in unserer Untersuchungsarbeit nachzugehen. Unsere Organisation muß öffentlich auftreten und selbständig in Erscheinung treten. Nur so können auch aus den schon vorhandenen Menschen Organisatoren und Propagandisten im Klassenkampf werden: etwas, wozu bisher herzlich wenig getan wurde."

Demonstration kommen. Einer meinte noch: Mit dem Lumpengesindel da oben wern mer schon fertig, wenn erst mal die Amis raus sind! Die müsse mer schon vorher rausschmeiße.' (aus einem Verteilerbericht)

Viele Menschen wußten, daß die Ölpreise so hoch stiegen auf Grund der künstlichen Ölverknappung; sie schimpften, daß die Heizungen gedrosselt werden und das warme Wasser zum Teil abgestellt wurde (so bei Hertie und Karstadt – die Verteiler standen vor den Eingängen). Es gab nur wenige Menschen, die behaupteten, es gäbe gar keine Notstandsmaßnahmen, sie wurden jedoch von den umstehenden Menschen eines besseren belehrt, was sie auch schnell einsahen (es sei denn, sie kamen aus der bürgerlichen Klasse, solche ließen sich jedoch nicht in Diskussionen ein, sobald mehrere Menschen gegen sie argumen-

folgte; jede einzelne Parole wurde von den Menschen studiert, bei den Ansprachen blieben die Menschen meist bis zum Schluß und hörten zu. Das zeigt, daß mit dieser Demonstration die Interessen der breiten Bevölkerung zum Ausdruck gebracht worden sind. Viele Menschen meinten: 'Recht haben die ja'

Es waren zu Beginn der Demonstration einige ältere Menschen, auch Kollegen anwesend, die jedoch zögerten mitzugehen, "weil zu wenige dawaren".

Während der Demonstration wurden Flugblätter (Aufruf) verteilt und KVZ verkauft und mit der Bevölkerung diskutiert. Zum Abschluß der Demonstration wurde eine längere Kundgebung gehalten, zu der die KSG einen Redebeitrag hielt und auch die Ortsaufbaugruppe Wiesbaden. Ein persischer Genosse gab eine Stellungnahme ab zu dem Verbot der Demonstration in Köln."

Heidelberg:



Heidelberg: In der Stadthalle zeigten eine Reihe von Zellen und Genossen die Breite der Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates.

An der Demonstration nahmen rund 800 Menschen teil. Die Demonstration war durch Agitationstrupps in der Stadt mit Flugblättern und Megaphon, durch KVZ-Verkauf und Betriebszeitungen vorbereitet worden. Die Genossen kritisieren, daß die Agitation zur Vorbereitung der Demonstration noch zu wenig konkret war und führen darauf die Tatsache zurück, daß es nicht gelungen ist, in großem Umfang nicht-organisierte Menschen für die Teilnahme an der Demonstration zu gewinnen. Im Anschluß an die Demonstration wurde eine Veranstaltung in der Stadthalle, im größten Saal der Stadt, durchgeführt. Zu der Veranstaltung im vollen Saal schreiben die Genossen:

"Die Veranstaltung war erfolgreich, weil eine Reihe von Zellen und einzelne Genossen Beiträge vorbereitet hatten, in denen die Breite und der umfassende Charakter der Notstandsmaßnahmen deutlich wurde und in denen politische Schritte dagegen angegeben wurden. (. . .) Insgesamt ist es mit dieser Demonstration und vor allem mit der abschließenden Veranstaltung gelungen, die Menschen, die teilgenommen haben, auf den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse auszurichten und in der Stadt und in den Betrieben die Voraussetzungen für eine breite Entfaltung unserer Agitation und Propaganda und unserer organisatorischen Arbeit im Kampf gegen die Krisenmaßnahmen zu schaffen. Die Demonstration war die erste große Aktion gegen die neuen Notstandsmaßnahmen, trotz der Schwächen ihrer Vorbereitung hat sie eine politische Orientierung für die nächsten Schritte gegeben."

Mannheim:

Nachdem die Ortsgruppe von der Richtigkeit einer Demonstration gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie überzeugt war, wurde die Demonstration intensiv vorbereitet. An der Demonstration nahmen rund 350 Menschen teil. Die Genossen schreiben:

"Die Demonstration war nur ein Ausgangspunkt und nicht der Endpunkt unserer Agitation und Propaganda. Die Ortsleitung hält die Demonstration für einen Erfolg. In der Vorbereitung und Durchführung konnten wir viele Menschen ansprechen und zeigen, daß gerade jetzt der Kampf geführt werden muß. (. . .) Wie war die Reaktion der Passanten? Man konnte feststellen, daß im Gegensatz etwa zur Chiledemonstration der größte Teil der Passanten beim Auftauchen der Demonstration stehenblieb, die Transparente las und besonders bei den Zwischenkundgebungen sehr aufmerksam zuhörte. Neben Einzelreaktionen wie 'Jetzt haben sie wieder was' oder 'Geht doch nach drüben' konnte man vor allem bei den Zwischenkundgebungen eine positive Wirkung feststellen. Dieselbe Erscheinung in den Gesprächen: großes Interesse, aber gleichzeitig noch eine große Ratlosigkeit. Und dort, wo wir das größte Interesse weckten, in der Frage der Preissteigerungen, dem Sonntagsfahrverbot und den staatlichen Steuermaßnahmen war gleichzeitig am deutlichsten die noch vorhandene Ratlosigkeit vorhanden. Viele Menschen wissen nicht, was dagegen zu tun ist, und es ist unsere Aufgabe, ihnen die Kampfperspektive zu zeigen, sie aus der Resignation und Ratlosigkeit zu holen. Es zeigte sich in den Diskussionen, daß Unklarheiten zum Teil sehr schnell beseitigt werden konnten. Diese gibt es aber sehr oft auch bei den Genossen selber. Deshalb muß jede Zelle eine Diskussion über die Demonstration, die KVZ-Artikel und die Weiterarbeit ansetzen. Die Zellenleiter müssen sie vorbereiten und in den Zellen, bzw. auch in den Massenorganisationen Klarheit schaffen. Die Hebel zur Weiterarbeit, die Risse in den einzelnen Bereichen, an denen wir ansetzen müssen, sind: Runterschrauben der Heizung im Betrieb, Gastarbeiterstopp, Araberhetze, Zwangsurlaub, Zwangsferien in Schule und eventuell Uni, weitere Preistreiberei, verschärfte Maßnahmen im Januar, wie sie gegenwärtig angekündigt werden. Die Bevölkerung wird immer klarer erkennen: Das Sonntagsfahrverbot ist keine Spielerei, sondern die Empörung wird ständig wachsen und wir müssen ihr die richtige Stoßrichtung geben. Das gilt insbesondere für den Lohnkampf. Im Augenblick läuft ein Scheinkampf zwischen Gewerkschaftsführung und der Bundesregierung, weil die Gewerkschaftsführung berechtigte Angst hat, ihren Einfluß weiter zu verlieren.

Die SPD/FDP-Regierung muß bei Strafe ihres Machtverlustes die Krisenentwicklung dämpfen. Diese Auseinandersetzung gilt es zu entlarven und ihr den selbständigen Kampf der Arbeiterklasse gegenüberzustellen. Wenn das den Kollegen jetzt noch nicht immer klar ist, so liegt hier unsere Aufgabe. Die linearen Forderungen müssen weiterhin verankert werden. 15 % sind der erste Schritt in die Niederlage, die sogenannte Energiekrise ist der Rahmen dazu (schon jetzt heißt es 15 %, auf gar keinen Fall aber unter 10 %)."

Wiesloch:

Die junge und noch schwache Ortsaufbaugruppe hatte zunächst für die Demonstration in Heidelberg mobilisieren wollen, sich dann aber vom Ständigen Ausschuß davon überzeugen lassen, daß es richtig ist, in Wiesloch selber eine Demonstration durchzuführen. An der Demonstration nahmen rund 70 Menschen teil. Die Genossen schreiben:

"Relativ viele Menschen verfolgten die Demonstration und die Abschlußkundgebung mit großem Interesse am Straßenrand. Bereits am Freitag und am Samstagvormittag kamen beim Verteilen des Aufrufs und beim KVZ-Verkauf in Wiesloch und Walldorf sehr viele gute Einzelgespräche mit Passanten zustande.

Zwei Erfolge hat die Vorbereitung und die Durchführung der Demonstration in Wiesloch mit sich gebracht: 1. haben wir gesehen und dem werktätigen Volk am Ort gezeigt, daß Demonstrationen in Wiesloch zu solch konkreten Anlässen möglich und notwendig sind und wir sind dabei mit der Verankerung des kommunistischen Kampfprogramms am Ort einen Schritt weitergekommen. 2. haben alle Genossen gesehen, daß auch solch schwierige Aufgaben durch planmäßiges Vorgehen – trotz der kurzen Vorbereitungszeit und einiger immer noch vorhandenen Fehler und Schwächen – zu bewältigen sind. Dadurch wurde die politische Vereinheitlichung und Selbständigkeit unserer Ortsgruppe und der Kommunistischen Arbeiterjugend- und der Kommunistischen Schüler-Ortsgruppen ganz deutlich gestärkt und vorangetrieben. (. . .) Am kommenden Samstag werden wir die Aktionen gegen die Notstandsmaßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates mit einem Informationsstand, Arbeiter-Zeitung Extras und Agitationstrupps in der Stadt fortsetzen."

Paderborn:

Die Kommunistische Arbeiterinitiative (KAI) – eine KBW-Sympathisantengruppe – richtete zusammen mit Genossen des Kommunistischen Studentenbundes (KSB) und des Initiativkomitees/Kommunistische Schülergruppe in der Paderborner Innenstadt einen Informationsstand über die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates ein, verteilte dazu Flugblätter und verkaufte die KVZ.

"Wir führten in mehreren Diskussionsgruppen gute Gespräche mit der Bevölkerung, in denen wir unseren Standpunkt klarmachten. Gerade einige ältere Rentner, die früher mit der KPD sympathisiert hatten, stimmten uns darin zu, daß die Maßnahmen der Bourgeoisie angesichts der Energiekrise sich wieder gegen die Arbeiterklasse und das Volk richten. Wir konnten die letzten KVZ-Exemplare (ca. 15 Stück) verkaufen. Dafür, daß es sich hier um das erste öffentliche Auftreten der KAI in der Stadt handelte, war es erfolgreich.

Allerdings wurden gerade angesichts dieser Aktion auch einige grundlegende Fehler in der Organisation aufgedeckt. So wurde uns durch das Verhalten einiger Studenten-Genossen, die die Sache für Paderborn nicht relevant hielten, die Wichtigkeit des Berichtes des Sekretärs des Ständigen Ausschusses des KBW in der KVZ Nr. 5 einmal mehr deutlich, sodaß demnächst ein gründlicher Kritik-Selbstkritik-Prozeß in der Organisation eingeleitet wird.

Freiburg:

Es ist der Ortsleitung nicht gelungen, die Ortsgruppe und vor allem die örtlichen Massenorganisationen politisch und organisatorisch auf die Vorbereitung und Durchführung der Demonstration auszurichten. An der Demonstration nahmen rund 350 Menschen teil. Die Ortsleitung schreibt:

"Rund zwei Drittel der Teilnehmer waren in der Ortsgruppe und den örtlichen Massenorganisationen organisierte Kommunisten, im übrigen wesentlich Studenten und Schüler, fünf ältere Kollegen. Nur rund zwei Drittel der in Freiburg in kommunistischen Organisationen organisierte Menschen nahmen an der Demonstration teil, was zeigt, daß es uns noch nicht einmal gelang, die kommunistischen Organisationen geschlossen in die Demonstration zu führen. Die Demonstration selbst und die Kundgebung waren keine kämpferischen Veranstaltungen, sie waren nicht Beginn eines umfassenden Gegenangriffs auf die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates, sondern Ausdruck der falschen Linie, mit der die Demonstration Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates, sondern Ausdruck der falschen Linie, mit der die Demonstration von der Ortsleitung, den Zellen und den Massenorganisationen angegangen wurde. Worin bestand diese falsche Linie? Darin, daß der Charakter der Demonstration in vielen Städten der BRD und in Westberlin als wirkliche Einleitung eines umfassenden **Gegenangriffs** auf die verschärften politischen und ökonomischen Angriffe der Kapitalistenklasse und ihres Staates nicht verstanden und damit auch die entscheidende Bedeutung der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration für unsere weitere Arbeit und die richtige Führung des Klassenkampfes völlig verkannt wurde."

Die Ortsleitung und die ganze Ortsgruppe ist jetzt daran gegangen, die aufgetretenen politischen Fehler zu bekämpfen und zu überwinden und führt eine Agitationskampagne mit Informationsständen in der Stadt durch.



Freiburg: Den Gegenangriff auf die Angriffe der Kapitalistenklasse eröffnen!

Westberlin:

In Westberlin rief die neugegründete Kommunistische Gruppe Westberlin und die Kommunistische Hochschulgruppe Westberlin zu einer Demonstration auf. An der Demonstration nahmen zunächst 120, später rund 200 Menschen teil. Sowohl bei der Vorbereitung der Demonstration als auch nach der Demonstration tauchten innerhalb der Kommunistischen Gruppe und in der örtlichen Studentenorganisation politische Differenzen auf, wobei ein Teil der Genossen die Durchführung der Demonstration für einen "links"-radikalen Fehler und Ausdruck einer linken Abweichung hielt. In der Praxis lief diese Auseinandersetzung auf die Behinderung der Vorbereitung der Demonstration hinaus. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen wird dieser Linienkampf in der Kommunistischen Gruppe aber zweifellos eine Stärkung der Organisation und ihre entschlossene Ausrichtung auf den Klassenkampf zur Folge haben. Deshalb ist diese Auseinandersetzung in der Kommunistischen Gruppe, genauso wie in einzelnen Ortsgruppen des KBW, gut und nicht schlecht. Diese Auseinandersetzungen sind auf dem Weg zum Aufbau einer Vorhutorganisation der Arbeiterklasse ganz unvermeidlich und im Kampf gegen die falsche Linie festigt sich die richtige Linie. In einer ersten Einschätzung der Demonstration schreiben uns die Westberliner Genossen:

"Das Bewußtsein der politischen Krisenentwicklung hat die breiten Massen erfaßt und in Bewegung gebracht, das drückte sich aus in einer Diskussionsbereitschaft und Informationshunger wie seit Jahren nicht mehr. Am Kudamm und an anderen zentralen Punkten der Stadt bildeten sich Diskussiongruppen, verwandelte sich an manchen Tagen, besonders an den Sonntagen, der ganze Platz in eine Diskussionsgruppe. Ausgangspunkt der Diskussionen war zumeist die wirtschaftliche und soziale Verschlechterung der Lage des Volkes durch die beginnende Krise: Entlassungen, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen, Heizölverknappung usw. Wer der Urheber der Krise ist und der wahre "Verdiener", darüber brauchte zumeist nicht lange diskutiert zu werden, daß man "was tun müßte, aber wie? ", das stand viel im Mittelpunkt, wo wir auch meist in den Diskussionen nicht weiter kamen, als auf die Tarifrunde zu verweisen oder auf die gesamte Untauglichkeit des Systems.

Aber auf diesen Punkten blieben die Diskussionen nicht stehen, viele endeten bei der Frage nach dem Sozialismus, den miserablen Erfahrungen mit der DDR und daß China so weit sei, daß man das gar nicht kontrollieren könne. Gerade die Diskussionen an diesem Punkt zeigten, daß der Traum um den Sozialismus und der Drang nach der umfassenden Umwälzung der bestehenden Gesellschaft in den Massen groß ist, der Traum und die Vorstellungen zumeist aber einen "friedlichen Weg" mit den Kapitalisten zusammen zum Sozialismus beinhalten.

Weiterhin wurde viel über die gesellschaftliche Stellung, die Rechte des "kleinen Mannes" diskutiert.

Zerbrochen und manchmal sogar bis in Prügeleien geendet sind die Diskussionen über die Stellung Israels. Menschen, die fünf Minuten vorher noch klar sich gegen den Imperialismus und für die Umwälzung der bestehenden Gesellschaft ausgesprochen haben, bewunderten nun das kleine Israel, den "kleinen David", die alles aus eigener Kraft aufgebaut haben und wenigstens "fest zusammenhalten, was ja bei uns nicht der Fall ist, weil die Regierung uns dauernd in den Rücken fällt."

Die eine Stellwand, die wir hatten, wurde begrüßt: Viele meinten 'Ich bin wohl kein Kommunist und auch nicht für sie, aber was drauf steht, ist richtig und auch meine Meinung.' Daß die Durchführung der Demonstration richtig war, zeigte, daß über 60 sich mit in den Zug einreihten während der Demonstration und wir einige direkt gewinnen konnten (Kontaktgespräche vereinbart, um zu bereden was zu tun sei), weiter daß einige Kollegen direkt bewußt zur Demonstration gekommen sind, und einer, zumindest ein alter KPD-ler, unseren Genossen, die sich mit den Aufrufen verdrückten, die Aufrufe aus der Hand nahm und während der ganzen Demonstration am Straßenrand verteilte.

Natürlich wurde uns der 'deutsche Gruß' einige Male gezeigt, besonders von Beamten und Geschäftsführern und ähnlichem, aber das war nicht so wichtig, daß die Massen an der Straße anfingen zu diskutieren darüber und den Kurzbeiträgen genau zuhörten, war viel wichtiger. Wichtig war nicht, daß der Bourgeois und seine Leibhuren das alles zum Lachen und ergötzlich fanden auf dem Kudamm, viel wichtiger war, daß eine Hausfrau und andere am Straßenrand hupende Mercedesfahrer aufforderten, aufzuhören, weil die was richtiges sagen. Wichtig ist, daß Kollegen, die die Demonstration vom Straßenrand sahen, später meinten, 'klein aber rein und richtig'."

München:

Die auf der Linie des KBW gegründete Kommunistische Gruppe München führte am Samstag, dem 8. Dezember, an zwei Stellen in der Stadt mit Hilfe von Informationsständen und Megaphonen eine Aufklärungskampagne durch. Besonders am Stachus machte die Gruppe dabei gute Erfahrungen:

"Am Stachus waren wir von 10 bis 15.30 Uhr (bis 14 Uhr hatte man uns bewilligt). Bei Megaphondurchsagen blieben teilweise immer ca. 250 Menschen stehen, sodaß der Eingang zur Fußgängerzone öfters blockiert wurde. Während der ganzen Zeit waren immer Menschen vor unserer Wandtafel (Wem nutzt die Araberhetze? , Notstandsmaßnahmen, Energiekrise, Kurzarbeit, Bilder, Statistiken, Verbot der Demonstration in Köln usw.). Wir waren nie allein am Stand, immer mehrere Diskussionsgruppen, manchmal bis zu 20 Menschen, wo unsere Genossen immer die Initiative hatten, und auch kleinere Gruppen von 4 bis 10 Mann. Insgesamt waren im Dauerzustand um unseren Stand ca. 100 Menschen. Hier wurden ca. 65 KVZ und 10 Programme verkauft. Wir halten diese Art von Agitation und Propaganda für ein wesentliches Instrument in der jetzigen Situation, unsere Propaganda in die Massen zu tragen. Allein mit dem Stachusstand wurden von uns bestimmt mehr als 1 000 Menschen wirklich angesprochen. (Das ist aber eine Zahl, die schlecht zu schätzen ist, vor allen Dingen, weil ein dauernder Wechsel der Diskussionsteilnehmer stattfand und es ja über 5 Stunden ging.) Solche Aktionen werden von uns immer zur verstärkten Betriebsarbeit stattfinden müssen, die aber unbedingt Vorzug hat."



München: Viele Menschen diskutierten am Stachus-Stand.

Karlsruhe:

Obwohl die Ortsaufbaugruppe erst vor kurzem gegründet worden ist und noch sehr klein ist, ging sie zusammen mit der örtlichen Studenten- und der örtlichen Schülerorganisation mutig an die Vorbereitung und Durchführung einer Demonstration in Karlsruhe. Die Ortsaufbaugruppe hat auch eine Veranstaltung durchgeführt. An der Demonstration nahmen rund 120 Menschen teil, darunter auch rund 30 Anhänger der Gruppe Rote Fahne (KPD).

Hier wie in Kassel hatten sie eine Aktionseinheit mit unseren Genossen gebildet. Die Demonstration fand große Aufmerksamkeit und positives Interesse bei den Passanten. Die Genossen gehen davon aus, daß die Vorbereitung und Durchführung der Demonstration die Arbeit der Ortsaufbaugruppe und ihre Verankerung in den Massen vorangebracht hat. Widerstand gegen die Demonstration hatte es in der örtlichen Studenten- und der örtlichen Schülerorganisation gegeben.

Stuttgart:

In Stuttgart führte die Ortsgruppe Waiblingen (Vorort von Stuttgart) in der Innenstadt mit Hilfe von Informationsständen und Megaphon Agitation durch. Zeitweise sammelten sich um die Stände bis zu 80 Menschen. Es bildeten sich Diskussionsgruppen.

In weiteren Städten der Bundesrepublik, in denen Kommunisten auf der Linie des Kommunistischen Bundes Westdeutschland arbeiten, wurden Informationsstände aufgebaut, Flugblätter verteilt und KVZ verkauft und die Notstandsmaßnahmen der SPD/FDP-Regierung entlarvt.

Demonstration die Arbeit der Ortsaufbaugruppe und ihre Verankerung in den Mas-
aufgebaut, Flugblätter verteilt und KVZ verkauft und die Notstandsmaßnahmen der SPD/FDP-Regierung entlarvt.

Natürlich kann es niemals das Ziel der Kommunisten sein, zwar recht zu haben, gleichzeitig aber "klein und rein" zu sein. In bestimmten Situationen dürfen sich aber die Kommunisten nicht scheuen, auf die Straße zu gehen und ihre Parolen hochzuhalten, auch wenn die Massen diese Parolen noch nicht aktiv unterstützen. Was sind das für Situationen?

Das sind Situationen, in denen die Massen in Bewegung kommen und sich der Kampf zwischen den Kommunisten und den bürgerlichen Parteien um die Meinung der Massen verschärft, in denen die Kommunisten zwar schon unbedingt mit der Aufmerksamkeit und dem Interesse der Massen rechnen können, aber noch nicht die politische Führung eines entscheidenden Teils der Massen erlangt haben. Wenn sich die Kommunisten in einer solchen Situation nicht offen hervorwagen, sondern unter Hinweis auf ihre Schwäche sich in den Massen verborgen halten wollen, dann überlassen sie der Bourgeoisie das Feld, obwohl die Möglichkeiten, die Massen in einer solchen Situation zu gewinnen, ganz ausgezeichnet sind.

Jede kommunistische Organisation und jede Revolution entwickelt sich von klein zu groß und keine kommunistische Organisation kann groß anfangen. Groß sind zunächst immer die Kräfte der Bourgeoisie und der Konterrevolution, die sich von groß zu klein entwickeln, also gerade umgekehrt wie die Kräfte des Kommunismus und der proletarischen Revolution.

Gegenwärtig haben wir eine Situation der Spannung, die sich im Meinungskampf unter den Massen ganz deutlich widerspiegelt. Diese Spannung entwickelt sich zwischen dem Pol der Bourgeoisie und dem Pol des Proletariats. Gleichzeitig geht der Zustand der relativen Ruhe, der lange die Klassenkampfsituation gekennzeichnet hat, in einen Zustand der raschen Veränderung über. Dies ist eine Situation, in der die Kommunisten allen Grund haben, kühn hervorzutreten. Natürlich stellen sich auch in einer solchen Situation die Erfolge nicht rasch ein. Noch beobachten und untersuchen die Massen die verschiedenen politischen Kräfte, die das Kampffeld betreten, noch haben sie sich nicht in großem Umfang entschieden.

Das kann aber niemals ein Grund sein für die Kommunisten, sich nicht mit dem Aufruf zum Kampf an die Massen zu wenden, wenn sie sich tatsächlich auf die Interessen der Massen stützen und nicht irgendwelche anderen Fragen in den Vordergrund stellen. Aus dieser Einschätzung heraus hat der Ständige Ausschuß sowohl die politische Stoßrichtung unseres Auftretens gegen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates festgelegt als auch die Form unseres offenen, demonstrativen Auftretens. Die Organisation hat Schwierigkeiten gehabt, sich rasch auf die gegenwärtigen Aufgaben einzustellen und die Leitung des KBW hat selbst bei dieser Ausrichtung gezögert.

Im großen und ganzen hat sich jedoch gezeigt, daß die Organisation in der Lage ist, geschlossen auf der richtigen Linie anzutreten und den Massen voranzuschreiten, wie es die Pflicht der Kommunisten und ihrer Organisation ist. Viele Fehler haben sich deutlich gezeigt und viele Differenzen sind offen ausgebrochen. Daß sich die Fehler zeigen und die Differenzen aufbrechen, ist die Voraussetzung für die Überwindung der Fehler und für die Herstellung der Einheit in einer kommunistischen Organisation.

Schreiten wir auf dem eingeschlagenen Weg weiter!

Kampf den Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie!

Vorwärts im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse!

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

–J.S.–

AUS DER ORGANISATION

Linienkampf in Bremen

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER ORTSGRUPPE BREMEN SCHLIESST RECHTE LIQUIDATORENFRAKTION AUS

Auf Empfehlung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung hat die Leitung der Ortsgruppe Bremen 19 Mitglieder bzw. Kandidaten des KBW ausgeschlossen. Zwei weitere Mitglieder verließen mit den Ausgeschlossenen die Organisation. Die ausgeschlossenen Mitglieder, in ihrem Kern Angehörige der ehemaligen Ortsgruppe der Gruppe Rote Fahne (KPD/ML) in Bremen, waren hervorgetreten mit einer "Plattform der kommunistischen Fraktion im 'Kommunistischen' Bund Westdeutschland", die in der Losung mündete: "Zerschlagt den KBW als Agentur des Klassenfeindes!" Vorgenommen hat sich die Fraktion, sich "organisiert mit der Linie der KPD/ML, die in der Tradition der kommunistischen und Arbeiterbewegung" stehe, auseinanderzusetzen.

GEWALTMYSTIK ...

Um ihren fraktionellen und liquidatorischen Angriff gegen den KBW führen zu können, sah sich die Fraktion zur direkten Revision des Marxismus-Leninismus und zur offenen Fälschung der Klassiker gezwungen. Gegen die korrekte Bestimmung der proletarischen Diktatur als "**Erprobung der politischen Macht durch das Proletariat und ihre Ausübung in einer solchen Form, die es ihm (dem Proletariat) ermöglicht, auf der Basis umfassender und direkter Demokratie für die arbeitenden Massen den Widerstand der Ausbeuter bei der Vollendung der sozialen Revolution zu brechen**" (Programm des KBW, S. 18) stellte die Liquidatorenfraktion die Behauptung: "Das ist eine schmutzige Revision des Marxismus-Leninismus... Die Diktatur stützt sich einzig und allein auf die Macht der Gewalt." Das klingt "links" und entschlossen revolutionär. In Wirklichkeit bedeutet es die Revision des Marxismus-Leninismus in Richtung auf eine faschistische Gewaltmystik. Geleugnet wird Lenins Erkenntnis über die Form der proletarischen Diktatur, die er in "Staat und Revolution" in folgender Weise darlegt: "**Die mit dieser denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat** (= einer besonderen Gewalt zur Un**terdrück**ung einer bestimmten Klasse) in **etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist. Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und** ihren Widerstand niederzuhal**ten... Aber das** Unterdrückende Organ ist **hier schon die Mehrheit** und nicht, wie bis**her immer ...** die Minderheit der Bevölke**rung. Wenn aber die Mehrheit des Volkes selbst ihre Bedrücker** unterdrückt, so ist ei**ne** 'besondere Repressionsgewalt' schon **nicht mehr** nötig! In diesem Sinne **beginnt der Staat abzusterben.**" (Lenin, Bd. 25, S. 432).

Gewaltmystik ist auch kennzeichnend für die Position der Fraktionisten zur Frage des bewaffneten Aufstandes. Das Programm des KBW führt dazu aus: "**Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen.**" Die Liquidatoren halten die Verwendung des Wörtchens "solange" für eine Revision des Marxismus-Leninismus, weil es die Möglichkeit offenlasse, daß die Bourgeoisie auch einmal nicht über bewaffnete Formationen verfüge und deshalb Zweifel an der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes aufkommen könnten. Man fragt sich, wie die Liquidatoren eigentlich auf den Gedanken von der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes gekommen sind: Offenbar nicht, indem sie sich die Bedingungen der proletarischen Revolution mit Hilfe des Marxismus-Leninismus deutlich gemacht haben! Sonst könnten sie nicht die Anführung dieser Bedingungen für einen Anlaß zum Zweifel halten. Noch immer ist es so gewesen, daß die Darlegung der konkreten Bedingungen, warum das Proletariat in seinem Befreiungskampf zu den Waffen greifen muß, die beste Möglichkeit war, auch Menschen, die noch keine Kommunisten sind, von der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes zu überzeugen. Die Menschen wollen nicht die Gewalt. Auf die Notwendigkeit zur Anwendung von Gewalt kann überhaupt nicht überzeugender vorbereitet werden, als wenn die konkreten historischen Umstände herausgearbeitet werden, welche die Arbeiterklasse zur Anwendung von Waffengewalt in ihrem Befreiungskampf zwingen. Das tut unser Programm. Es geht mit Mao Tse-tung davon aus: "**Wenn es nach unserem Wunsch ginge, würden wir keinen einzigen Tag Krieg führen. Aber wenn uns die Umstände zwingen, können wir bis zum Ende kämpfen.**" (Rotes Buch, S. 100). Bei den Fraktionisten, welche die Anerkennung der Gewalt ohne die Bestimmung der historischen Bedingungen wollen, welche sie notwendig macht, ist es gerade umgekehrt: Sie gehen aus vom Wunsch nach Gewalt, während sie gleichzeitig die Teilnahme am praktischen Kampf verleugnen und eine liquidatorische Position beziehen. Es sind Revolutionsmystiker, die in allen Fragen des praktischen Kampfes rechte Positionen beziehen.

...UND RECHTE POSITIONEN IN DER BÜNDNISFRAGE

Rechte Positionen beziehen sie in der Frage der Bündnispolitik, wo sie fordern, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu schließen. Damit leugnen sie, daß die Revolution in Westdeutschland auch auf dem Land sozialistische Aufgaben hat, weswegen es nicht darum gehen kann, die Bauernschaft (also einschließlich der Großbauern) zu gewinnen. Das Programm des KBW enthält demgegenüber richtig fest, daß das westdeutsche Proletariat die Kleinbauern für die sozialistische Revolution gewinnen wird.

STALIN WIRD ZUM URAHN DES CHRUSTSCHOWSCHEN REVISIONISMUS VERFÄLSCHT

Rechte Positionen beziehen sie in der Frage des **Friedenskampfes**, wo sie dem Programm vorwerfen, es gehe "von der Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege aus". Um ihre Theorie von der prinzipiellen Vermeidbarkeit imperialistischer Kriege zu "beweisen" und der Leninschen Imperialismustheorie den Zahn zu ziehen, sind die Liquidatoren gezwungen, zur direkten Fälschung Stalins zu greifen. Zwar zitieren sie Stalin, der sagte: "Um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zu beseitigen, muß man den Imperialismus vernichten.", behaupten aber, das treffe nur für gerechte Kriege zu. Eine solche Narrenidee ist den Klassikern des Marxismus-Leninismus noch selten unterstellt worden wie die von den nur gerechten Kriegen, also von Kriegen, in denen **beide** Seiten einen gerechten Krieg führen. Führt aber die eine Seite einen ungerechten Krieg gegen die gerechten Bestrebungen der anderen Seite, so muß man festhalten, daß offenbar auch ungerechte Kriege unvermeidlich sind. Aber nicht nur davon spricht Stalin an der angeführten Stelle. Er spricht von Raubkriegen zwischen den imperialistischen Mächten, von Kriegen also, die auf beiden Seiten ungerechte Kriege sind und erklärt, daß die "gegenwärtige Friedensbewegung" (1952) zwar "einen **bestimmten** Krieg" verhindern könne: "Aber dennoch genügt es nicht, um die Unvermeidlichkeit von Kriegen **zwischen den kapitalistischen Ländern** überhaupt zu beseitigen" (Ökonomische Probleme des Sozialismus, Dietz 1952, Nachdruck 1972). Diese Theorie von der Unvermeidlichkeit innerimperialistischer Kriege, die Stalin gegen die damals schon aufkommenden Chrustschowianer verteidigte, genau diese Theorie versuchen die Liquidatoren heute zu leugnen. Dabei sind sie natürlich gezwungen, Stalin bis zur völligen Unkenntlichkeit zurechtzufälschen und zum Urahn ihres Revisionismus zu machen.

Daß ausgerechnet solche völlig gewissenlosen Fälscher Stalins den KBW als trotzkistisch bezeichnen, wirft ein Licht auf den Charakter ihres Angriffs.

BÜRGERLICHE POSITIONEN IN DER NATIONALEN FRAGE

Rechte Positionen beziehen die Liqudatoren und Stalin-Fälscher auch in der Frage der Nation. Nicht für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation treten sie ein und zeigen auf, daß erst mit der Niederwerfung der westdeutschen Bourgeoisie und der neuen Bourgeoisie in der DDR die Arbeiterklasse und das Volk dieses Recht werden wahrnehmen können. Gegen diese Position unseres Programms treten sie auf, indem sie Stalin zitieren und erklären, daß die nationale Frage im Imperialismus zu einer Weltfrage geworden sei. Aber auch hier verfälschen sie Stalin und Lenin völlig. Sie haben nicht begriffen, daß der Imperialismus die nationale Frage gerade deshalb zu einer Weltfrage gemacht hat, weil er den Widerspruch zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen im Weltmaßstab hervorgebracht hat. Wer aber unter Bedingungen des Imperialismus davon redet, den "nationalen Kampf" führen zu wollen ohne Stellungnahme zu der Frage, ob die Nation, für die er kämpft, eine unterdrückende oder eine unterdrückte ist, der verläßt den Boden des Marxismus-Leninismus und betritt den des bürgerlichen Chauvinismus. Genau das ist bei der Fraktionsplattform der Fall. Gegen unser Programm, das die Möglichkeit zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation an die Erkämpfung der proletarischen Diktatur bindet, lehren sie die Kleinbürgervorstellung, daß "**durch den Kampf um die Nation patriotische Kräfte als Verbündete des Proletariats zu mobilisieren**" seien und daß man "die dialektische Einheit von nationalem und Klassenkampf" nicht zerreißen dürfe. Wer diese "patriotischen Kräfte" sind, die im "nationalen Kampf" gewonnen werden sollen für die Sache des Proletariats, darüber schweigen sich die Liquidatoren wohlweislich aus. Zugeben müßten sie sonst, daß sie darauf hoffen, Teile der imperialistischen Bourgeoisie für den "nationalen Kampf" gewinnen zu können. In Wirklichkeit verhalt es sich allerdings so, daß die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie in Gestalt der Liquidatoren und der Strömung, die sie verkörpern, objektiv Förderer ihrer expansiven Politik gegenüber der DDR und ihrer Selbständigkeitsbestrebungen gegenüber dem US-Imperialismus gewonnen hat.

IMPERIALISTISCHER ÖKONOMISMUS: DIE LIQUIDATOREN LEUGNEN DIE POLITISCHEN AUFGABEN DES PROLETARIATS

Völliges Unverständnis aber legt die rechte Liquidatorenfraktion gegenüber den politischen Aufgaben des Proletariats an den Tag. Sie weisen die Festlegung zurück, daß der demokratische Kampf "zentrales Kettenglied" bei der Vorbereitung des Proletariats auf den Sturz der Bourgeoisie sei und erklären: "Diese Feststellung ist falsch. Begründung: Der demokratische Kampf ist 'zentrales Kettenglied' in der Periode der bürgerlichen Revolution... Heute aber befinden wir uns in der Periode der sozialistischen Revolution. Unsere Revolution ist ein Bestandteil dieser sozialistischen Refolution. Sie entwickelt sich darüberhinaus in Westdeutschland unter den Bedingungen der Diktatur der Bourgeoisie. Kann da der demokratische Kampf entscheidendes Kettenglied sein? Nein, das kann er nicht. Denn das würde bedeuten, auf der Stufe der bürgerlichen Republik stehenzubleiben." Der Kampf um politische Demokratie soll also deshalb weniger wichtig sein, weil der Inhalt der Revolution jetzt sozialistisch ist, und nicht mehr burgerlich. Die Liquidatoren hätten dann auch gleich sagen können, daß es nicht mehr Aufgabe der Arbeiterklasse ist, das gesamte unterdrückte Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen. Der Zusammenschluß des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse und gegen den bürgerlichen Staat, die Organisierung also der Volksrevolution, das ist nur unter demokratischen Forderungen, im Kampf erst um Rechte und schließlich um die Macht möglich. Die Leugnung des demokratischen Kampfes als zentralem Kettenglied ist den Liquidatoren gemeinsam mit den von Lenin bekämpften "imperialistischen Ökonomisten". "**Der Imperialismus hat gesiegt – deshalb braucht man über die Fragen der politischen Demokratie nicht nachzudenken,**" – das ist das Glaubensbekenntnis der imperialistischen Ökonomisten damals wie heute (Lenin, Bd. 23, S. 19). Lenin hatte während des 1. Weltkrieges darauf hingewiesen: "**Jetzt ist ein neuer 'Ökonomismus' im Entstehen begriffen, der in seiner Argumentation zwei analoge (zum Ökonomismus von 1902) Saltos vollführt: 'nach rechts' – wir sind gegen das Recht auf Selbstbestimmung... 'Nach links' – wir sind gegen das Minimalprogramm (d. h. gegen den Kampf für Reformen und Demokratie), denn das 'widerspricht' der sozialistischen Revolution.**" (S. 1) Lenin nennt als "Kern des Mißgeschicks" der neuen, imperialistischen Ökonomisten: Sie können "**sich nicht darüber klar werden, wie der zur Tatsache gewordene Imperialismus mit dem Kampf für Reformen und mit dem Kampf für Demokratie in Verbindung zu bringen ist, genauso wie der 'Ökonomismus' seligen Angedenkens es nicht verstand, den zur Tatsache gewordenen Kapitalismus mit dem Kampf für Demokratie in Verbindung zu bringen. Daher die vollständige Konfusion in der Frage der 'Unrealisierbarkeit' demokratischer Forderungen im Imperialismus**" (S. 4).

Wir können in Bezug auf die Liquidatorenplattform hinzufügen: Ihre Anhänger haben nicht begriffen, daß der demokratische Kampf für die Arbeiterklasse **noch nie** ein selbständiger Zweck war, sondern immer nur Mittel.
Das war auch in der bürgerlichen Etappe der Revolution nicht anders. Oder wie Engels es schreibt: "**Auch das Proletariat braucht zur Besitzergreifung der politischen Gewalt demokratische Formen, sie sind ihm aber, wie alle Formen, nur Mittel. Will man die Demokratie als Zweck, so muß man sich auf Bauern und Kleinbürger stützten, d. h. auf Klassen, die am Untergehen und gegenüber dem Proletariat, sobald sie sich künstlich erhalten wollen, reaktionär sind.**" (Brief vom 24.3.1884 an Bernstein).
Wenn die Liquidatoren und mit ihnen zahlreiche andere imperialistische Ökonomisten behaupten, in der burgerlichen Revolution sie der Kampf um Demokratie zentrales Kettenglied gewesen, in der proletarischen aber nicht mehr, so sagen sie in Wahrheit: In der bürgerlichen Revolution mußte sich das Proletariat dem Kleinbürgertum unterordnen. Und sie meinen zweitens: In der proletarischen Revolution ist der Kampf um demokratisch Formen überflüssig. Die Liquidatoren hätten dann auch gleich sagen können, daß die Arbeiterklasse gar keine politische Revolution mehr zu vollbringen habe.

Daß aber die Arbeiterklasse im Kampf demokratische Formen braucht, das weiß jeder Arbeiter, der auch nur einen einzigen Streik organisiert hat. Daß die Arbeiterklasse, um das revolutionäre Volk unter ihrer Führung zusammenzuschließen und zum Angriff auf die im Staat organisierte bürgerliche Klassenherrschaft führen zu können, ebenfalls demokratische Formen bedarf, das leugnet die Liquidatorenplattform. Sie steht fest auf dem Boden des imperialistischen Ökonomismus.

POLITISCHER KAMPF AUF ÖKONOMISCHEM BODEN

Und da nimmt es dann nicht wunder, daß die Liquidatorenplattform auch gegen die Formulierung des Programms angeht, in der es heißt, daß die Kommunisten bestrebt seien, "**den ökonomischen mit dem politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zusammenzufassen**" (S. 19). Was wenden die Liquidatoren dagegen ein? Die folgende alte Ökonomistenweisheit: "Die Partei hat andere Aufgaben: Sie hebt die ökonomischen Kämpfe auf ein politisches Niveau und erlangt so die Führung im Kampf".
Lenin wandte dagegen ein: "**So verbirgt sich hinter der pompösen Phrase 'dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen' (oder – wie es bei unseren Liquidatoren heißt – ihn auf ein politisches Niveau zu heben) die 'schrecklich' tiefgründig und revolutionär klingt, eigentlich nur das traditionelle Bestreben, die sozialdemokratische Politik zu einer trade-unionistischen Politik zu degradieren.**" (Was tun?, Bd. 5, S. 418).

Die politischen Aufgaben des Proletariats werden – wenn es den politischen Kampf nur auf dem Boden des wirtschaftlichen führen soll – eingeengt darauf, gesetzgebende und administrative Maßnahmen zur Regelung der Beziehungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu fordern. Also etwa: Für ein besseres Betriebsverfassungsgesetz einzutreten oder ein besseres Jugendarbeitsschutzgesetz. Wer leugnet, daß wirtschaftlicher und politischer Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zusammengefaßt werden müssen, der verleugnet die revolutionären Aufgaben des Proletariats; der geht davon aus, daß die Aufgabe der Zusammenfassung des Volkes gegen den bürgerlichen Staat mit dem Mittel der Demokratie nicht Aufgabe der Arbeiterklasse ist; der ist kein Revolutionär, sondern ein sprüchemachender Sektierer mit Ökonomistenideen im Kopf. Daß er seinen Abschied von der revolutionären Politik und seine Hinwendung zur bürgerlichen in der Form feuriger Liquidatorenreden vornimmt und nicht in der Form des Rückzuges auf den Posten eines Gewerkschaftssekretärs, ist dabei eine reine Temperamentsfrage.

DAS LIQUIDATORENTUM KANN SICH AUF DEN LIBERALISMUS IN DER ORTSGRUPPE STÜTZEN

Um Rückzug aus der revolutionären Politik und um nichts anderes handelt es sich bei der Liquidatorenfraktion.
Wer sich an 600 bis 700 in Bremen organisierte Kommunisten mit einer Plattform wendet, die als einzigen Vorschlag für die Tätigkeit dieser Genossen enthält: "Zerschlagt den KBW!", der hat offenbar nicht viel vor. Dann sagt die Plattform noch, was man nicht tun soll, nämlich Beiträge bezahlen und Zeitungen verkaufen. Positiv weiß die Plattform nicht viel: Schulung machen, den KBW kritisieren, sich 'organisiert mit der KPD/ML auseinandersetzen'. – **Hier** richtet sich ein Trüppchen in aller Ruhe darauf ein, fortan als Parasit an einer arbeitenden Organisation zu vegetieren. Das aber ist eben das Wesen des Liquidatorentums: Nicht einfach, daß eine bestimmte Organisation zerschlagen werden soll, sondern daß die Liquidatoren vorschlagen, die revolutionäre Tätigkeit unter den Massen aufzugeben. Es handelt sich um nichts anderes als um einen unter hohlen Phrasen vollzogenen Rückzug aus dem Klassenkampf. Daß dieser Rückzug gerade jetzt angetreten wird, ist dabei ebensowenig ein Zufall wie die Tatsache, daß der unter "linker" Garnierung erfolgt. Der Aufschwung der Arbeiterbewegung und die Linksentwicklung im Volk, sowie die sich rasch verschärfende Krise des westdeutschen Imperialismus, stellt die Kommunisten heute vor neue Aufgaben, auf die sie noch kaum vorbereitet sind. Diese Lage treibt zwangsläufig Rückzugsideen hervor.

Da aber der Aufschwung nicht zu leugnen ist, kann man vor den Aufgaben immer schwerer nur sich drücken, wenn man die Aufgaben selbst verleugnet, sondern man muß schon ein blutrotes Fähnchen schwenken, wenn man mit gusem Gewissen Schlußlicht bleiben will.

Daß es sich um genau diesen Zusammenhang handelt, um rechtes Liquidatorentum im Aufschwung der Arbeiterbewegung, das wurde auf der Mitgliederversammlung in Bremen deutlich, daß die liquidatorische Strömung sich stützen konnte auf eine breite liberale Strömung in der Ortsgruppe, die insbesondere in einigen Verteilerzellen und in der Lehrerzelle ihren Boden hat. Diese liberale Strömung ist dadurch gekennzeichnet, daß sie zu den politischen Kontroversen keinen bestimmten Standpunkt einnimmt, sich aber trotz des offen proklamierten und durchgeführten Bruchs der Organisationsdisziplin gegen einen Ausschluß der betreffenden Genossen wendet. Auf die liberale Idee, daß die Zusammenarbeit in einer Organisation möglich sei zwischen Leuten, die diese Organisation zerschlagen und solchen, die mit ihrer Hilfe arbeiten wollen, auf eine solche Idee können nur Leute kommen, die selbst nichts vorhaben. Leute, die in einer kommunistischen Organisation nicht mehr zu sehen vermögen als einen Verein zur Gewährleistung interessanter Debatten und der eigenen Ausbildung im wissenschaftlichen Sozialismus. Von solchen liberalen Gedanken und von Genossen, die an ihnen festhalten, wird die Ortsgruppe Bremen sich mit aller Entschiedenheit säubern müssen. Wie dringend eine solche Säuberung ist, das wurde offenbar angesichts einiger Vorfälle auf der Mitgliederversammlung und der Reaktion, die viele Genossen dazu an den Tag legten.

Die Mitgliederversammlung war eröffnet worden durch ein Referat des Sekretärs des ZK. Am Morgen des 2. Tages wurde bekannt, daß die Liquidatorenfraktion in den Besitz des unkorrigierten Manuskripts zu diesem Referat gelangt war und sich weigerte, dieses einzige überhaupt existente Exemplar wieder herauszugeben. Bekommen hatte die Fraktion es von einem Mitglied der Ortsleitung, der in den meisten inhaltlichen Fragen die Plattform der Liquidatoren unterstützte und seinen Angriff nicht gegen die Plattform, sondern gegen das Programm des KBW und die Organisation richtete. Bis auf den engsten Kreis der Fraktion forderte die Mitgliederversammlung nahezu einstimmig die Liquidatorenfraktion auf, das entwendete Manuskript wieder herauszurücken. Das wurde von der Fraktion abgelehnt. Von der Fraktion aus gesehen war das in gewisser Weise konsequent: Nachdem sie den Boden des Marxismus-Leninismus verlassen hatte, konnte sie auch allen möglichen bürgerlichen Verhaltensweisen freien Lauf lassen und z. B. Manuskripte ihrem Verfasser entwenden. Lernen konnten sie derartige bürgerliche Verhaltensweisen zwar nicht im KBW und seinen Vorläuferorganisationen, wohl aber in der Gruppe Rote Fahne (KPD/ML), deren Untergang sie jetzt noch einmal ein wenig nachzuspielen versuchten. Was aber aus der Sicht bürgerlicher Liquidatoren konsequent war, das hätte sich die Mitgliederversammlung einer kommunistischen Organisation keineswegs gefallen lassen dürfen. Es ist modrigster Liberalismus, wenn eine beträchtliche Minderheit der Mitglieder so wenig Selbstachtung für sich und ihre Beschlüsse besitzt, daß sie für eine Fortsetzung der Debatte mit offenbaren Gaunern auch dann noch eintritt, wenn diese die Beschlüsse der Versammlung offen verhöhnen. Das haben viele Genossen getan, und selbst bei der anschließenden Abstimmung über den Ausschlußantrag hat ein gutes Viertel der Mitglieder und Kandidaten gegen den Ausschluß von erklärten Feinden der Organisation gestimmt. Schon daran ist deutlich, daß die Lage in der Ortsgruppe Bremen, die aufgrund schwerer Fehler der alten KBB-Leitung entstanden war, noch keineswegs bereinigt ist.

W.M.

Opel gegen Betriebsrat Lara

GESCHÄFTSLEITUNG UND BR-VORSITZENDER PERSCHKE BISHER ERFOLGLOS / BERUFUNGSVERHANDLUNG

Hamm. Am 7.11. fand vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm der zweite Termin der Berufungsverhandlung Lara gegen Opel statt. Der spanische Ersatzbetriebsrat Andres Lara (Betriebsratskandidat von der "Liste Oppositioneller Gewerkschafter in der IGM") war vor einem Jahr von Opel gekündigt worden, weil er die Interessen der spanischen Kollegen vertreten hatte.

Als offiziellen Kündigungsgrund versuchte Opel Tätlichkeiten gegen Betriebsratsmitglieder während der Belegschaftsversammlung zu konstruieren. Bei der Verhandlung vor der ersten Instanz, dem Arbeitsgericht Bochum, hatten sich die Betriebsratsmitglieder des Perschke-Betriebsrats jedoch so in Widersprüche verwickelt, daß es offenkundig war, daß die Vorwürfe nur konstruiert waren. Daher mußte das Arbeitsgericht Bochum die Kündigung für unwirksam erklären. In zweiter Instanz wurde ein neuer Dreh versucht: Lara soll nun in einer spanischen Versammlung unwahre Behauptungen über die Zustände in den Wohnheimen verbreitet haben.

Vor Beginn der Verhandlung versuchte der Richter noch mit erheblichem Einsatz, auf einen Vergleich hinzuwirken. Er bot an, daß Lara bei Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis drei Monatsgehälter Abfindung von Opel bekommen sollte. Das Hauptziel, den unbequemen Kritiker loszuwerden, wäre erreicht gewesen. Andres Lara stimmte aber nicht zu.

Opel begann nun, Zeugen aufzufahren. Zunächst wollte der Dolmetscher Webs gehört haben, Lara habe gesagt, die Unterkünfte der Spanier seien Schweineställe, Heime für Bestien. Opels Kronzeuge Langendorff, Angestellter der Sozialabteilung, sollte diese "Lügen" widerlegen. Er meinte, aus seinen Akten ginge klar hervor, daß die Heime ausreichend eingerichtet seien und oft genug gereinigt würden. Wie wenig dieser "Angestellte der Sozialabteilung" über die wirklichen Zustände in den Heimen wußte, wurde klar, als er zugeben mußte, daß ihm unbekannt war, daß in einem Heim zum Beispiel sechs Toilettentöpfe fehlten. Eine Tatsache, die man an sich nicht so leicht übersieht!

Schließlich wurden erneut Zeugen zu den Vorwürfen gehört, Lara habe auf der Betriebsversammlung Betriebsräte angegriffen und bedroht. Die Beweise waren jedoch nicht weniger zweifelhaft als bei der ersten Instanz. Soversuchte der Betriebsrat Gantenberg, seine Aussage aus dem ersten Prozeß dadurch zu korrigieren, daß er behauptete, bei der Verhandlung in Bochum hätten so unmögliche Zustände geherrscht, daß er nicht hätte korrekt aussagen können.

Zusätzlich wurden ältere "Untaten" Laras aus dem Sündenregister hervorgekramt. Am bemerkenswertesten war dabei die Aussage des Betriebsleiters Seckel. Er wollte Lara während eines spontanen Streiks in einer Gruppe diskutieren gesehen haben. Dabei habe dieser ihn so beeindruckt, daß er beschloß, ihn wiederzusuchen und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen. Deshalb habe er ihn ein Vierteljahr im ganzen Betrieb gesucht. Als er ihn endlich fand, sei es für Disziplinarmaßnahmen zu spät gewesen.

Nach diesem grandiosen Beweismaterial von Opel konnte sich selbst das Gericht, das vorher eindeutig auf einen Vergleich zugunsten Opels gedrängt hatte, nicht zu einem Urteil durchringen. Es wollte sich erst noch ein Tonband von einer deutschen Betriebsversammlung anhören, das der Perschke-Betriebsrat bereitwillig den Opel-Kapitalisten zur Verfügung gestellt hatte. Dieser Betriebsrat hatte schon von Anfang an die Entlassung Laras unterstützt, genau wie er die Entlassung des Betriebsrates Rudi Wischnewski mit vorangetrieben hatte.

Bei den nächsten Betriebsratswahlen werden sich die Opel-Arbeiter dieses Betriebsrates, der gegen ihre Interessen arbeitet, entledigen.

Der Prozeß gegen Andres Lara wurde am 18.12. im Landesarbeitsgericht Hamm fortgesetzt. —T.R.—

Kündigungsgrund:

Bochum. Am 10.12. sprach das Arbeitsgericht in Bochum das Urteil gegen den Arbeiter Walter Krawutschke. Krawutschke war wegen seiner Beteiligung am Opel-Streik entlassen worden und hatte dagegen Einspruch eingelegt. Obwohl im Verfahren alle Vorwürfe widerlegt wurden, die Opel über die Beteiligung am Streik hinaus gemacht hatte, wies das Gericht die Klage zurück. Es blieb dabei, daß "wilde" Streiks an sich rechtswidrig und damit ein Kündigungsgrund seien. Zahlreiche andere Auffassungen in der Literatur ließ das Gericht unbeachtet und stellte sich voll hinter die reaktionäre Auffassung des Bundesarbeitsgerichts in dieser Sache.

—T.R.—

Polizei- und Justizterror gegen politische Gefangene

ZEUGEN PRÄPARIERT / BERUFUNG IM SCHNELLVERFAHREN

Seit Mitte September 1973 führt die Justiz in der Bundesrepublik die zweite Welle von Prozessen gegen vermutete Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe durch. Gleichzeitig stehen bzw. standen vor den Schwurgerichten in Berlin, Frankfurt und München, Heinrich Jansen, Astrid Proll und Marianne Herzog sowie Rolf Pohle.

Nach der bürgerkriegsähnlichen Jagd nach den Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe im Sommer 1972 fällt nun der Justiz die Rolle zu, den Einsatz des staatlichen Verfolgungsapparates gegen den "Staatsfeind Nr. 1", die "kriminellen RAF-Mitglieder" (RAF: Rote Armee Fraktion), durch die Bestätigung ihrer Gemeingefährlichkeit zu legitimieren. Schließlich kann man der Bevölkerung ja nicht nur einfach bekanntgeben, daß die Bürger sich an den Anblick schwerbewaffneter Polizisten gewöhnen müssen wie an die Steuerzahlen, wenn die "Terroristen" dann nicht die den Einsatz rechtfertigende Gefährlichkeit aufweisen.

Durch jahrelange Haft, insbesondere durch Isolierhaft – eine moderne Form der Folter – versuchen die Strafverfolgungsbehörden die Angeklagten systematisch zu zermürben. Die Haftgeschichte von H. Jansen ist dazu nur ein Beispiel: so saß Jansen bis zum Beginn seines Prozesses am 20.9.73 2 3/4 Jahre in Untersuchungshaft, davon 1 1/2 Jahre in Isolierhaft.

Als Jansen mit weiteren 60 politischen Gefangenen in diesem Jahr in den Hungerstreik trat, sperrte man ihn in ein sogenanntes Hungerloch, eine Zelle ohne Fenster und fließendes Wasser. Wie medizinisch nachweisbar führt aber gerade die Verweigerung des bei einem Hungerstreiks lebensnotwendigen Wassers über mehrere Tage zu schweren körperlichen Schäden. Eine Methode, mit der man auch Andreas Baader zwang, seinen Hungerstreik aufzugeben.

Die Isolationshaft, mit der man die inhaftierten angeblichen Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) weich zu kochen versucht, drückt in aller Schärfe die Lage der Strafverfolgungsbehörden aus: Es gibt in keinem der genannten Verfahren Beweise für die monströsen Anklagegebäude der Staatsanwaltschaften. Der Wert des bis vor kurzem einzigen Kronzeugen Ruhland wird selbst von bürgerlichen Zeitungen in Zweifel gezogen. Tatsächlich war Ruhland in den bisherigen Verfahren, in denen er als Kronzeuge auftrat, eine einzige Erinnerungslücke, was sich besonders im Prozeß gegen Horst Mahler zeigte. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft in Westberlin angeblich einen zweiten Kronzeugen aufzubieten.

Die Beweis"not" der Justiz überspielen die Strafverfolgungsbehörden damit, daß die Verfahren unter dem Mantel der sogenannten strengsten Sicherheitsvorkehrungen stattfinden, d. h. die Gerichtsgebäude werden zu Prozeßfestungen ausgebaut, Hundertschaften schwerst bewaffneter Polizisten begleiten die Verfahren und die Öffentlichkeit wird weit möglichst durch umfangreiche Kontrollen beschränkt. Die so hergestellte Schauprozeßsituation soll mit ihrer waffenstarrenden Szenerie bei der Bevölkerung den Eindruck vorspiegeln, als hätten die Strafverfolger konkrete Beweise für die Gemeingefährlichkeit der Angeklagten.

JANSEN–PROZESS

Am 20.9.73 begann in Berlin der Prozeß gegen Heinrich Jansen. Die Fenster des Gerichtssaals bis zur Hälfte zugemauert, zahlreiche Polizisten mit MP's, der Angeklagte hinter einem Glaskasten von 5 Polizisten bewacht; der Staatsanwalt hinter einer Glasscheibe.

Zentrale Punkte der Anklage waren die drei Mordversuche sowie die Mitbegründung einer kriminellen Vereinigung. Bei den 3 Mordversuchen handelte es sich um zwei Vorfälle im Jahre 1970. Jansen soll sich am 31.8.70 in Berlin sowie am 22.12.1970 in Nürnberg seiner Verhaftung durch gezielte Schüsse auf die festnehmenden Polizisten entzogen haben.

Die beiden Beamten, die Jansen bei der versuchten Festnahme in Berlin angeschossen haben soll, erkannten ihn nicht wieder. Einer der Beamten konnte auch nicht ausschließen, daß Jansen gezielt vorbeigeschossen hatte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung zeigte sich sehr bald, daß der Anklagepunkt des dritten Mordversuches auch von der Staatsanwaltschaft nicht aufrechterhalten werden konnte.

Nachdem die Staatsanwaltschaft erkannt hatte, daß der Vorfall um die Verhaftung Jansens in Nürnberg nicht zu einem Mordvorwurf ausreichte, wandelte sie diesen Punkt in "Widerstand gegen die Staatsgewalt in einem besonders schweren Fall" um, obwohl ein Arzt, der die Auseinandersetzung Jansens mit den Polizisten gesehen hatte, aussagte, Jansen sei von den Polizisten halbtot geprügelt worden.

Auch für die Mitbegründung oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gab es keine Beweise. Der von der Staatsanwaltschaft dafür vorgebrachte Zeuge kannte Jansen nicht.

Wer aber angesichts dieser Beweislage vermutet hatte, daß nicht viel mehr als ein verbotener Waffenbesitz Grundlage einer Verurteilung Jansens sein konnte, sah sich getäuscht. Zehn Jahre Freiheitsentzug wegen Mordversuches in zwei Fällen, verbotenen Waffenbesitzes sowie Widerstands in einem besonders schweren Fall lautete das Urteil.

PROLL–PROZESS

Astrid Proll steht seit dem 28.9.73 vor dem Schwurgericht III des Landgerichts Frankfurt.

Nach wochenlangem Suchen hatte die Justiz eine "strategisch günstig gelegene Tagungsstätte" für diesen Prozeß gefunden. Zur Gerichtsstätte wurde das Bürgerhaus in Frankfurt Sindlingen ausgewählt, das mit einem geschätzten Aufwand von 100 000 DM zur Festung ausgebaut wurde.

Die Gefährlichkeit der Angeklagten war so schon allein durch die äußeren Umstände, unter denen dieser Prozeß stattfindet, "bewiesen". Denn nach dem Eindruck: "Je dicker die Gitterstäbe, desto gefährlicher das Raubtier", war das "Vor-Urteil" schon geschaffen. Zur Vervollständigung dieses Prozesses als Schauprozeß trug dann auch die Staatsanwaltschaft durch ihre 200 seitige Anklageschrift und das Aufgebot von 396 Zeugen und 17 Sachverständigen bei.

Laut dieser Anklage soll Astrid Proll zwei Mordversuche an Polizeibeamten bei ihrer versuchten Festnahme im Februar 1971 begangen haben, Mitbegründerin der Baader-Meinhof-Gruppe als krimineller Vereinigung gewesen sein, Bandenraub mit Waffen sowie Urkundenfälschung begangen haben und unerlaubt Waffen besessen haben.

Daß in diesem Verfahren kein "unabhängiges Gericht" richtet, sondern Polizei und Justizverwaltung Herr des Verfahrens sind, wurde auch durch zwei weitere Tatsachen schlaglichtartig erhellt: Weder das Gericht noch die Staatsanwaltschaft sind im Besitz der Originalakten dieses Verfahrens. Diese befinden sich in Karlsruhe oder Bad-Godesberg, und es ist leicht vorstellbar, daß dort eine Auswahl getroffen wurde über das, was die Gerichte erhalten. Auch die "Grenzen der Wahrheitsfindung" bestimmt aus "Gründen der Staatssicherheit" der Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt. Denn angeblich soll es neben den beiden Zeugen des Vorfalls vom Februar 1971 noch weitere Tatzeugen geben, die vom Verfassungsschutz jedoch nicht genannt werden. Die Frage, warum diese Behörde dem "unabhängigen Gericht" Beweismittel vorenthält, zeigt, wer dieses Verfahren führt.

Der bisherige Verfahrensabschnitt des Prozesses, der insgesamt mindestens ein halbes Jahr dauern wird, behandelte fast ausschließlich die Proll zur Last gelegten Mordversuche und war gekennzeichnet durch eklatante Widersprüche in und zwischen den Aussagen der beiden Hauptbelastungszeugen, dem Kriminaloberkommissar Simons von der Sicherungsgruppe Bonn und dem Verfassungsschützer Grünhagen.

Schließlich gereicht zur besonderen Glaubwürdigkeit der Zeugen, daß sie an bestimmten Punkten einfach keine Erklärungen mehr abgaben, sondern sich auf ihre beschränkte Aussagegenehmigung beriefen. Dazu kam bei dem Zeugen Grünhagen der dringende Verdacht, daß er sich mit seiner Dienststelle in einer Verhandlungspause zu einer Falschaussage verabredet hatte.

HERZOG–PROZESS

Parallel zum Prozeß gegen Astrid Proll findet in Frankfurt Sindlingen das Verfahren gegen Marianne Herzog statt. Die Szenerie ist dieselbe und auch hier versucht die Staatsanwaltschaft mit einer umfangreichen Anklageschrift und dem Aufgebot von 156 Zeugen und 9 Sachverständigen dem Prozeß die nötige Stütze zu geben.

Marianne Herzog ist angeklagt, an einem bewaffneten Banküberfall teilgenommen zu haben, Urkundenfälschung begangen zu haben, sowie Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe gewesen zu sein.

Dabei ist der gewichtigste Anklagepunkt der des bewaffneten Banküberfalls.

"Kein Beweis gegen Marianne Herzog" überschreibt die Frankfurter Rundschau einen Bericht über den 15. Verhandlungstag im Prozeß gegen Herzog. Keiner der von der Staatsanwaltschaft benannten Zeugen konnte Herzog identifizieren. Auch der Nachweis der Mitgliedschaft, in der Baader-Meinhof-Gruppe gelang nicht: Dem reisenden Kronzeugen Ruhland war es nicht möglich, Marianne Herzog als Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe zu identifizieren. Einen möglichen Vorgeschmack seiner Entscheidung bot das Gericht indes auch schon in dieser Prozeßsituation: Die Verteidigung hatte bei diesem Stand der Beweisaufnahme beantragt, Herzog aus der Untersuchungs-Haft zu entlassen. Doch Herzog bleibt in Haft "wegen des weiterhin bestehenden Tatverdachts".

POHLE–PROZESS

Auch bei diesem Prozeß die für die RAF-Verfahren typischen "Umbauten" des Gerichtsgebäudes. Pläne der bayrischen Justiz, das Verfahren wegen "möglicher Sympathisantenprovokationen" doch gleich im Gefängnis Stadelheim in München stattfinden zu lassen, waren wieder aufgegeben worden. Für liberale Gemüter wäre dies vielleicht auch eine zu offene Demaskierung der Justiz gewesen. Trotzdem: auch in München die Justiz zu Gast bei der Polizei. Polizeibeamte patroullieren vor dem Gerichtssaal und auch drinnen ein mit MP's bewaffnetes Aufgebot von Polizisten.

Pohle, der seit Dezember 1971 in Haft ist, konnte schon vor dem Prozeß genügend Erfahrungen mit dem staatlichen Unterdrückungsapparat machen. Hierzu nur ein Beispiel: Als Pohle im November 1972 mit anderen Häftlingen aus der Sicherungsabteilung aus Protest gegen die Isolationshaft in Hungerstreik getreten war, wurde er sofort in die Abteilung für Vollzugspsychiatrie gesteckt zusammen mit psychisch kranken Patienten.

Auch während des Verfahrens vor dem Schwurgericht ging die Klassenjustiz mit aller Schärfe gegen den Angeklagten Pohle, aber auch gegen Zuhörer und selbst gegen Pohles Anwälte vor. Wegen "ungebührlichen Verhaltens" erhielt Pohle zweimal eine Ordnungsstrafe von 3 Tagen Haft und wurde aus dem Gerichtssaal abgeführt. Nach einer Auseinandersetzung mit Polizisten, die einen zwischenrufenden Zuhörer festgenommen und vor Gericht gezerrt hatten, wurde Pohle schließlich sogar gefesselt. Gegen den erwähnten Zuhörer erwirkte die Staatsanwaltschaft wegen seiner Weigerung nach dem Zwischenruf sich von den Polizisten vor die Richterbank zerren zu lassen, einen Haftbefehl. Der Zuhörer befindet sich seither in Untersuchungs-Haft. Mehrfach wurden auch andere Zuhörer wegen Zwischenrufen zu eintägigen Haftstrafen abgeführt.

Einen der Höhepunkte der ersten Verhandlungstage bildete die Festnahme eines Rechtsanwaltes von Pohle: Rechtsanwalt Niepel hatte eine Mandantin, die im Zuhörerraum festgenommen worden war, zu einer Vorführzelle bringen wollen. Er wurde jedoch bei der Räumung des Zuhörerraumes von Polizisten zurückgestoßen und erhielt Tritte gegen das Schienbein. In diesem Augenblick erließ die Staatsanwaltschaft eine Festnahmeanordnung gegen Rechtsanwalt Niepel unter dem Vorwurf der Begünstigung und der versuchten Gefangenenbefreiung. Gegen die Staatsanwaltschaft wurde daraufhin Anzeige wegen Freiheitsberaubung im Amt gestellt. Bei der Beweisaufnahme zeigt sich auch in diesem Prozeß, daß die Anklage auf sehr wackligen Füßen steht. Auch hier gibt es zahlreiche Widersprüche in den Zeugenaussagen.

SCHNELLVERFAHREN BEIM BUNDESGERICHTSHOF

Eine Revision des Verfahrens gegen Horst Mahler auch nur zu überprüfen, hat der Bundesgerichtshof jetzt abgelehnt. Selbst die bürgerliche Presse hatte ausführlich berichtet, wie fadenscheinig die Anklage gegen Horst Mahler war. Der Hauptbelastungszeuge Ruhland hatte sich völlig in Widersprüche verfangen, das Gericht hatte sich über die minimalsten Rechtsgrundsätze hinweggesetzt. Der Bundesgerichtshof lehnte jedoch die Revision mit einem Satz ab: der Antrag sei offensichtlich unbegründet.

Diese Entscheidung des Bundesgerichtshofes ist nicht anders zu verstehen, als eine richtungsweisende Absicherung der Gesinnungsjustiz, wie sie in dem Urteil des Kammergerichts Berlin zum Ausdruck kommt: Die Beweise haben zwar nicht gereicht, aber das ist auch nicht so wichtig. Denn die Hauptsache ist, daß hier ein Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wenn auch nur vorübergehend, ausgeschaltet wird, und ein Exempel statuiert ist, wie die Bourgeoisie ihre Feinde behandelt.

VERANSTALTUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG VON GEFANGENEN PATRIOTEN

Solidarität mit dem Volk von Iran!

Göttingen. Am Freitag, 7.12.73, fand eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des iranischen Volkes gegen das reaktionäre Schah-Regime statt. Veranstalter war der ISV (Iranischer Studentenverein, das ist die Ortsgruppe Göttingen der Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin).

Eine besondere politische Bedeutung gewann diese Veranstaltung, da die Bourgeoisie gerade das Verbot der Föderation Iranischer Studenten (FIS) vorbereitet und eine Woche zuvor die zentrale Demonstration in Köln gegen die geplante Hinrichtung von 12 iranischen Patrioten verboten hatte.

Etwa 400 Menschen waren der Einladung des ISV gefolgt, der mit Spruchbändern und revolutionären Plakaten geschmückte Raum war brechend voll.

Nach der Begrüßung und der Verlesung von Grußadressen des Nahost-Komitees und des Palästina-Komitees folgten Volkstänze, revolutionäre Lieder des iranischen Volkes und mehrere kurze Schauspiele. Diese Schauspiele gaben Einblick in den grausamen Terror der SAVAK (iranischer Geheimdienst) und zeigten den heldenhaften Widerstand des persischen Volkes.

Das Stück "Gefängnis" zum Beispiel zeigt, wie SAVAK politische Gefangene "verhört". Der SAVAK-Beamte bietet dem Gefangenen Zigaretten an, etwas zum Trinken, er lächelt ihm freundlich zu und klopft ihm brüderlich auf die Schulter, "bald wird alles gut werden". Er solle nur ein vorbereitetes Geständnis unterschreiben, dann wäre er bald wieder in Freiheit. Doch der Gefangene lehnt ab. Da schlägt ihm der Geheimdienstagent ins Gesicht und ruft schließlich einen Henker, der mit der Auspeitschung beginnt. Als der gefangene Patriot weiterhin stark und aufrecht bleibt, werden ihm mit einer Kneifzange sämtliche Fingernägel ausgerissen und er wird mit Messerstichen traktiert, bis er ohnmächtig zusammenbricht und wieder in seine Zelle geworfen wird – bis zum nächsten "Verhör", das sicherlich noch weitere, noch grausamere Folterungen kennen wird. In den anderen Stücken wurde auf den wachsenden Widerstand des Volkes eingegangen und der Schah als Marionette des Imperialismus entlarvt.

Alle Darbietungen fanden lebhaften Beifall. Immer wieder stimmten die Anwesenden in die Rufe "Hoch die internationale Solidarität" und "Einheit, Kampf, Sieg" ein.

Beschlossen wurde die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Gesang der "Internationale".

Der Reinerlös wird zur Unterstützung der Familien von gefangenen Patrioten verwandt.

–T.K., Ortsgruppe Göttingen–

Ausländerstopp verfügt

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT !

2,6 Millionen ausländische Arbeiter haben die Kapitalisten ins Land geholt, um aus ihrer Arbeitskraft erhöhten Profit herauszupressen. Reaktionäre Ausländergesetze dienen dazu, jede politisch klassenbewußte Entwicklung zu unterdrücken. Die Entrechtung der Ausländer ist die Waffe, um eine gemeinsame Kampffront von deutschen und ausländischen Arbeitern zu bekämpfen. Gerade aber die selbständigen Streiks im Sommer zeigten, daß die ausländischen Arbeiter ihre verschärfte Ausbeutung nicht mehr schweigend hinnehmen wollen. Überall wurde erfolgreich gestreikt, wo deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam zusammenstanden.

Im Angesicht der drohenden Wirtschaftskrise ist jetzt ein Aufnahmestopp für ausländische Arbeiter von der Regierung verfügt worden. Die deutschen Arbeiter sollen von der wirklichen Entwicklung abgelenkt werden – "erstmal geht es ja anderen an den Kragen" – obwohl wie in der Krise 1966/67 die Maßnahmen gegen die ausländischen Arbeiter die ersten Schritte zu Maßnahmen gegen alle Arbeiter in Deutschland waren. Aufgrund der weitgehenden Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter fällt es den Kapitalisten besonders leicht, diesen Teil der Arbeiterklasse als Puffer zu benutzen, und ihre Maßnahmen gegen alle einzuleiten.

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung lobt die Maßnahme der Regierung so: "Wenn schon keine Gastarbeiter mehr ins Land dürfen, dann ist möglicherweise der eigene Arbeitsplatz in Gefahr, so mag mancher Arbeitnehmer denken ... Eine Zurückhaltung bei den kommenden Tarifabschlüssen ist also nicht auszuschließen." Das zeigt, Lohnabbau und verschärfte Ausbeutung aller Arbeiter sollen jetzt von den Kapitalisten durchgesetzt werden.

Der Feind ist für deutsche und ausländische Arbeiter der gleiche: ihr gemeinsamer Ausbeuter ist die westdeutsche Kapitalistenklasse.

Kaltblütig kalkulieren die Kapitalisten mit der Angst vor Entlassungen und versuchen die Belegschaften weiter zu spalten. Dabei ist vor Entlassungen niemand sicher, erst recht nicht in der Krise. Genau diese Situation nutzen die Kapitalisten. Die Meister und Aufpasser werden wieder frecher, die Radfahrer kommen aus ihren Löchern. Gerade in solchen Zeiten zeigt sich die Notwendigkeit von Solidarität in der Belegschaft. Die ausländischen Arbeiter sind in der Vergangenheit, gerade was die Solidarität angeht, trotz größerer Gefährdung oft die letzten gewesen, die nicht mitgemacht hätten oder umgefallen wären. Sie arbeiten ebenso wie ihre deutschen Kollegen nicht zu ihrem Vergnügen für den Profit der Kapitalisten. In ihren Heimatländern ist es ebenso das Kapital, das dort Rohstoffe ausbeutet, die Märkte beherrscht und die Löhne drückt. Hier werden sie als billige Arbeiter meist für die Dreckarbeiten eingesetzt.

Wir müssen gemeinsam und solidarisch mit den ausländischen Arbeitern gegen drohende Entlassungen kämpfen, wir müssen Betriebsversammlungen fordern, bei denen die Karten auf den Tisch kommen, damit es nicht so kommt, wie in der letzten Krise 66/67, als Opel-Rüsselsheim, und die kleineren Betriebe erst recht, Arbeiter an Weihnachten heimfahren ließen und ihnen in der Zwischenzeit die Kündigungen an ihre deutschen Adressen schickten, gegen die sie dann nicht einmal richtig vorgehen konnten, weil die Frist verstrichen war. Wir müssen die ausländischen Kollegen darauf hinweisen, daß sie Versicherungsbeiträge bezahlt haben und ein Anrecht auf Arbeitslosengeld haben. Nach einem halben Jahr Beitragszahlung für 3 Monate, nach 2 Jahren für 12 Monate. Die Ausländerbehörden werden jetzt versuchen, Aufenthaltsgenehmigungen nicht mehr zu verlängern, obwohl bei Arbeitslosigkeit die Aufenthaltsgenehmigung nicht entzogen werden kann. Z. B. vereinbarte das Land Hessen mit der Bundesanstalt für Arbeit, daß die Aufenthaltsgenehmigung nicht entzogen wird, solange die Arbeiter einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

Die Arbeitsämter werden dennoch versuchen, die ausländischen Kollegen in ihr Heimatland zu schicken mit der Begründung, auch dort würden sie Arbeitslosengeld bekommen. Sie verschweigen, daß es nach den dort üblichen Sätzen, die weit niedriger sind, ausgezahlt wird. Häufig werden sie sogar behaupten, wie in der Krise 66/67 die ausländischen Kollegen hätten überhaupt keinen Anspruch.

Wir dürfen nicht zulassen, daß Arbeiter wie Vieh abgeschoben werden.

lobt die Maßnahme der Regierung so: "Wenn schon keine Gastarbeiter mehr ins Land dürfen, dann ist möglicherweise der eigene Arbeitsplatz in Gefahr, so mag mancher Arbeitneh-
Wir müssen gemeinsam und solidarisch mit den ausländischen Arbeitern gegen drohende Entlassungen kämpfen, wir müssen Betriebsversammlungen fordern, bei denen die
Kollegen hätten überhaupt keinen Anspruch.
Wir dürfen nicht zulassen, daß Arbeiter wie Vieh abgeschoben werden.

Palästinenser kämpfen in Westjordanien

Seit Anfang Dezember häufen sich in Westjordanien Kommandoaktionen gegen die israelischen Besatzer. Viele Palästinenser machen kein Hehl mehr aus ihren Sympathien für die Ziele der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation). Hunderte sind bereits von den israelischen Besatzern verhaftet worden. In der letzten Woche wurden acht Palästinenser nach Jordanien abgeschoben. Demonstrationen in zwei Städten Westjordaniens waren die Antwort auf diese Maßnahmen.

Die israelischen Besatzer haben große Mühe, die sich organisierende Empörung zu unterdrücken. Sie greifen wieder zu ihren alten Terrormethoden (während des Krieges hatten sie es mit guter Behandlung versucht; die Palästinenser in Westjordanien wurden gut mit Lebensmitteln versorgt, damit sie ruhig bleiben sollten). In dem Dorf Djenine wurden fünf Häuser von angeblichen PLO-Sympathisanten gesprengt. Trotz dieser Terrormaßnahmen befolgen über 60 % der Palästinenser den Aufruf der PLO, nicht zur Arbeit in die israelischen Fabriken zu gehen. Dieser Streik bringt die Zionisten in große Schwierigkeiten. Der israelische Arbeitsminister hat bereits beantragt, daß 10 000 Arbeiter in den nächsten Wochen wieder demobilisiert werden sollen, damit nur ein Mindestmaß der Produktion aufrechterhalten werden kann.

Braunschweiger Siemens-Arbeiter über Chile:

Was ist – was war eigentlich los in Chile?
Arbeiter haben das, was sie erarbeitet, was sie aufgebaut haben, zu ihrem Eigentum gemacht.
Sie haben Fabriken übernommen und selbst kontrolliert und ihre Besitzer enteignet!
Bauern haben das Land, das sie bestellen, unter sich aufgeteilt,
haben es den Großgrundbesitzern weggenommen, die sie jahrhundertelang ausgepreßt haben bis aufs letzte Korn!
Sie haben gehofft, daß sich nur so ihre Lage verbessert – und diese Hoffnung hat sich erfüllt.
Was hat das mit uns zu tun, fragt ihr?
Haben wir nicht auch schon oft davon gesprochen,
daß unser Lohn nur steigen wird,
das Arbeitstempo sinken wird,
diese ungeheuer aufgeteilte, nervenzerreibende Arbeit, deren Ergebnis wir nicht sehen können, sich erst ändert,
daß die Preise nicht mehr steigen,
wenn auch wir dies alles selbst bestimmen und entscheiden können?
Wenn wir die Herren von Siemens zum Teufel jagen und uns alles zurücknehmen, was sie uns genommen haben.
Das hat Chile mit uns zu tun!
Nur – unsere Kollegen in Chile haben nicht allein davon gesprochen, sie haben gehandelt.
Da sind sie uns voraus!
Doch sie haben sich gewehrt, die Fabrikherrn, Großgrundbesitzer und Konzerne.
Sie gaben das Eigentum des Volkes nicht freiwillig heraus.
Sie boykottierten die Versorgung des Volkes und das Kupfer, sie mobilisierten die Minderheit der kleinen Selbständigen, der Lehrer und Ärzte gegen die Mehrheit der Arbeiter und Bauern. Sie spalteten das Volk.

Das würden sie bei uns genauso machen. Auch da hat Chile mit uns zu tun.
Und weil das Volk sich immer noch weigert, das was vielen gehört, an wenige zurückzugeben,
griffen die Fabrikherrn, Großgrundbesitzer und Konzerne zu dem letzten Mittel, mit dem sie immer "ihr" Eigentum schützen:
zu Terror, Mord und Folter durch Militär und Polizei, zu KZ und Faschismus, –
und sie siegten scheinbar einstweilen.
Aber was hat das mit uns zu tun, fragt ihr?
Bei uns warten sie nicht erst, bis wir die Fabriken und Felder besetzen,
sie mobilisieren jetzt schon Militär und Polizei,
um bei einem einfachen Streik unsere Kraft zu zerfetzen.
Sie spionieren uns nach, wie in Baden-Württemberg,
weil wir mehr Lohn wollen,
noch nicht die Fabrik.
Sie wollen uns jetzt schon daran hindern,
daß wir, vorbereiteter als unsere Kollegen in Chile,
die Schritte von Chile nachvollziehen.
Damit es ihnen hier nicht gelingt und Chile wieder Beispiel wird,
deshalb hat Chile mit uns zu tun,
braucht es unsere Solidarität. *B.B.*

Korrespondenz eines Ungarn
Widerstand gegen Akkordhetze

In Budapest fand am 15./16. Oktober ein Prozeß gegen den ungarischen Schriftsteller Haraszti Miklos statt. Die Anklage lautet auf "Aufwiegelung gegen den Staat". Diese Aufwiegelung bestand darin, daß Haraszti ein Buch mit dem Titel "Stücklohn" verfaßte, und das Manuskript, nachdem der verhältnismäßig fortschrittlichste Verlag die Veröffentlichung ablehnte, unter fortschrittlichen Intellektuellen verbreitete.

Was steht nun in dem Buch, was den ungarischen bürgerlichen Machthabern so eine Angst einjagt?

Der Autor hat längere Zeit in der Traktorenfabrik "Vörös Csillag" (Roter Stern) als Fräser gearbeitet, und faßt seine Erfahrungen nicht nur über das Lohnsystem, sondern über die allgemeinen Arbeitsbedingungen und über die Gewerkschaftsfunktionäre, über das Verhältnis von Belegschaft und Geschäftsleitung im Betrieb zusammen. Aber vor allem gibt er die Meinungen und Anschauungen der Arbeiter über diese Fragen wieder.

Im Mittelpunkt der Reportage steht der Stücklohn, diese besonders mörderische Form des Akkordlohnes. Der Sinn dieses "materiellen Anreizes" besteht darin, daß die Arbeiter nur für die Zeit bezahlt werden, in der die Maschine läuft, d. h. Rüstzeiten oder Verschnaufpausen zum Sich-Schnäuzen, auf's Klo gehen usw. werden nicht bezahlt. Die Arbeiter werden durch die bewußt unter dem Lebensminimun gehaltenen Stücklöhne gezwungen, die technologischen Vorschriften nicht einzuhalten, und für den Preis der so ungeheuer erhöhten Unfallgefahr die Vorgabezeiten zu unterschreiten.

Er zeigt das feste Bündnis von Meistern, Gewerkschafts- und Parteifunktionären und Geschäftsleitung, deren Ziel nur darin besteht, unter "sozialistischen" Parolen – wie z. B. unter denen des "sozialistischen Wettbewerbs" – auch das letzte aus den Arbeitern herauszuholen.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Arbeiter die staatliche Gewerkschaft als den bezahlten Feind bezeichnen, die als erste die Polizei rufen würde, wenn es einmal zum Streik käme. Die Schlußfolgerungen des Autors sind klar: **Lohnarbeit und Sozialismus widersprechen sich, das was sich in dieser ungarischen Fabrik (und wohl in allen ungarischen Fabriken) abspielt, ist schlimmste kapitalistische Ausbeutung.**

Eine Perspektive für den Widerstand der Arbeiter sieht Haraszti nicht – das ist jedoch beim gegenwärtigen Stand der Klassenkämpfe in Ungarn kein Wunder. Die ungeheuer brutale Diktatur der ungarischen neuen Bourgeoisie verhindert durch ihre Polizeigewalt im Augenblick noch erfolgreich die spontanen Kämpfe der Arbeiterklasse. Durch die Partei und Staatspresse erfährt das ungarische Volk garnichts über die sich zuspitzenden Widersprüche in der Welt. Diese Presse behauptet auch, die Zustände in den Betrieben wären die besten und fortschrittlichsten auf dem besten Weg zum Sozialismus.

So fürchtet die Bourgeoisie mit Recht ein Buch, wie das von Haraszti. Denn der Widerstand im ungarischen Volk gegen die Ausbeutung durch die eigene Bourgeoisie und die Unterdrückung durch den Sozialimperialismus formiert sich trotz schärfsten Polizeiterrors.

Am 15. März dieses Jahres, am 125. Jahrestag der bürgerlichen Revolution und des Unabhängigkeitskrieges gegen die Habsburg-Monarchie demonstrierten mehrere hundert Jugendliche unter den Parolen der nationalen Unabhängigkeit gegen den Sozialimperialismus.

Auch in der Traktorenfabrik "Vörös Csillag" hat inzwischen der Klassenfrieden aufgehört. Nach der Eingliederung der Fabrik in den "Raba"-Konzern (an dem auch der westdeutsche Mannesmann-Konzern beteiligt ist), sollten 500 Arbeiter entlassen werden. Der zur Beschwichtigung der Belegschaft in den Betrieb geeilte zuständige Minister ist (Budapester Gerüchten nach) von den empörten Arbeiter bespuckt und beschimpft worden.

DEUTSCH-CHINESISCHE FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT GEGRÜNDET

Stuttgart. Am 2.12.73 wurde die Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft auf nationaler Ebene gegründet. 55 Delegierte aus 12 Städten vertraten 342 Mitglieder. Anwesend waren darüber hinaus ca. 100 Mitglieder aus verschiedenen Ortsgruppen und Orten, sowie Vertreter der Gesellschaft der Freunde Albaniens, der belgisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft und der amerikanisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft in Europa.

In der einstimmig verabschiedeten Satzung wird der Zweck der Gesellschaft entsprechend dem Gründungsaufruf (siehe KVZ Nr.7) festgelegt. Träger der Arbeit der Gesellschaft sind die Ortsgruppen.

Der Gründungskongress verabschiedete einstimmig eine Grußadresse an die "Gesellschaft des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland" in der es heißt:

"Gegenwärtig wächst die Bewegung der Sympathie, der Verständigung und der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk. Das bewies die vielhundertfache Unterstützung für den "Aufruf zur Gründung der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft", das bewies auch die Beteiligung von mehreren tausend Menschen an den 27 Veranstaltungen, die anläßlich der Gründung in 11 Städten stattfinden... Die Teilnehmer des Gründungskongresses der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft hoffen, daß sich in Zukunft enge Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften im Interesse der Vertiefung der deutsch-chinesischen Freundschaft entwickeln werden.

SPENDENLISTE VOM 18.11.73 BIS ZUM 14.12.73

Spender	Betrag
Spende Ortsgr. Heidelberg	1 100,– DM
Rote Zellen Weingarten	170,– DM
I.K., Frankfurt	100,– DM
M. B.-T., Dortmund	30,– DM
Spendensammlung Polibula, Frankfurt	433,– DM
Freundeskreis, Holzminden	105,64 DM
M.K., Berlin	50,– DM
K.R., Karlsruhe	50,– DM
Sympathisantenkreis werktätige Intelligenz, Göttingen	130,– DM
K. G.-O., Frankfurt	120,– DM
M.G., Berlin	50,– DM
KHG Heidelberg	2 300,– DM
D.R., Neukirchen-Vluyn	50,– DM
Spendensammlung Buchladen Ziskoven, Köln	136,50 DM
L.St., Berlin	300,– DM
Lottogemeinschaft, Weingarten	50,– DM
Sympathisantenkreis werktätige Intelligenz, Göttingen	320,– DM
B.F., Frankfurt	85,– DM
Sympathisantengruppe Friedrichshafen/Konstanz Singen	160,– DM
KSB Kassel	150,– DM
KSZ Lüneburg	80,50 DM
Kl.J., Michaelisdonn	500,– DM

TREFFEN DER INDOCHINA-KOMITEES:

Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!

Vor einigen Wochen trafen sich eine Reihe von Indochina-Komitees aus der BRD, um gemeinsam zu diskutieren, wie die erlahmte Unterstützung der Völker Indochinas wieder aufzunehmen ist. Sie beschlossen, in Zukunft stärker zusammenzuarbeiten und einigten sich auf die langfristige Durchführung gemeinsam beschlossener Aktionen. Die materielle Unterstützung soll über zentrale Sammelkonten an die Delegationen der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams (PRR), Demokratische Volksrepublik Vietnam (DRVN) und Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) in Paris weitergeleitet werden.

Bei dem Treffen wurde festgelegt, daß das vordringlichste Ziel der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL) derzeit ist, die Einhaltung des Pariser Friedensabkommens vom Januar 1973 durch die USA und das Thieu-Regime zu erzwingen. Um dieses Ziel zu erreichen, kämpft sie um die Herstellung der breitesten Front des ganzen Volkes, zur weiteren Isolierung des amerikanischen Marionettenregimes.

Die sofortige Freilassung der über 200 000 politischen Gefangenen ist dabei von besonderer Bedeutung. Fast aus jeder Familie befindet sich ein Mitglied in den Kerkern Thieus, zahlreiche führende Persönlichkeiten der sogenannten "dritten Kraft" sind darunter. Als "dritte Kraft" werden all diejenigen bezeichnet, die den Kampf gegen das Thieu-Regime und die neokolonialistische Beherrschung durch den US-Imperialismus aufgenommen haben, ohne schon zur Provisorischen Revolutionären Regierung zu gehören.

Da auch alle diese Menschen für die Herrschaft Thieus und der USA gefährlich sind, bedroht er sie mit Kerker und Ermordung. Nachdem Massenliquidierungen zu großes Aufsehen erregten, läßt er sie nunmehr einfach verhungern.

Die Bundesregierung hat seit dem Friedensabkommen ihre Unterstützung für das Thieu-Regime und damit ihren Kampf gegen das vietnamesische Volk auf der Seite der USA fortgesetzt. Neben US- und japanischem Kapital fließt derzeit vor allem Kapital aus der BRD nach Südvietnam. Mit der Lüge von "Nichteinmischung" und "Hilfe für die Menschen und nicht für die Regierungen" verweigert sie weiterhin die Anerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung, macht aber von der Anerkennung auch die Vergabe von materiellen Hilfen, Krediten usw. abhängig. Stattdessen erkennt sie das Thieu-Regime als legitimen Vertreter des vietnamesischen Volkes an und macht es ihm sogar möglich, Vietnamesen, die die Einhaltung des Pariser Friedensabkommens fordern, sogar in der BRD zu verfolgen. (Vgl. nebenstehenden Aufruf)

Die Indochina-Komitees beschlossen die Durchführung von Aktionen für die Freilassung der politischen Gefangenen Thieus und die Anerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung durch die Bundesregierung. Mit einer Aktion, in deren Rahmen auch Postkarten an namentlich bekannte politische Gefangene in Südvietnam und an die Bundesregierung mit der Aufforderung nach Anerkennung der PRR geschickt werden sollen, wurde bereits begonnen.

In Heidelberg veröffentlichte die für diese Aktion vom Indochinakomitee initiierte Aktionseinheit zudem einen Aufruf zur Unterstützung des Kampfes der 9 in der BRD verfolgten vietnamesischen Studenten für die Einhaltung des Pariser Abkommens. Seither konnten ca. DM 1 200 an Spenden gesammelt werden!

SPENDENKONTO »Vietnam«
Nr. 1302450
BEZIRKSSPARKASSE HEIDELBERG

USA droht mit neuen Angriffen

DIE SITUATION IN SÜDVIETNAM VERSCHÄRFT SICH

Die Situation in Südvietnam verschärft sich weiter. Ständig wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, eine drohende Hungersnot wegen Reismangel, Verfallserscheinungen in der Marionettenarmee und die immer lautere Forderung nach Einhaltung des Friedensabkommens zwingen die USA, Thieu zu immer größeren militärischen Abenteuern einzusetzen.

Um ihre schon laufende Offensive und die weitere Eskalation zu rechtfertigen, malen sie ständig das Gespenst einer nordvietnamesischen Offensive im Januar an die Wand. So berichtete die "Süddeutsche Zeitung" am 2.11.:

"Thieu gab auch zu verstehen, daß Südvietnam eine eigene Offensive plane, um einen Angriff der Nordvietnamesen abzuwehren."

Und mit dem gleichen Vorwand wird ein erneuter Einsatz der US-Luftwaffe angekündigt: "USA drohen Hanoi mit neuen Angriffen". ("Südd. Ztg." 3.12.73)

Neue US-Angriffe sind in dem Maße wahrscheinlich, wie der Militärapparat, den die USA in Südvietnam mit Thieu als Gallionsfigur zurückgelassen haben, allein die Offensive nicht durchzuführen vermag. Die ständigen Angriffe der Thieu-Luftwaffe zwingen die Provisorische Revolutionäre Regierung zu Gegenmaßnahmen auf Südvietnam. Als Antwort auf den Terror der Luftwaffe gegen die befreiten Gebiete sprengten Kommandos der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams das größte Treibstofflager Südvietnams 10 km vor Saigon und damit fast die Hälfte aller Treibstoffvorräte und ein großes Waffenlager Saigons in die Luft.

In dieser Situation zeigt sich die Scheinheiligkeit der Kriegsopposition des US-Kongresses, die nur den direkten Protest des amerikanischen Volkes bremsen soll. Der Kongreß hat inzwischen ein neues Gesetz verabschiedet, das dem US-Präsidenten freie Hand läßt, 60 Tage lang ohne Zustimmung des Kongresses US-Truppen in fremden Ländern einzusetzen. Mehr wollen die US-Imperialisten gar nicht, denn ihre derzeitige Strategie gründet gerade auf kurzen und intensiven Terrorschlägen.

Es befinden sich schon wieder US-Luftwaffenstaffeln in Phnom Penh, der Hauptstadt Kambodschas, und es ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß "die US-Luftwaffe Thieus Armee das fehlende Quantum Macht" (Kissinger) in ihrer Offensive leihen wird, das, nach ihrer Meinung, zum Sieg der Offensive fehlt.

Gegen diese Pläne, das Friedensabkommen zu zerschlagen, erhebt sich die internationale Solidarität der Völker. Nach ihrer Unterstützung für die Durchsetzung der Unterzeichnung des 9-Punkte-Abkommens im Friedensabkommen in Paris muß sie jetzt auch den Kampf des vietnamesischen Volkes in der ganzen Welt für die Durchführung des Abkommens unterstützen.

Vorwärts in der Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes! Vorwärts mit der Solidarität der Völker Indochinas!

BRD will Vietnamesen abschieben

Am 3.12. berichtete die Frankfurter Rundschau, daß 5 südvietnamesische Studenten, die zwischen drei und sieben Semestern an der TH Aachen studiert haben, vom Saigoner Kultusminister ohne Angabe von Gründen aufgefordert wurden, nach Südvietnam zurückzukehren. Vier weitere Studenten in Berlin und Heidelberg haben die gleiche Aufforderung erhalten. Als Druckmittel wurden die Pässe eingezogen, bzw. ihre Gültigkeit aufgehoben.

"Der Grund für den Rückreisebefehl, der trotz mehrmaliger Nachfrage auch deutschen Stellen nicht mitgeteilt wurde, ist nach Ansicht der Betroffenen ihr Eintreten für die strikte Einhaltung des Pariser Abkommens vom 27. Januar 1973 und für die Freilassung der über 200 000 politischen Gefangenen in Südvietnam."

Im Abkommen (Artikel 11) heißt es: Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die beiden südvietnamesischen Parteien ... folgende demokratische Freiheiten des Volkes garantieren: persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit der Organisation, Freiheit der politischen Betätigung, Glaubensfreiheit, freie Wahl des Wohnsitzes, freie Wahl des Arbeitsplatzes, Recht auf Eigentum und Recht auf freie Unternehmensbetätigung.

Artikel 8 legt die Freilassung aller politischen Gefangenen innerhalb von 30 Tagen fest.

Da jedoch die Herstellung der politischen Freiheiten und die Möglichkeit der Selbstbestimmung für die vietnamesische Bevölkerung in Südvietnam Thieus Entmachtung und damit auch das Ende der US-Herrschaft bedeuten würde, sabotieren die USA und Thieu die Ausführung des Abkommens und versuchen sie weiterhin, jegliche oppositionelle Regung zu vernichten.

Weil die vietnamesischen Studenten in der BRD von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen und von Thieu die Einhaltung der der vietnamesischen Bevölkerung zugesicherten Bestimmungen des Pariser Friedensvertrages fordern, bedroht Thieu sie auch in der BRD.

Die Möglichkeit dazu erhält Thieu durch die Bundesregierung, die ihn als legale Vertretung des vietnamesischen Volkes anerkennt und der Provisorischen Revolutionären Regierung die Anerkennung verweigert. Mit der offensichtlichen Lüge von der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des vietnamesischen Volkes" und der "Hilfe für die Menschen, nicht für die Regierungen" (Eppler, 24.9.73) soll nur die Unterstützung derjenigen vertuscht werden, die die Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes verhindern wollen, die dieses Volk seit Jahrzehnten mit Völkermord und faschistischem Terror zu unterjochen versuchen.

Wir verurteilen aufs Schärfste die Unterstützung, die die Bundesregierung den USA und dem Thieu-Regime bei der Sabotage des Friedensabkommens vom Januar 1973 gewährt!

EINIGE PROVINZEN HUNGERN SCHON SEIT 15 JAHREN

Hungersnot in Äthiopien - Naturkatastrophe?

NACH EINEM FLUGBLATT, DAS IN MÜNSTER VERTEILT WURDE

Unbeachtet von der Weltöffentlichkeit sterben in Äthiopien täglich Hunderte an Hunger und Seuchen. Selbst nach vorsichtigen Schätzungen hat diese Hungerkatastrophe bisher mehr als 100 000 Menschenleben gekostet. Zwei weitere Millionen sind bedroht.

Augenzeugen sahen ganze Familien innerhalb von Tagen sterben. 88 % des Viehbestands sind eingegangen. Ganze Dörfer flüchten vor dem Hungertod. In den Städten erwarten die Überlebenden jedoch Polizei und Militär, die sie abweisen oder in Lagern zusammenpferchen. An Straßen und Wegen liegen unzählige Leichen. In den überfüllten Lagern bei völlig unzureichender Versorgung erwartet die Menschen ein ähnliches Schicksal. Die hygienischen Verhältnisse sind so katastrophal, daß sich Epidemien wie die Cholera ungehindert ausbreiten können. Impfungen wurden bisher kaum durchgeführt. Die Regierung Haile Selassie versuchte lange, die Katastrophe zu verheimlichen und lehnte bis vor kurzem alle internationalen Hilfsangebote ab. Inzwischen hat sich jedoch in weiten Teilen des Landes das Elend zugespitzt – tagtäglich sterben jetzt ca. 700 Menschen an Entkräftung Mangelkrankheiten –, spektakuläre Selbsthilfeaktionen der Bevölkerung sind in Gang gekommen, so daß die Regierung die Katastrophe nicht länger verleugnen kann. Sie muß heute eingestehen, was sie gestern noch dementiert hat: "Hilfe ist erwünscht. Sie darf allerdings nicht mit Publizität in der Weltpresse verbunden sein", heißt es in einem Brief des Ministerpräsidenten Aklelu Habte Wold. Internationale Hilfsaktionen sind nun im Gange.

WORIN LIEGEN DIE URSACHEN?

Diese Hungersnot ist nicht die erste in Äthiopien. Es ist keine 15 Jahre her, daß etwa 100 000 Menschen verhungerten. Die Provinzen Wollo, Tigre und Teile von Shoa und Harrar hungern bereits seit 15 Jahren. Diese Dürre und ihre verheerenden Auswirkungen sind jedoch nicht allein ein Werk der Natur. Nach Schätzungen der FAO (Welternährungsorganisation der UNO) könnte Äthiopien bei der Fruchtbarkeit und Bebaubarkeit von 80 % seines Bodens ganz Ostafrika und den Nahen Osten ernähren. Dennoch erwirtschaftet die verarmte Bauernschaft, die 90 % der Bevölkerung stellt, kaum das Existenzminimum. Denn sie wird gesetzlich gezwungen, bis zu 75 % des Ertrages an die Großgrundbesitzer abzuliefern (Civil Code, Art.2991). Häufig müssen die Bauern zusätzlich Frondienste verrichten.

Trotz hoher Steuern und Abgaben zugunsten der herrschenden Klasse haben die Bauern keinerlei Anspruch auf soziale Leistungen irgendeiner Art, auch nicht während der jetzigen Hungerkatastrophe. Obwohl 90 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben, besitzen die kaiserliche Familie und der Feudaladel 60 % und die orthodoxe äthiopische Staatskirche 30 % des bebaubaren Bodens.

WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

Wie in allen anderen Bereichen, so dominieren auch in der Landwirtschaft die ausländischen Investitionen, die ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und begünstigt durch die Regierung ausschließlich auf die Bedürfnisse der Industrienationen ausgerichtet sind.



Diese haben Äthiopien eine landwirtschaftliche Monokultur aufgezwungen: Kaffee, der 60 % des Exports ausmacht und dessen Preis vom Weltmarkt bestimmt wird. Der Feudaladel und die weitgehend ausländischen Interessen verpflichtete Bourgeoisie nutzen alle Rohstoffquellen des Landes, um sich auf Kosten der Bevölkerung weiter zu bereichern.

Ohne die Unterstützung der USA, BRD, Israels und anderer ehemaliger Kolonialmächte wäre die Feudalherrschaft längst überwunden. Haile Selassie erhält mehr als die Hälfte der gesamten US-Militärhilfe für Afrika. In Asmara befindet sich ein strategisch wichtiger Stützpunkt des US-Imperialismus, von wo aus die Befreiungsbewegungen in Afrika und militärische Vorgänge in Nahost überwacht und Spezialkommandos ausgebildet werden.

Von der BRD wurden seit 1965 für über 50 Millionen DM Kampfflugzeuge, Kraftfahrzeuge, Maschinengewehre, Funkgeräte und ähnliche Ausrüstungen als "Entwicklungshilfe" für die Streitkräfte und die motorisierte Polizeitruppe geliefert. Für 11 Millionen DM wurde die Armeetechnikerschule Huleta gebaut, die noch heute von der BRD betreut wird. Geplant ist ferner die Lieferung einer größeren Zahl von Hubschraubern. Der Besuch Haile Selassies im September 1973 hatte den Zweck, die militärische Zusammenarbeit mit der BRD noch zu erweitern. Von Hungersnot wurde nicht gesprochen.

Nationale Katastrophen wie die gegenwärtige Hungersnot sind Profitquellen für die Großgrundbesitzer und Spekulanten, da sie die gehorteten Nahrungsmittel mit großen Gewinnen loswerden können.

Die sozialen Ursachen der Hungersnot sind Unterdrückung, Verschwendung und Spekulation, alle tief in der äthiopischen Gesellschaft verwurzelt. Feudalismus und Imperialismus sind Hauptfeinde des äthiopischen Volkes, sie sind auch die Hauptursachen der jetzigen Hungerkatastrophe. Nur wenn das äthiopische Volk sein Schicksal in die Hand nimmt und selbst der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt, kann es Armut, Unwissenheit und Krankheit besiegen.

Wenig bekannt ist hier in der Bundesrepublik auch der Widerstand des Volkes gegen das faschistische Haile-Selassie-Regime: Immer wieder aufflammende Rebellionen und Bauernaufstände in den verschiedenen Provinzen oder etwa die Demonstration von 20 000 Schülern und Studenten am 28.12.1969 gegen den heimtückischen Mord der Geheimpolizei an dem Studentenführer Gizaw, in die Armee und Polizei hineinschossen und 53 Demonstranten ermordeten. Systematisch verschwiegen wird in der bürgerlichen Presse der Befreiungskampf des Volkes von Eritrea. Als das Haile-Selassie-Regime auf Veranlassung der US-Imperialisten, die an dem militärischen Stützpunkt Kagnew-Station bei Asmara interessiert waren, den UN-Beschluß über die Föderation mit Eritrea von 1952 gewaltsam brach, Truppen einmarschieren ließ, das Gebiet annektierte und die Volksmassen blutig unterdrückte, nahm das Volk unter Führung der Eritrean Liberation Front (ELF, Befreiungsfront von Eritrea) den bewaffneten Kampf gegen die Fremdherrschaft auf. Heute sind zwei Drittel des Landes befreit; mit dem Neuaufbau in den befreiten Gebieten ist begonnen worden: Auflösung des Feudalismus auf dem Lande durch Landaufteilung und Gründung von Genossenschaften, Errichtung von Volksmilizen und der Aufbau eines funktionierenden Schul- und Gesundheitswesens.

Kindergartenplatz für jedes Kind!

SITUATION IN WESTDEUTSCHEN KINDERGÄRTEN / GLEICHE ERZIEHUNG FÜR ALLE KINDER / KORRESPONDENZ

"Kindergärten sind im Sinne des Gesetzes Einrichtungen von Gemeinden und Zweckverbänden und Trägern der Jugendhilfen zur Erziehung von Kindern vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Schulpflicht. Soweit es sich nicht um eine schulische Einrichtung handelt.
Aufgaben des Kindergartens nach dem Gesetz:
Die Erziehung des Kindergartens ergänzt die Erziehung des Elternhauses. Sie soll die gesamte Entwicklung des Kindes fördern. Die Landesregierung stellt einen Entwicklungsplan für Kindergärten auf:
Für alle Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Schulpflicht einen Kindergartenplatz zur Verfügung zu stellen. Die Ausbildung der nötigen Fachkräfte zu sichern und mit der Entwicklung des Ausbaus der Kindergärten für die neuen Aufgaben der Elementarerziehung zu ermöglichen und die regelmäßige Weiterbildung zu sichern."

So das Gesetz, aber wie sieht es in Wirklichkeit aus? Hat jedes Kind einen Kindergartenplatz? Ist die Ausbildung der Fachkräfte gesichert und wie sieht es tatsächlich mit der Ausbildung der Kindergärten aus?
Nur jedes 4. Kind im Alter von 3 Jahren hat heute einen Kindergartenplatz. Das liegt nicht zuletzt daran, daß 80 % der Kindergärten von privater Hand getragen werden, die restlichen 20 % trägt der Staat. Der Staat bemüht sich zu wenig um diese Kleinkindererziehung, er finanziert zu wenig Kindergärten, aber warum gibt er zu wenig Geld aus? Der Grund ist klar: ein Kindergarten ist kein Profitgeschäft. Im Gegenteil, man legt immer Geld dabei drauf. Kurz, es zahlt sich für den Staat nicht aus, große Investitionen in die Erziehung zu stecken. Dies hat sich allerdings in den letzten 5 Jahren etwas gewandelt. Die Vorschulerziehung geht um in den Kindergärten wie ein böser Geist. Eltern, Erzieher und die Träger der Kindergärten sind einem maßlosen Konkurrenzkampf unterlegen. Moderne Mathematik und modernes Lesenlernen wird praktiziert in den Kindergärten.
Schon die 3 bis 6 jährigen stehen unter dem Druck unserer Leistungsgesellschaft, die schon von den Kleinsten das äußerste abverlangt. In manchen Kindergärten wird den Kindern systematisch eine Fremdsprache eingetrichtert. Welche Ziele verfolgt dieser Staat damit?
Er zieht sich eine Elite heran, die schon im frühen Kindesalter merken



In einem Kinderhort – nur jedes vierte Kind wird heute in einem Kindergarten aufgenommen.

soll, nur wer etwas leistet, soll privilegiert sein, und das Recht haben, über anderen zu stehen. Sie werden im Sinne des Kapitals erzogen, das nur "leistungsfähige" Duckmäuser gebrauchen kann, die sich voll für diesen Staat einsetzen.
Daher wird versucht, jede Kritikfähigkeit zu unterbinden. Die Kinder können aus ihren Fehlern nicht lernen, weil ihre Erzieher nicht in der Lage sind, auf die wirklichen Probleme und Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Ich möchte nun nicht die Erzieher kritisieren, die ja gezwungen sind, im Kindergarten so und nicht anders zu handeln. Daß von ihnen zum Beispiel verlangt wird, die Vorschulerziehung durchzuziehen, egal unter welchen Aspekten, daß sie weiter gezwungen sind, mit den Kindern zu beten und ihnen aus der Bibel vorzulesen. Ihnen vorzuschreiben, die Kinder nicht so zu erziehen, wie es richtig wäre, nämlich die Kinder systematisch auf die Zukunft vorzubereiten, sondern das Bild der heilen Welt dem Kind vorzuspiegeln, in der immer alles ein gutes Ende findet. Die Ursache liegt vielmehr in der Ausbildung der Erzieher selbst, den Gesetzen und Vorschriften, denen sie bei ihrer Arbeit unterworfen sind und den Repressionen, denen sie von Seiten der Arbeitgeber (meistens Kirchen) unterlegen sind.

Was sagen nun die Erzieher selbst zu ihrer Situation?
Die ist sehr unterschiedlich, da die Arbeitsbedingungen sehr unterschiedlich sind. Eine Umfrage nach der Arbeitszeit ergab:
– eine Stundenzahl von 20 bis 42 Stunden pro Woche;
– Urlaubszeit von 4 bis 7,5 Wochen pro Jahr;
– Gruppenstärke von 7 bis 30 Kindern pro Gruppe.
Die Tatsache, daß bei der Umfrage 21 von 22 Erziehern sich für eine einheitliche Vertretung ihrer Interessen aussprachen, zeigt, daß sie mit ihrer Lage nicht einverstanden sind und auf eine Veränderung drängen.
Gemeinsame Interessen kann man nur gemeinsam vertreten, wenn man sich gewerkschaftlich organisiert. Wo soll sich nun eine Erzieherin gewerkschaftlich organisieren? Es gibt nur eine Möglichkeit: in der ÖTV, dort kann man die Interessen der Erzieher wirkungsvoll vertreten. Hier werden Tarifabschlüsse für den ganzen öffentlichen Dienst ausgehandelt, hier wird der Lohnkampf geführt, aber nicht nur für bessere Gehälter wird gekämpft, sondern auch für bessere Arbeitsbedingungen zum Beispiel bessere Arbeitsverträge, Gruppenanzahl, Zahl der Personen in der Gruppe.

Besonders hart hat das neue Kindergartengesetz die Kinderpflegerinnen getroffen. Aufgrund des § 13 und 14 des Gesetzes gelten Kinderpflegerinnen nur noch bis 1983 als Fachkräfte an den Kindergärten. Was soll nun mit den vielen Kinderpflegerinnen geschehen, die bis 1983 auf der Straße sitzen werden? Es besteht die Möglichkeit zur Weiterbildung, aber es besteht eine Art Numerus Clausus an den Schulen. Das kommt daher, weil es viel zu wenig Schulen gibt. Der Andrang an den Schulen wird immer größer jetzt durch das neue Kindergartengesetz.
Wenn dieses Gesetz bis 1983 durchgeführt wird und die Gruppenstärke auf 20 Kinder reduziert wird, so fehlen bis 1983 20 000 Erzieher.

Ab 1. Juli sollen nun keine Kinderpflegerinnen mehr im Dienst sein. Um dieses nicht gerechtfertigte Gesetz für null und nichtig zu erklären müssen sich die Erzieher gewerkschaftlich organisieren.

Nun glauben viele Erzieher aus der miserablen Situation der Kindergärten die Konsequenz ziehen zu müssen und in Kinderläden zu arbeiten, weil dort die Arbeitsbedingungen besser seien: eine kleine Umfrage an Heidelberger Kindergärten und Kinderläden hat folgendes ergeben:
Mindestarbeitszeit in Kindergärten: 30 Stunden pro Woche;
Mindestarbeitszeit in Kinderläden: 20 Stunden pro Woche;
Urlaub in Kindergärten: 7,5 Wochen;
Urlaub in Kinderläden: 5,5 Wochen;
Gruppenstärke in Kindergärten: 30 Kinder pro Gruppe;
Gruppenstärke in Kinderläden: 7 Kinder pro Gruppe;
Räume in Kindergärten: 3 Räume für 63 Kinder;
Räume in Kinderläden: 3 Räume für 10 Kinder.

Aber warum können diese Arbeitsbedingungen besser sein? Weil diese Eltern mehr Geld bezahlen können, im Monat pro Kind etwa 200 DM, im Kindergarten 45 DM. Aber wer kann soviel Geld ausgeben, es kann nur eine Schicht Privilegierter sein, und in der Tat: Kinderläden werden meist von Akademikern unterhalten. Man findet kein Arbeiterkind in Kinderläden. Arbeiter können nicht soviel Geld aufbringen.
Deshalb ist ein Kinderladen kein Ausweg, weil er nur eine Besserung für eine kleine Minderheit schafft. Es darf nicht sein, daß eine kleine privilegierte Minderheit eine bessere Erziehung hat, nur weil sie mehr Geld besitzt. Für Arbeiterkinder wie für Akademikerkinder muß dasselbe Erziehungssystem geschaffen werden.

Der Paragraph 218 muß weg!

ZWECK DES § 218 / BREITE TEILE DES VOLKES SIND FÜR STREICHUNG

In der BRD gibt es jährlich etwa eine Million Abtreibungen, 50 % aller Frauen waren mindestens einmal in ihrem Leben gezwungen, eine Abtreibung an sich vornehmen zu lassen. Eine breite Bewegung im Volk tritt für die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 ein, Hunderttausende solidarisierten sich mit der Aktion § 218, viele Frauen bezichtigten sich öffentlich der Abtreibung.

Voraussichtlich im Februar wird nun die zweite Lesung zur Reform des § 218 im Parlament stattfinden.

WARUM GIBT ES DEN § 218?

Der § 218, der Abtreibung unter Strafe stellt, wurde 1871 ins Gesetz aufgenommen. Damals forderte einerseits die beginnende Industrialisierung eine wachsende Zahl an Arbeitskräften, andererseits sank wegen der elenden Lebenslage der Arbeiterklasse die Zahl der Lebendgeburten. Zudem wurde ein Angriffskrieg gegen Frankreich vorbereitet, für den der preußische Staat Soldaten brauchte. Nicht zuletzt, um "Menschenmaterial" für Fabrik und Krieg zu sichern, entstand der § 218. Diese Funktion des § 218 zeigt sich auch deutlich daran, daß jeweils vor Kriegen, so 1914 und 1939, die Strafen für Abtreibung drastisch erhöht wurden bis hin zur Todesstrafe.
Welche Bedeutung hat der § 218 heute? Auch heute werden noch Massen von Arbeitskräften gebraucht, aber die Kapitalisten haben neue Wege gefunden, ihren Arbeitskräftebedarf zu decken. So, indem sie durch immer raffiniertere Methoden (Refa, MTM usw.) den einzelnen Arbeiter bis zum Geht-nicht-mehr ausnutzen, indem sie ausländische Arbeiter anwerben, Fabriken in unterentwickelten Ländern bauen und immer mehr Frauen einstellen. Deshalb "beklagen" heute auch die Kapitalistenverbände die vielen illegalen und unsachgemäß durchgeführten Abtreibungen: Weil ihnen 1,8 Millionen Arbeitstage der berufstätigen Frauen und damit Profit verlorengeht. Im Vordergrund steht also heute die Ausnützung der besonders billigen und damit besonders profitablen Arbeitskraft der Frau.
Die Reform des § 218 ist vom kapitalistischen Staat als eine jener billigen Reformen geplant, die die Arbeitsproduktivität erhöhen und damit die Profite der Kapitalisten steigern sollen, genauso wie die Reform zur werksärztlichen Versorgung und die Bestimmungen im neuen Manteltarifvertrag für die Metaller in Nordbaden-Nordwürttemberg (vgl. KVZ Nr.2 und 5).

DIE VERSCHÄRFTE AUSBEUTUNGSSITUATION DER FRAU IM KAPITALISMUS

Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) bestimmt: Ehefrauen müssen arbeiten gehen, wenn der Lohn des Ehemanns nicht reicht (§ 1360 BGB), sie dürfen aber nur arbeiten, wenn sie dabei ihre Familienpflichten nicht vernachlässigen (§ 1356 BGB). Damit bestimmt das Gesetz Haushaltsführung und Kindererziehung eindeutig als Hauptaufgabe der Frau, ihre eigene Entscheidung wird nicht berücksichtigt. Diese Aussagen haben auch eine große gesellschaftliche Bedeutung, weil sie für die Wiederherstellung und Erhaltung der Arbeitskräfte nötig sind. Die Kapitalisten zahlen den Arbeitern ja gerade soviel Lohn, daß er knapp zum Einkauf von Lebensmitteln und anderen notwendigen Dingen für die Arbeiterfamilie reicht. Die Verarbeitung dieser Dinge, Kochen, Putzen, Waschen usw. ist in dem Lohn nicht mehr drin, dafür muß die Frau ihre Arbeitskraft unentgeltlich einsetzen, in der Zeit, in der sich die berufstätige Frau eigentlich erholen müßte! So verhält es sich auch mit der Kindererziehung: Jede Familie ist für die Erziehung und den Unterhalt der Kinder allein zuständig, obwohl diese später als Arbeitskräfte, Steuer- und Rentenzahler Staat und Kapital finanzieren. Trotzdem erhalten die Eltern bei diesem Aufwand keine staatliche Hilfe, so findet z.B. nur jedes vierte Kind einen Kindergartenplatz. Aber die Investitionen des kapitalistischen Staates, die mit unsere Steuern zahlen, sind eben nicht für die Millionen Werktätigen, sondern im Interesse des kapitalistischen Profits.

FRAUEN ALS INDUSTRIELLE RESERVEARMEE

31 % aller Erwerbstätigen bei uns sind Frauen, davon sind 56 % der Frauen Mütter mit Kindern. Fast alle (94 %) erklärten in einer Umfrage, sie müßten arbeiten gehen, weil der Verdienst des Mannes hinten und vorne nicht langt. Kein Wunder, denn 1970 verdienten drei Viertel aller Arbeiter weniger als 900 DM netto!

Im Produktionsprozeß werden Frauen noch schärfer ausgebeutet als die Männer, weil ihre Arbeitskraft noch schlechter bezahlt wird. Die meisten Frauen sind ungelernte oder angelernte Arbeiterinnen, deren Lohn durch die "Leichtlohngruppen" weiter gedrückt wird. So verdienen bei uns mehr als die Hälte aller Arbeiterinnen zwischen 300 und 600 DM monatlich, ihr durchschnittlicher Stundenlohn liegt bei 4,65 DM, das sind 2,10 DM weniger als der durchschnittliche Stundenlohn ihrer männlichen Kollegen.
Frauen dienen den Kapitalisten, ähnlich wie die Gastarbeiter, als Arbeitskräftevorrat, den sie einsetzen, wenn sie ihn brauchen, und entlassen, wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert. Oft erscheinen sie dann nicht einmal in der Arbeitslosenstatistik und erhalten natürlich auch keine Unterstützung, weil sie als "Aushilfskräfte" geführt worden waren.
Diese niedrigen Löhne und die Arbeitsunterbrechung für häusliche Aufgaben, zu der viele Frauen gezwungen sind, weil sie ihre Kinder nirgends unterbringen können, führen dann zu einer extrem schlechten Altersversorgung der Frauen: 54,6 % der Arbeiterinnen erhalten weniger als 150 DM Rente im Monat!

DIE KAMPFKRAFT DER FRAUEN WÄCHST

Bisher war es für die Kapitalisten relativ leicht, aus der Unterbezahlung der Frauen Extraprofite zu schlagen, denn die Kampfkraft der Frauen war gering (nur 18 % der berufstätigen Frauen sind gewerkschaftlich organisiert). Der Grund liegt zum Teil daran, daß viele Frauen ihre Arbeitstätigkeit als nur vorübergehend betrachten, zum Teil aber brachten sie durch die Doppelbelastung gar nicht mehr die Kraft auf, sich für ihre Interessen einzusetzen. Häufig betrachteten auch die männlichen Kollegen die Frauen als Konkurrentinnen und nicht als Partner mit denselben Interessen. Aber hier kündet sich deutlich ein Wandel an.
Im letzten Jahr traten zum Beispiel doppelt so viele Frauen in die Gewerkschaft ein wie Männer. Bei Pierburg-Neuss, VDO Dortmund, Philips Krefeld streikten die Frauen ausdauernd und solidarisch mit ihren männlichen Kollegen. Diese Beispiele zeigen:

Die fortschreitenden Kämpfe werden die Einheit der Arbeiterklasse immer mehr wachsen lassen und immer deutlicher machen, daß besondere Unterdrückungsmaßnahmen gegen Teile der Arbeiterklasse, wie zum Beispiel die Frauen, bekämpft werden müssen, um die Kampfkraft zu vergrößern und zu stärken. Der § 218 ist eine dieser besonderen Unterdrückungsmaßnahmen, der Kampf für seine Abschaffung ist ein Teil des demokratischen Kampfes gegen die besondere Unterdrückung der Frau.

DER § 218 MUSS ERSATZLOS GESTRICHEN WERDEN!

Zur Zeit werden im Parlament zwei Reformvorschläge zum § 218 diskutiert:

Die **erweiterte Indikationslösung** (vorgelegt von Justizminister Jahn) – danach können zwei ärztliche Gutachter eine Abtreibung genehmigen, wenn Gefahr für die Gesundheit der Mutter besteht (medizinische Indikation), wenn ein mißgebildetes Kind zu erwarten ist (eugenische Indikation), wenn das Kind bei einer Vergewaltigung gezeugt wurde (ethische Indikation) oder wenn eine "besondere" Notsituation vorliegt (soziale Indikation). Diese nervenaufreibende Gutachterprozedur kann keine Lösung sein, sie wird die Zahl der illegalen Abtreibungen sicher nicht senken. **Die Fristenlösung ist die Regierungsvorlage.** Sie sieht die Straflosigkeit der Abtreibung bis zum Ende des dritten Schwangerschaftsmonats vor. Sie soll von "flankierenden Maßnahmen" ergänzt werden, die natürlich möglichst billig sein sollen. Das Wichtigste, die Verbreitung und Entwicklung unschädlicher Verhütungsmittel in allen Teilen des Volkes, sowie eine umfassende Aufklärung, wird nicht in Angriff genommen. Die "Pille" soll es auch weiterhin nicht auf Krankenschein geben, wir sollen weiter die Riesenprofite der pharmazeutischen Industrie bezahlen: So beträgt der Herstellungspreis zum Beispiel einer Monatspackung Eugynon 20 Pfennig, wir müssen 7.30 DM dafür bezahlen!

Der einzige Fortschritt ist, daß geplant ist, daß ein Elternteil für die Pflege eines kranken Kindes 5 Tage im Jahr Krankengeld (nicht Lohnfortzahlung) beanspruchen können soll. Dies reicht natürlich noch lange nicht aus, zumal ja die meisten Kinderkrankheiten länger dauern und die meisten Familien mehr als ein Kind haben und die Kinder häufiger als einmal jährlich krank werden.

In jedem Fall muß die Abtreibung die letzte Notlösung sein, die dann aber ohne Einschränkung durch Gesetze, Gutachter und Fristen von der betroffenen Familie oder Frau beschlossen werden kann. Was wir aber vor allem brauchen, ist eine Situation, in der man Kinder ohne schwere Einschränkungen aufziehen kann. Wir brauchen eine gute Schwangerenbetreuung, kostendeckendes Kindergeld, Freistellung eines Elternteils für 1 Jahr nach der Geburt eines Kindes bei vollem Lohnausgleich, Kindergartenplätze für alle Kinder und genügend große und erschwingliche Wohnungen.
Diese Forderungen, die auf die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse und des Volkes zielen, werden wir nicht auf einen Schlag durchsetzen können. Wir werden immer wieder ausreichende Löhne und mehr Rechte erkämpfen müssen, um eine wirkliche Verbesserung der Lebenslage des ganzen Volkes zu erreichen. Im Augenblick müssen wir die Forderung stellen, die ein Schritt zur Abschaffung der besonderen Unterdrückung der Frau ist:
Weg mit dem § 218!

I.R.